



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Bevölkerungsschutz

Hilfe und Selbsthilfe

1 | 2016



BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Liebe Leserinnen und Leser,

„*hilf dir selbst, dann hilft dir Gott*“, sagt ein altes Sprichwort, das in der deutschen Literatur erstmals im 17. Jahrhundert bei J. G. Schottelius nachzulesen war, jedoch auf eine lange sinngemäße Tradition bis in die Antike zurückblicken kann und in Schillers „Wilhelm Tell“ mit „*Dem Mutigen hilft Gott*“ noch einmal Verstärkung fand. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als der Appell, vor allem in Notsituationen nichts dem Zufall oder anderen Akteuren zu überlassen, sondern selbst aktiv zu werden und zu handeln. Mit der Aufforde-



Dr. Wolfram Geier ist Leiter der Abteilung II „Risikomanagement, Internationale Angelegenheiten“ im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

zung zum Selbstschutz und zur Selbsthilfe im Bevölkerungsschutz verhält es sich nicht anders. In individuellen wie in gesellschaftlichen Notsituationen, in Krisen und Katastrophen wird das Überleben des Einzelnen in vielen Fällen davon abhängen, ob er in der Lage ist, sich und seinen Nächsten in der ersten Zeit nach dem Eintreten eines solchen Ereignisses effektiv zu schützen und mit einfachen Mitteln und Methoden zu helfen. Der Staat kann keine 100%ige Sicherheit garantieren, nicht alles regeln und nicht für jedes Ereignis eine optimale Vorsorge treffen. Die Gefahrenabwehr wird gerade in großen Katastrophen- und Krisenlagen in der ersten Phase ihre Kräfte konzentrieren müssen und kann nicht überall und sofort zeitgleich sein, um die benötigte Hilfe zu leisten. Daher kann eine Gesellschaft gerade mit Blick auf solche Lagen nur dann funktionieren, wenn alle Beteiligten gemeinsam an einem Strang in die richtige Richtung ziehen. Der Bürger hat hier im eigenen Interesse eine Pflicht, seinen Beitrag zur Katastrophen- und Krisenbewältigung zu leisten, nicht zuletzt, um selbst so unbeschadet wie möglich aus einer solchen Lage herauszukommen. Die eigene Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeit für sich und andere zu erhöhen, ist daher eine

ganz maßgebliche Aufgabe, der sich eine Bevölkerung stellen muß, wenn sie resilient und gegen Katastrophen resistent werden will. Der Staat und die Kommunen haben dabei die Pflicht, den Bürger beim Erwerb dieser Fähigkeiten zu unterstützen und entsprechende Angebote zu unterbreiten, die primär über die Hilfsorganisationen und Feuerwehren vor Ort operationalisiert werden. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ist nach dem Zivilschutzgesetz verpflichtet, die kommunale Ebene bei der Erfüllung der Aufgaben zum Selbstschutz und zur Selbsthilfe unter Zivilschutzaspekten zu unterstützen. Dies geschieht unter anderem durch die Erarbeitung und Bereitstellung zahlreicher Informationsbroschüren zu diesem Thema, wie den „Katastrophen-Ratgeber“, durch Internet-gestützte Lernspiele für Kinder oder die sehr erfolgreiche Youtube-Videoreihe des BBK für ganz spezielle Vorsorgemaßnahmen. Obwohl es zahlreiche einzelne und gut geeignete Elemente für wirkungsvolle Selbstschutz- und Selbsthilfefaktivitäten in Deutschland gibt, ist die tatsächliche Selbsthilfe-Fähigkeit mit Breitenwirkung in der Bevölkerung wenig ausgebildet. Empirische Untersuchungen alleine auf dem Feld der medizinischen Ersten Hilfe belegen dies dramatisch. Gleiches gilt für die Eigenvorsorge Zuhause. Es fehlen hierfür das nötige Bewußtsein und ein grundlegendes, durchgängiges flächendeckendes Konzept, der „rote Faden“, für die Umsetzung der vielfältigen vorhandenen Maßnahmen. Ebenso fehlen die finanziellen Mitteln, die ein solch Bewußtsein schaffendes, Generationen übergreifendes und langfristiges Vorhaben benötigt. Gleichwohl würden sich diese Investitionen volkswirtschaftlich im Fall von Krisen und Katastrophen sehr positiv auszahlen, da dadurch Schäden verhindert und vermindert werden könnten. In dieser Ausgabe von „Bevölkerungsschutz“ stellen wir Ihnen einige Aspekte zur Selbstschutz- und Selbsthilfethematik sowie zur Risikowahrnehmung in der Bevölkerung, aber auch weitere spannende Beiträge wie z. B. laufende Projekte in der zivilen Sicherheitsforschung, die Notfallseelsorge und die Trinkwasserversorgungssicherheit vor.

Gute Anregungen und viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr
Dr. Wolfram Geier



GRUSSWORT

Grußwort des Bundesministers des Innern 2

HILFE UND SELBSTHILFE

Was hat Selbstschutz mit Resilienz zu tun? 3

Risikowahrnehmung in der Bevölkerung
Repräsentative Umfrage über potenzielle Risiken in Deutschland 6

Erste Hilfe: Was kann der Einzelne leisten im Notfall? 11

NeuENV
Selbstschutz- und Selbsthilfepotenzial von privaten Haushalten in der Ernährungsnotfallvorsorge – Ergebnisse aus dem Projekt Neue Strategien der Ernährungsnotfallvorsorge (NeuENV) 14

Trinkwasser-Vorsorgemaßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit 18

Bevölkerungsschutz für Kinder zwischen zwei Buchdeckeln
Kindgerechte Vermittlung von Bevölkerungsschutzthemen und Stärkung der Selbsthilfefähigkeit bei Kindern durch Literatur 24

KULTURGUTSCHUTZ

Kulturgutschutz im Bereich Kritische Infrastrukturen (KRITIS) 27

PSYCHOSOZIALES KRISENMANAGEMENT

Notfallseelsorge führt
Ergebnisse einer Befragung zur Ausbildung von Leitenden Notfallseelsorgern 30

CBRN-SCHUTZ

Das GEFREASE-Projekt
Sicheres Erkennen biologischer Gefahren 34

KOMMUNIKATION

Einsatzkultur
Zwischenergebnisse des THW-Teilvorhabens des Forschungsprojektes „Praktiken und Kommunikation zur aktiven Schadensbewältigung“ (PRAKOS) 38

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund 41
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk 42
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 44
Deutscher Feuerwehrverband 46
Deutsches Rotes Kreuz 47
Johanniter-Unfall-Hilfe 49
Malteser Hilfsdienst 51
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. 53

RUBRIKEN

Nachrichten 55
Impressum 56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland 57

Liebe Leserinnen und Leser,

das vergangene Jahr hat alle Akteure des Zivil- und Katastrophenschutzes in vielfacher Weise gefordert. So haben wir im März 2015 den schrecklichen, absichtlich herbeigeführten Absturz der Germanwings-Maschine erleben müssen. Hier war die Koordinierungsstelle Nachsorge, Opfer- und Angehörigenhilfe (NOAH) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dem Technischen Hilfswerk (THW) im Einsatz, um den Angehörigen der Opfer Unterstützung zu leisten.



Alles überlagerndes Thema war der enorme Anstieg an Asylbewerbern und Flüchtlingen. Insbesondere das THW stand hierbei vor einer großen Herausforderung. Bundesweit wurden Planungsstäbe unterstützt, Notunterkünfte eingerichtet und logistische Höchstleistungen erbracht. Darüber hinaus verpflegten ehrenamtliche THW-Kräfte andere Einsatzkräfte und Flüchtlinge. Aufs Ganze gesehen hatte die Bundesanstalt im vergangenen Jahr mit insgesamt 14.200 Einsatzkräften an mehr als 300 Orten einen der größten Einsätze in ihrer Geschichte zu verzeichnen.

Auch das BBK, dem originär keine operativen Aufgaben obliegen, hat in dieser Ausnahmesituation Unterstützung

bei der Aufnahme von Flüchtlingen geleistet. An der zum BBK gehörenden Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Ahrweiler wurden knapp 300 Flüchtlinge untergebracht.

Die Ursachen für den Anstieg der Fluchtbewegungen liegen in gewaltsam ausgetragenen zwischen- und innerstaatlichen Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Teilen Afrikas. Eine Manifestation der Bedrohung, die von einer derart instabilen Situation ausgeht, erleben wir im November 2015, als nach den Anschlägen auf Charlie Hebdo die erneuten Terroranschläge von Paris die sicherheitspolitische Lage in ganz Europa erschütterten. Durch Terrorattacken bedroht sind friedliche Ansammlungen von Menschen in Sportstadien, Kultureinrichtungen, aber auch das ganz normale Leben auf Straßen und Plätzen. Der barbarische Anschlag am 12. Januar 2016 in Istanbul mit mehreren deutschen Ermordeten und Verletzten hat uns dies erneut vor Augen geführt.

Die staatliche Notfallvorsorge muss daher noch besser darauf ausgerichtet sein, das Risiko solcher Gefahren zu minimieren und sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bestmöglich zu bekämpfen. Dabei ist eine abgestimmte Aufgabenerfüllung aller betroffenen Ressorts wichtig. Als Grundlage hierfür aktualisiert mein Haus derzeit gemeinsam mit den betroffenen Bundesministerien das Gesamtkonzept der Bundesregierung für die Bundesaufgaben in der zivilen Verteidigung, der Versorgung und der subsidiären Katastrophenhilfe.

Besonders am Herzen lag mir im vergangenen Jahr die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements. Unermüdlich waren die Helferinnen und Helfer des THW, der Freiwilligen Feuerwehren und der Hilfsorganisationen bei der Flüchtlingshilfe im Einsatz. Auch deshalb war es mir eine besondere Freude, die Preisträger unseres Förderpreises „Helfende Hand“ erstmalig im neuen Dienstsitz des Bundesinnenministeriums hier in Berlin begrüßen und ehren zu können.

Für die kommenden Aufgaben wünsche ich uns allen Erfolg und gutes Gelingen.

Dr. Thomas de Maizière, MdB
Bundesminister des Innern

Was hat Selbstschutz mit Resilienz zu tun?

Der Begriff Resilienz wird immer häufiger im Zusammenhang mit Aufgaben des Bevölkerungsschutzes verwendet – auch die Themen Selbsthilfe und Selbstschutz werden damit in Verbindung gebracht. Warum ist das so und was verbirgt sich dahinter?

Susanne Krings

Herkunft des Begriffes Resilienz

Der Begriff *Resilienz* ist keineswegs neu, allerdings hat er einen längeren Weg durch das Vokabular unterschiedlicher Fachdisziplinen und Anwendungsbereiche genommen, bevor er im Bevölkerungsschutz bzw. beim Umgang mit Risiken populär wurde. Als Vorbilder werden in der Fachliteratur zumeist die Ökologie und die Psychologie genannt, in denen der Begriff ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Anwendung fand. In der weiter zurückliegenden Vergangenheit wurde er nach ALEXANDER (2013) jedoch bereits in anderen Bereichen, wie etwa der Materialkunde, verwendet. Das Wort ist lateinischen Ursprungs; *resilire*, *resilio* lässt sich in etwa mit *abprallen* oder *zurückspringen* übersetzen. Im englischsprachigen Raum ist das Wort *resilience* durchaus Teil der Alltagssprache, im Deutschen ist Resilienz eher ein Fremdwort. Da es in letzter Zeit häufiger verwendet wird, könnte sich das allerdings ändern. Da es keine genaue Entsprechung gibt, wird die Bedeutung von Resilienz oftmals behelfsweise als Widerstandsfähigkeit umschrieben.

Resilienz im Kontext des Bevölkerungsschutzes

ALEXANDER (2013) datiert den Beginn der Nutzung des Begriffes Resilienz im Kontext des Umganges mit Katastrophenrisiken etwa um das Jahr 2000. Bedeutenden Einfluss auf dessen internationale Verbreitung dürfte in diesem Anwendungskontext die Veröffentlichung des Hyogo-Framework for Action 2005-2015 der United Nations Strategy for Disaster Reduction (UNISDR) gehabt haben. Darin wird Resilienz definiert als die Fähigkeit von potenziell Gefahren ausgesetzten Systemen, Gemeinschaften oder Gesellschaften, durch Anpassung, Widerstehen oder Veränderung ein akzeptables Maß an Funktionsfähigkeit und Struktur aufrecht zu erhalten (UNISDR 2005). UNISDR veröffentlichte im Hyogo-Framework nicht nur eine international einflussreiche und viel zitierte Definition von Resilienz, sondern nahm mit dem Aufruf, die Resilienz von Nationen und Gemeinschaften gegenüber Katastrophen aufzubauen – so der Untertitel des Dokumentes – auch eine klar normative

Haltung gegenüber dem Konzept ein: Die Stärkung von Resilienz wird als Ziel formuliert.

In Deutschland findet man derzeit noch vergleichsweise wenige Beispiele behördlicher Publikationen und politischer Strategiedokumente mit Bezug zum Bevölkerungsschutz, die den Begriff Resilienz verwenden. So taucht der Begriff weder in der Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland (IMK 2002) auf, noch enthält das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) herausgegebene Glossar (BBK 2011) derzeit einen Eintrag dazu. Allerdings wird man in einigen Veröffentlichungen aus verwandten Bereichen fündig: Das Programm Forschung für die zivile Sicherheit 2012-2017 (BMBF 2012) definiert Resilienz als „die Toleranz oder Widerstandsfähigkeit eines Systems vor störenden äußeren Einflüssen“ (BMBF 2012: 51). Ein anderes Beispiel ist die Strategie zur entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe (ESÜH-Strategie, BMZ 2013), in der Resilienz verstanden wird als „die Fähigkeit von Menschen und Institutionen – seien es Individuen, Haushalte, Gemeinden oder Staaten –, akute Schocks oder chronische Belastungen (Stress) aufgrund von fragilen Situationen, Krisen, gewaltsamen Konflikten und extremen Naturereignissen zu bewältigen, sich anzupassen und sich rasch zu erholen, ohne mittel- und langfristige Lebensperspektiven zu gefährden“ (BMZ 2013: 7). Schon diese wenigen Beispiele lassen erkennen, dass es nicht eine allgemeingültige Definition von Resilienz gibt. Vielmehr existiert eine weit über die hier abgebildete Bandbreite hinausreichende Vielfalt von Auffassungen darüber, was unter Resilienz bezogen auf den jeweiligen Anwendungsbereich verstanden werden kann.

Diskussionen über Resilienz

Dass das Wort Resilienz in den für den Bevölkerungsschutz in Deutschland einschlägigen Strategiepapieren derzeit eher punktuell verwendet wird, bedeutet keineswegs, dass man sich nicht mit dessen Bedeutung für den Bevölkerungsschutz auseinandersetzt (vgl. KRINGS & MAYER 2014). Derzeit werden insbesondere im wissenschaftlichen Umfeld kontroverse Diskussionen darüber geführt und die

Meinungen dazu liegen denkbar weit auseinander: Während einige Autoren die Möglichkeiten von Resilienz als Konzept für eine Anwendung im Bevölkerungsschutz ausloten, erkennen andere darin keinen Mehrwert, sondern warnen davor, einem Hype aufzusitzen und Altbekanntes schlicht mit einem neuen (Mode)Wort zu belegen.

Tatsächlich ist das Verhältnis von Resilienz zu anderen im Fachvokabular des Bevölkerungsschutzes bereits verankerten Begriffen und Konzepten oft nicht eindeutig. Es werden etwa im Zusammenhang mit Resilienz mitunter Kreislaufdarstellungen verwendet, die Parallelen zu aus dem Risiko- und Krisenmanagement bekannten Visualisierungen



Die auch heute noch, zumindest in ländlichen Regionen, verbreitete Lebensmittelbevorratung ist Teil der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung. (Foto: Dieter Schütz / pixello.de)

gen aufweisen. So sollen sich nach dem oben genannten Forschungsprogramm wissenschaftliche Arbeiten auf „den gesamten Resilienzyklus (Krisenprävention, Vorsorge, Krisenreaktion sowie Wiederherstellung und Auswertung)“ (BMBF 2012: 7) beziehen. Ob nun Resilienz als Gegenteil von Verwundbarkeit zu verstehen ist oder eine darüber hinaus gehende Bedeutung hat, ob es um ein Zurückkehren in den Ausgangszustand geht oder Anpassungsprozesse mit eingeschlossen sind, oder zu welchem Maß sich Resilienz auf Reaktionsfähigkeit beschränkt oder auch Prävention meint – alle diese Fragen sind bereits zu Klassikern der Resilienzdiskussion geworden. Sie allgemeingültig zu beantworten, ist angesichts der Vielfalt unterschiedlicher Definitionen und Auffassungen von Resilienz kaum möglich, sodass sie voraussichtlich auch noch lange Grundlage für weitere Auseinandersetzungen bieten. Diese Aussicht muss allerdings nicht unbedingt als Ärgernis betrachtet werden: Möglicherweise leistet Resilienz auch als „Sparringspartner“ für bekannte Konzepte und etablierte Begriffe einen ausgesprochen wertvollen Beitrag und regt zu einem (erneuten) Nachdenken über „alte“ Themen an.

Selbsthilfe und Selbstschutz im Zusammenhang mit Resilienz

Impulsgeber ist Resilienz aktuell zum Beispiel, wenn es um die Rolle der Bevölkerung im Bevölkerungsschutz geht, denn Resilienz wird mit der breiten Einbindung von gesellschaftlichen Akteuren im Umgang mit Risiken verbunden. Das bedeutet unter anderem, dass die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger betont und deren aktiver Beitrag zur Vorsorge vor und Bewältigung von entsprechenden Ereignissen in den Vordergrund gestellt wird. Nach KAUFMANN (2012: 124) setzen an Resilienz ausgerichtete Strategien „grundsätzlich darauf, den Bürger mit in die Verantwortung zu nehmen“. Neben vielen weiteren Themen wie etwa der Fortentwicklung des Ehrenamtes, der Schaffung neuer Beteiligungsformate, dem Umgang mit sozialen Medien oder der Einbindung von „Spontanhelfern“, werden – wie im Folgenden näher beschrieben – auch Selbstschutz und Selbsthilfe in diesem Zusammenhang thematisiert. Es handelt sich dabei um etablierte Themen des Bevölkerungsschutzes, die mit dem zumindest innerhalb dieses Anwendungskontextes vergleichsweise neuen Konzept Resilienz in Verbindung gebracht werden (GEIER 2012; GUSY 2013).

Selbstschutz ist nach BBK-Glossar definiert als die „Summe der individuellen Maßnahmen der Bevölkerung und / oder von Behörden / Betrieben zur Vermeidung, Vorsorge und Bewältigung von Ereignissen“ (BBK 2011: 25; Selbsthilfe ist Teilaspekt des umfassenderen Selbstschutzes). Der Selbstschutz umfasst insbesondere Maßnahmen, „um den engeren Wohn- und Arbeitsbereich zu schützen und Schäden an Leben und Gesundheit zu vermeiden oder zu mindern“ (BBK 2011: 25). Beim Selbstschutz kommen sowohl die individuelle als auch die darüber hinausreichende soziale Ebene zum Tragen. Wie das Wort bereits sagt, geht es zunächst darum, dass jeder Einzelne in seinem persönlichen Interesse Kenntnisse und Fähigkeiten zum Umgang mit gefährlichen Situationen erwirbt. Bestenfalls können diese Situationen schon im Vorfeld verhindert werden; anderenfalls kann ein angemessenes Verhalten dazu beitragen, Verletzungen oder größeren Schäden zu vermeiden. Der Nutzen des Selbstschutzes bleibt allerdings nicht nur auf die Einzelperson beschränkt: Kommen die individuellen Kenntnisse und Fähigkeiten auch anderen zu Gute, zum Beispiel im direkten Umfeld, kommt bereits die soziale Ebene ins Spiel. Der Selbstschutz kann zur Entlastung der Einsatzorganisationen beitragen, nicht nur indem Schlimmeres verhindert wird, sondern auch indem Kapazitäten in der Bevölkerung zur Lagebewältigung zur Verfügung stehen (vgl. GEIER 2012). Insofern ist zwar zwischen der persönlichen und der gesellschaftlichen Ebene zu unterscheiden, doch es bestehen Verbindungen zwischen den Ebenen: „Nur wer selbst handlungsfähig ist, kann (auch) anderen helfen. Und hier kommen dann doch soziale und persönliche Notfallvorsorge zusammen“ (GUSY 2013: 1010). In einer ähnlichen Art und Weise wird nun auch mit Blick auf die individuelle und die gesellschaftliche Resilienz argumentiert und, wie etwa aus der folgenden Formulierung hervorgeht, Selbsthilfe und Selbstschutz klar als Beitrag zur gesell-

schaftlichen Resilienz gesehen: „Kernelement einer resilienten Gesellschaft sind die Bürgerinnen und Bürger als Individuen und in gestärkten Gemeinschaften. Selbstschutz und Selbsthilfefähigkeit werden damit zu entscheidenden Variablen für eine widerstandsfähige und damit resiliente Gesellschaft“ (MAYER 2013).

Selbsthilfe und Selbstschutz stellen einen Eigenbeitrag der Bevölkerung am Bevölkerungsschutz dar. Das geht etwa aus dem Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) hervor, das die Selbsthilfe als Teil des Zivilschutzes (§1 ZSKG) versteht. Dort heißt es, „[b]ehördliche Maßnahmen ergänzen die Selbsthilfe der Bevölkerung“. Es bestehen allerdings Zweifel daran, dass die Bevölkerung bei Eintritt eines entsprechenden Ereignisses ihre Möglichkeiten zum Selbstschutz in vollem Umfang nutzen kann (vgl. GEIER 2012, GOERSCH 2013): „Wer die Selbsthilfefähigkeit der Gesellschaft thematisiert, thematisiert regelmäßig zugleich deren Schwinden“ (GUSY 2013: 1003). Diese Beobachtung wirft angesichts der bestehenden Aufgabenteilung Fragen auf: Wie gut werden die Bürgerinnen und Bürger im Falle eines Falles in der Lage sein, sich selbst und den Menschen in ihrem Umfeld zu helfen? Oder anders formuliert: Welchen Anteil am Bevölkerungsschutz wird der Selbstschutz tatsächlich übernehmen können? Die Stärkung von Selbsthilfe und Selbstschutz ist daher ein Ziel des (institutionellen) Bevölkerungsschutzes. Dies wird etwa in der Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland deutlich zum Ausdruck gebracht: „Der Fähigkeit der Bürger, sich und ihre Nachbarn vorbeugend und beim Eintritt von Gefahren zu schützen, ist wieder mehr Raum zu geben“ (IMK 2002: 73). Im Zusammenhang mit Resilienz werden die Bürgerinnen und Bürger als aktiv Beteiligte angesprochen und deren eigenverantwortlicher Beitrag zum Bevölkerungsschutz wird betont – dass Selbstschutz und Resilienz „zueinandergefunden“ haben, ist also durchaus naheliegend. Weit entfernt voneinander liegen allerdings die in der Diskussion darum vertretenen Positionen: Während sich die einen darüber freuen, dass das Thema Selbstschutz im Kontext von Resilienz einen positiven Rahmen erhält, der Fähigkeiten und Potenziale von Bürgerinnen und Bürgern in den Vordergrund stellt, befürchten andere, dass mit der Hinwendung zu Resilienz eine Verlagerung von Aufgaben zu deren Lasten verbunden wäre. Einigkeit besteht, wenn es um Resilienz geht, eben ausgesprochen selten!

Fazit

Der Begriff Resilienz ist im Bereich des Bevölkerungsschutzes derzeit noch nicht überall verbreitet, wird aber zunehmend beliebter. Dabei wird einerseits die Bedeutung des Begriffes oft nur vage umrissen, andererseits existieren viele unterschiedliche Auffassungen über und Definitionen von Resilienz. Man sollte sich also im konkreten Fall mehr denn je bewusst sein, dass die Verwendung desselben Wortes nicht automatisch auch bedeutet, dass man über dieselbe Sache spricht. Ungeachtet seiner Unschärfe stellt die Auseinandersetzung mit Resilienz für den Bevölkerungs-

Literatur:

- Alexander, D. (2013): Resilience and disaster risk reduction: an etymological journey. In: *Natural Hazards and Earth System Sciences* 13(11), S. 2707-2716.
- IMK (Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder) (2002): Beschluss der Sondersitzung des AK V der IMK vom 25.03.2002 in Hannover: Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland. In: BBK (2010): Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland. Bonn. S. 65-73.
- BBK (2011). BBK-Glossar. Ausgewählte zentrale Begriffe des Bevölkerungsschutzes. Bonn.
- BMBF (2012). Forschung für die zivile Sicherheit 2012 – 2017. Rahmenprogramm der Bundesregierung. Bonn.
- BMZ (2013). Strategie zur entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe. Resilienz stärken – Übergänge schaffen. Bonn.
- Geier, W. (2012): Selbstschutz und Selbsthilfe: Der Bürger als zentrales Element einer resilienten Gesellschaft. In: *Im Einsatz*, 19(10), 18-21.
- Goersch, H. (2013): Mythen der Notfallvorsorge. In: Lange, H.-J. et al. (Hrsg.): *Versicherheitlichung des Bevölkerungsschutzes*. Wiesbaden. S. 49-70.
- Gusy, C. (2013): Resilient Societies. Staatliche Katastrophenschutzverantwortung und Selbsthilfefähigkeit der Gesellschaft. In: Heckmann, D. et al. (Hrsg.): *Verfassungsstaatlichkeit im Wandel*. Berlin. S. 995-1010.
- Kaufmann, S. (2012): Resilienz als ‚Boundary Object‘. In: Daase, C. et al. (Hrsg.): *Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr*. Frankfurt. S. 109-131.
- Krings, S. & Mayer, J. (2014): Resilienz im Bevölkerungsschutz. Ein Diskussionsbeitrag. In: Bargstedt, U. et al. (Hrsg.): *Resilienz in Organisationen stärken. Vorbeugung und Bewältigung von kritischen Situationen*. Frankfurt. S. 113-128.
- Mayer, J. (2013): Resilienz und Bevölkerungsschutz – eine Frage des Selbstschutzes?!
- Abrufbar unter: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2013/05/15/resilienz-mayer/> (05.01.2016)
- UNISDR (2005): *Hyogo Framework for Action 2005-2015: Building the Resilience of nations and Communities to Disasters*. Genf.

schutz schon insofern einen Mehrwert dar, als dass altbekannte Themen im Lichte des vergleichsweise neuen Konzeptes einer erneuten Betrachtung unterzogen werden (können). So sind Selbsthilfe und Selbstschutz schon lange Themen des Bevölkerungsschutzes, die die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger ansprechen und einen Eigenanteil der Bevölkerung am Bevölkerungsschutz beschreiben. Diese werden nun auch als Aspekte individueller und gesellschaftlicher Resilienz gedeutet. Im Zuge dessen wird unter anderem die Ausgestaltung von Selbstschutz und Selbsthilfe thematisiert – vor dem Hintergrund der oben angestellten Überlegungen wohl aus Sicht des Bevölkerungsschutzes eine uneingeschränkt wünschenswerte Entwicklung.

Susanne Krings arbeitet im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zu Themen aus dem Bereich des Schutzes Kritischer Infrastrukturen (KRITIS).

Risikowahrnehmung in der Bevölkerung

Repräsentative Umfrage über potenzielle Risiken in Deutschland

Julia Lechner

Naturkatastrophen, Großbrände oder gar großräumige, langanhaltende Stromausfälle sind potenzielle Risiken für die Bevölkerung. Das Schwierige für betroffene Bürger und Bürgerinnen ist: Die Flutwelle, die Flammen oder der Ausfall des Stroms kommen meist plötzlich und bis pro-



Während des Orkantiefs Kyrill (2007) umgeknickter Strommast bei Magdeburg-Otterleben.
(Foto: Olaf2/Wikimedia Commons)

fessionelle Hilfe naht, müssen sie für ihre eigene Sicherheit sorgen. Haben die Betroffenen vorab weder Vorsorgemaßnahmen eingerichtet noch sich selbst darüber informiert, wie sie sich in einer solchen Situation richtig verhalten können, kann sich die Gefahr entsprechend steigern. Zur Minimierung dieses Risikos ist es für den Bevölkerungsschutz deswegen im Vorfeld jeder Katastrophe entscheidend, alle Mittel der Risikokommunikation zu nutzen, damit die Bevölkerung über mögliche Gefahren aufgeklärt ist. Die Vermittlung von „risikobezogenen Informationen“ zu richtigem Verhalten vor, während und nach einem Ereignis soll jeden Einzelnen motivieren, sich sachlich-analy-

tisch mit potenziellen Gefahren zu befassen, um adäquate Maßnahmen zum Selbstschutz und zur Selbsthilfe zu ergreifen. Die so ausgebildete Risikowahrnehmung (s. Def.) befähigt den risikomündigen Bürger, selbst zu entscheiden, was notwendig ist, um auf den Notfall vorbereitet zu sein. Damit Informationen die Bürger erreichen, ist es grundlegend, zu verstehen, mit welchem Informationsverhalten sie einerseits Risiken einschätzen und andererseits diese Risikowahrnehmung für die eigene Vorbereitung auf ein Ereignis nutzen. Im Folgenden wird eine Studie vorgestellt, die sich genau mit diesen Fragen befasst hat.

Studie zur Risikowahrnehmung der Bevölkerung

Im Auftrag des BBK hat die Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, approxima GmbH, im Jahr 2014 Interviews mit einem repräsentativen Anteil der Bevölkerung

(N=2.007) durchgeführt. Für die Auswahl wurde die demografische und geografische Diversität der Gesellschaft, wie sie durch den Mikrozensus und das statistischen Bundesamt abgebildet werden, berücksichtigt. Unter Anwendung eines dreistufigen Auswahlverfahrens und einer der Gesamtgesellschaft entsprechenden Gewichtung wurden Personen ab 14 Jahren von Stadt und Land telefonisch befragt. Dabei wurde das Informations- und Vorsorgeverhalten der Befragten mit Bezug auf typische Gefährdungsszenarien genauer untersucht. Abschließend wurde erhoben, inwiefern das Angebot verfügbarer Informationen zu Gefahren den Vorstellungen der Befragten entspricht, um eventuelle „blinde“ Kommunikationsflecken zu ergründen. Die

Definition von „Risikowahrnehmung“:

Die Risikowahrnehmung ist ein Prozess der subjektiven Aufnahme, Verarbeitung und Bewertung von risikobezogenen Informationen, die aus der eigenen Erfahrung, der direkten Beobachtung, der Rezeption von vermittelten Botschaften (etwa durch Medien) sowie der direkten Kommunikation mit Individuen stammen“ (BBK-Glossar, 2011: 23).

¹ Monitoring Bericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel, 2015, BMUB: http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/monitoringbericht_2015_zur_deutschen_anpassungsstrategie_an_den_klimawandel.pdf

² DFV Feuerwehr-Jahrbuch 2015

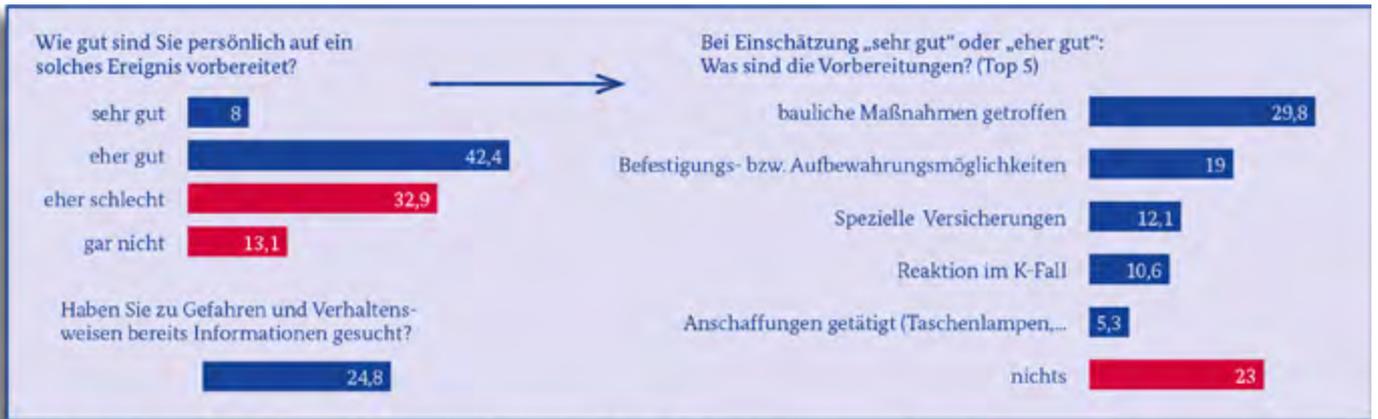


Abbildung 1: Vorbereitung der Bevölkerung auf ein Unwetter (in Prozent aller Befragten, N=2.007, Differenzen zu 100 Prozent sind „keine Angabe“).

Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, in welchen Bereichen der Bevölkerungsschutz über potenzielle Risiken vertieft Aufklärungsarbeit leisten kann und warum gerade die Informationen von Hilfsorganisationen, Rettungsdiensten und öffentlichen Stellen wichtig sind, um die Bürger und Bürgerinnen über mögliche Gefahren aufzuklären.

Vier ausgewählte Gefährdungspotenziale

Bevor auf die vier Gefährdungspotenziale eingegangen wird, ist anzumerken, dass aktuelle Ereignisse wie beispielsweise die Terroranschläge in Paris die Gewichtung der empfundenen Wahrscheinlichkeit eines eintretenden Risikos ebenfalls beeinflussen. Die in dieser Studie untersuchten Bedrohungspotenziale und deren Wahrnehmung sind als eine Bestandsaufnahme von dem untersuchten Zeitraum (März bis Mai 2014) zu verstehen.

Unwetter

Hagel, Stürme oder Orkane – mit dem Klimawandel nehmen die Stärke und die Häufigkeit von Unwetterkatastrophen auch in Deutschland zu¹. Die Gefährdung aufgrund einer Unwetterkatastrophe stuften die Befragten am wahrscheinlichsten ein. Die Hälfte der Befragten war davon überzeugt, gut vorbereitet zu sein (Abbildung 1). Die getroffenen Vorsorgemaßnahmen waren zumeist baulicher Na-

tur, wie an Dächern oder Fenstern. Eher kurzfristige Vorbereitungen fanden aufgrund von Unwetterwarnungen statt, wie das Befestigen von losen Geständen auf dem Bal-



Im Juni 2014 zog das Tiefdruckgebiet *Ela* über Deutschland und richtete mancherorts, wie hier in Bochum, beträchtliche Schäden an. (Foto: Peter Trunk)

kon. Nur jeder vierte Befragte hatte sich selbst spezifische Informationen über Unwettergefahren eingeholt.

Feuer

Jährlich entstehen in Deutschland fast 200.000 Haus- und Wohnungsbrände². Dies kann nicht nur einen immen-

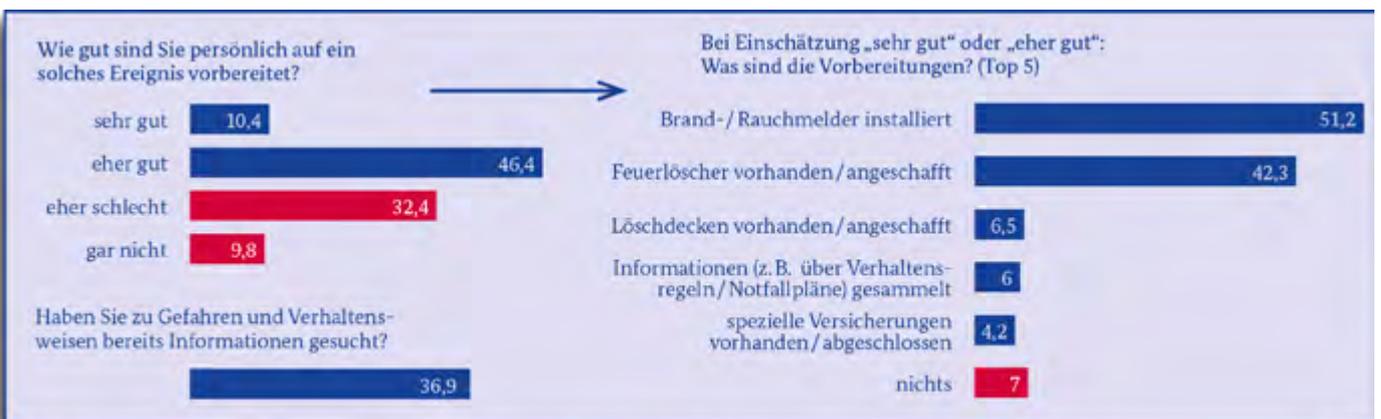


Abbildung 2: Vorbereitung der Bevölkerung auf ein Feuer (in Prozent aller Befragten, N=2.007, Differenzen zu 100 Prozent sind „keine Angabe“).

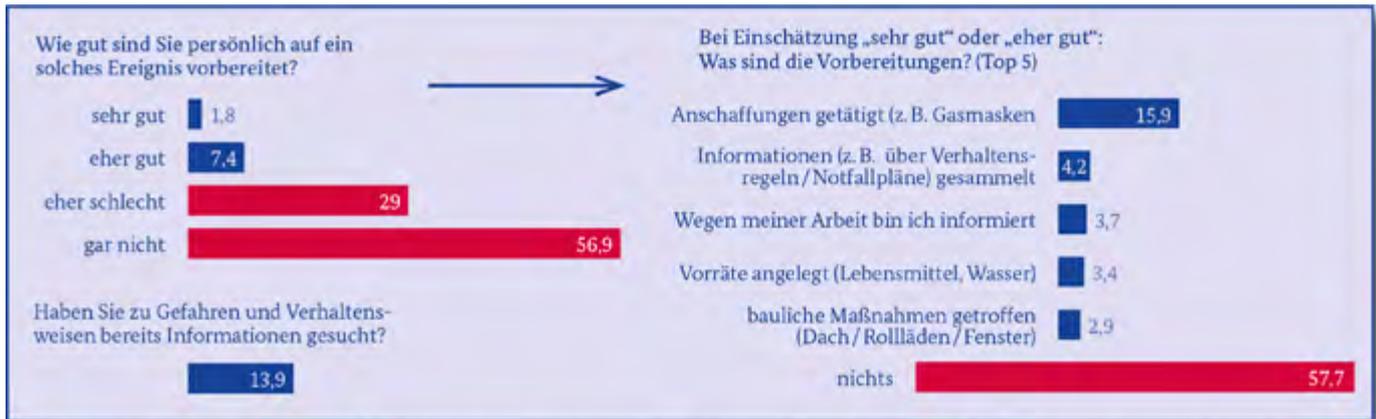


Abbildung 3: Vorbereitung der Bevölkerung auf die Freisetzung von CBRN-Gefahrstoffen (in Prozent aller Befragten, N=2.007, Differenzen zu 100 Prozent sind „keine Angabe“).

sen Sachschaden verursachen, sondern auch zu lebensbedrohlichen Situationen führen. Die Befragten erkennen die hohe Gefahr eines Feuers an. Über 60 Prozent betrachten ihre eigenen bisher getroffenen Vorsorgemaßnahmen als ausreichend (Abbildung 2). In der Vorsorge waren fast alle aktiv und haben entweder Rauchmelder installiert oder besitzen einen eigenen Feuerlöscher. Darüber hinaus war der Informationsstand zu Feuer und Brandschutz im Vergleich zu abgefragten Gefährdungen am höchsten. Fast 37 Prozent gaben an, sich bereits über Gefahren und Verhaltensweisen erkundigt zu haben.

CBRN-Gefahren

Chemikalien (C), biologische Erreger (B) oder radioaktive (R) und nukleare Stoffe (N) können beim Menschen durch das Einatmen oder über Berührung schwere Erkrankungen auslösen.

Trotz hoher sicherheitstechnischer Standards ist die Freisetzung von für den Menschen schädlichen Substanzen nicht auszuschließen. CBRN-Gefahrenlagen sind Ereignisse, denen die Bevölkerung der Befragung nach relativ ratlos gegenüber steht (Abbildung 3). Auch die wenigen, die sich als gut bis sehr gut vorbereitet einstufen, gaben größtenteils an, bisher keine Vorsorgemaßnahmen getroffen zu haben. Trotz der Erkenntnis dieser Gefahr wurden im Vergleich zu den anderen Risikopotenzialen die geringsten Anstrengungen unternommen selbst Informationen einzuholen.

Stromausfall

Die großflächigen Stromausfälle 2005 im Münsterland und nach der Abschaltung einer Stromleitung über der Ems 2006 zeigen³, dass Strom nicht immer ohne Unterbrechung zur Verfügung steht. Ausfälle dieser Art können massive Versorgungengpässe hervorrufen. Ohne Strom kein Kühlschrank, keine Heizung, kein Licht und keine Information. Ein Stromausfall erschien den Befragten die unwahrscheinlichste Gefahr zu sein. Für den Eintrittsfall fühlten sich über sechzig Prozent dennoch eher gut gerüstet (Abbildung 5). Als eine gängige Vorsorgemaßnahme wurde die Anschaffung von Kerzen oder einer Taschenlampe aufgeführt. Wesentlich seltener umfasste die Vorbereitung die Anschaffung alternativer Strom- oder Wärmequellen. Kaum berücksichtigt wurde die Bevorratung von Essen und Wasser. Abgesehen davon hatte sich nur jeder Fünfte mit den Folgen eines längeren Stromausfalles beschäftigt.

Die Risikowahrnehmung der vier Gefahren zeigt, dass die Beschäftigung mit Katastrophen und Gefährdungen in Deutschland nicht unbedingt zum Alltag der Bevölkerung gehört. Dies liegt eventuell an einem relativ hohen subjektiven Sicherheitsgefühl. Über achtzig Prozent der Befragten hatten innerhalb der Studie angegeben, sie fühlten sich sehr oder ziemlich sicher. Folglich könnte dies eine Begründung dafür sein, dass sich von allen Befragten meist nur ein kleiner Anteil weitgehender mit dem Risiko befasst hatte.

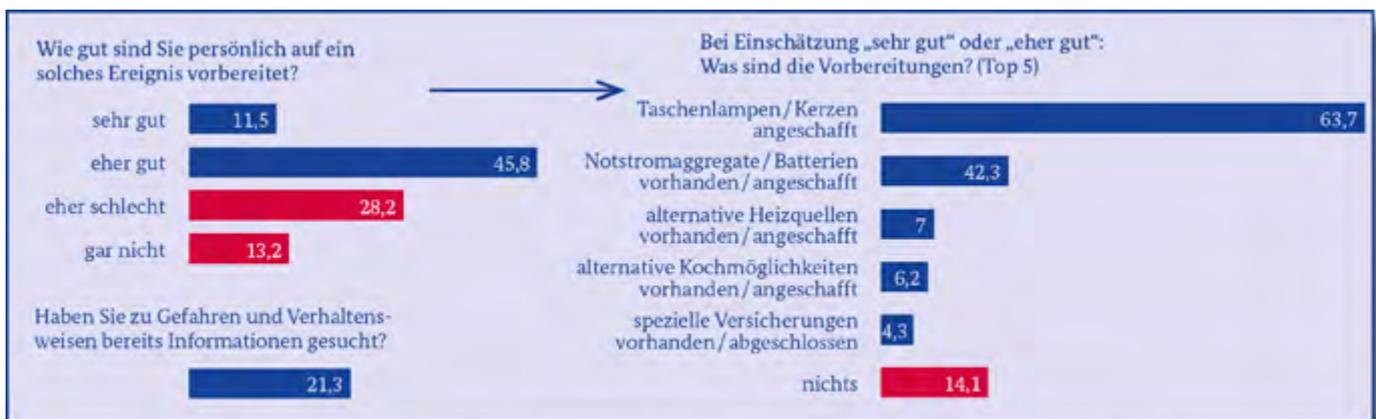


Abbildung 4: Vorbereitung der Bevölkerung auf einen Stromausfall (in Prozent aller Befragten, N=2.007, Differenzen zu 100 Prozent sind „keine Angabe“).

Da es ein Ziel der Risikokommunikation mit der Bevölkerung ist, diese dazu zu animieren, sich hinreichend mit risikorelevanten Informationen auseinanderzusetzen, stellt sich die Frage, über welche Informationskanäle sich die Be-

Eine markante Veränderung verzeichnet sich bei den Angaben zum Informationsweg über die Medien (auch Fachmedien). Während sich Jugendliche (14-17 Jahre alt) über die Medien noch mit ganzen vierzehn Prozent über Gefahren informieren, sinken die Angaben ab achtzehn Jahren direkt auf nur noch knapp zwei Prozent ab. Gleichzeitig steigt die Nutzung anderer Informationswege an.

Materialien	14-17	18-29	30-39	40-49	50-59	60+	gesamt
Internet	67,3	79,8	63,7	47,3	41,3	18,4	46,1
Hilfsorganisationen / Rettungsdienste	4,0	11,6	18,3	30,7	28,6	26,3	23,0
öffentliche Ansprechpartner	0,6	14,2	11,6	10,5	19,5	26,4	17,1
Medien (auch Fachmedien)	14,0	1,7	2,8	6,0	9,0	7,5	6,2
Freunde / Bekannte / Arbeitskollegen	15,9	6,4	7,2	1,8	5,4	3,0	4,9

Tabelle 1: Informationswege der Bevölkerung zur Vorbereitung auf Katastrophen und Gefährdungen nach Alter (TOP 5) in Prozent aller Befragten, N=2.007, Kategorisierung offener Antworten, Mehrfachnennungen möglich.

völkerung informiert und inwiefern Kommunikationsstrategien hier noch angepasst werden könnten, um die Zielgruppe in zunehmenden Maße zu erreichen? Deswegen wurde innerhalb der Studie das aktuelle und bevorzugte Informationsverhalten der befragten Bevölkerung zur Vorbereitung auf Katastrophen und Gefährdungen erfasst.

Genutzte Informationskanäle

Das aktuelle Informationsverhalten zeigte, dass sich fast die Hälfte aller Befragten über potenzielle Gefahren im Internet informiert (Tabelle 1). Neben der Informationssuche in der Suchmaschine Google und dem Nachschlagewerk Wikipedia sprechen weitere Angaben dafür, dass der Absender ein wichtiger Gradmesser für die Vertrauenswürdigkeit der angebotenen Informationen ist. Rettungsdienste, Hilfsorganisationen sowie staatliche Institutionen stehen nicht nur im Fokus der Suchen im Netz, sondern werden auch als eine der wichtigsten Informationsquellen aufgeführt.

Interessant ist die Entwicklung des Nutzens der unterschiedlichen Informationskanäle nach Altersgruppen. Tendenziell werden mit zunehmendem Alter die Informationen von öffentlichen Ansprechpartnern, Hilfsorganisationen sowie Rettungsdiensten immer wichtiger.

Die Auswertung der Befragung nach dem aktuellen Informationsverhalten dem Alter entsprechend impliziert, dass im Verlauf des Lebens die Quellen der Informationen immer wichtiger werden. Ganz vorne stehen dabei Experten und Expertinnen aus dem Katastrophenschutz und öffentliche Stellen. Diese Erhebung beruht jedoch auf der bestehenden Angebotslandschaft der möglichen Informationskanäle. Auf welchen Wegen sich die Befragten am liebsten zum Handeln in Not- und Gefahrensituationen informieren würden, wird im Folgenden mit prägnanten Ergebnissen aufgezeigt.

Bevorzugte Informationsquellen

Traditionelle Massenmedien gehörten als Top-3-Informationsmedium immer noch zu einem der am meisten gewünschten Wege der Wissensvermittlung (Tabelle 2). Interessanterweise stufen knapp über die Hälfte aller befragten Jugendlichen Fernsehsendungen als besonders

Materialien	14-17	18-29	30-39	40-49	50-59	60+	gesamt
Informationen in Fernsehsendungen	51,1	43,4	40,7	45,7	50,9	58,8	49,6
Internetseite mit Verhaltensanweisungen	33,3	54,7	51,8	51,3	40,7	22,7	40,8
Informationen in Radiosendungen	31,1	28,1	28,5	29,0	36,3	42,8	34,2
Broschüren an alle Haushalte	14,4	45,3	32,1	29,4	29,6	27,0	31,0
Informationen in Zeitungen	23,3	15,3	17,8	19,7	28,0	41,6	26,8
Informationen über Social Media	8,9	15,6	12,4	9,1	4,6	2,0	7,8

Tabelle 2: Top-3-Informationswege zum Handeln in Not- und Gefahrensituationen aus Sicht der Bevölkerung nach Alter (Top 5 und Social Media) in Prozent aller Befragten, N=2.007

wichtig ein. Die Präferenzverteilung der allgemeinen Internetnutzung als zweitwichtigster Info-Kanal entspricht in etwa dem aktuellen Informationsverhalten in der Bevölkerung. Jede zweite Person in den Altersgruppen zwischen 18 und 49 Jahren gibt das Internet als eines ihrer Top-3-Informationswege an. Entgegen der allgemeinen

³ http://www.kritis.bund.de/DE/TopThema/TT_2010/Stromausfall-u-Kritis.html

⁴ JIM Studie 2015: http://www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf15/JIM_2015.pdf

Erwartung sind Internetseiten zu Not- und Gefahrensituationen bei Jugendlichen weniger gefragt. Die allgemein sehr hohe Internetnutzung in dieser Altersgruppe⁴ schlägt



Hochwasser in Passau im Juni 2013.
(Stefan Penninger / CC-BY-SA 3.0)

sich also nicht in der Informationspräferenz nieder. Etwas anders stellt sich dies für Informationen über Social-Media-Kanäle dar. Insgesamt werden diese bislang eher von dem jüngeren Anteil der Befragten zur Information bevorzugt. Klassische Informationsbroschüren, Zeitungen und Radiosendungen sind dennoch weiterhin gefragt und sind durch die neuen Medien nicht ersetzt worden.

Ausblick

Die repräsentative Umfrage hat gezeigt, dass die Befragten sich entgegen ihrer Risikowahrnehmung relativ wenig über Vorsorge auf Katastrophen und Verhalten bei Katastrophen informierten. Zu den vier Gefahrenpotenzialen hatten sich im Schnitt weniger als dreißig Prozent Infor-

mationen eingeholt. Wenn man das Risiko für Gesundheit und Leben betrachtet, wirken die Ergebnisse zu dem aktuellen Informationsverhalten eher gering. Für zukünftige Informationsangebote im Bevölkerungsschutz erscheinen folgende Ergebnisse als besonders relevant:

- Die aktive Informationssuche im Internet ist bereits etabliert und stark ausgeprägt. Neue Medien wie das Internet und die Sozialen Medien werden, gerade bei den Generationen unter fünfzig, als einer der drei bevorzugten Informationswege für Präventionsmaßnahmen auch in Zukunft entscheidend sein.
- Die Aufklärung zu Gefahren über klassische Medien wie Fernsehsendungen, Informationsbroschüren oder Zeitungsartikel sind jedoch weiterhin ebenso stark nachgefragt. Die Zulieferung von Informationsangeboten direkt nach Hause ist gewünscht.

- Als Absender der Informationen werden überwiegend Hilfsorganisationen, Rettungsdienste und öffentliche Ansprechpartner genannt, was auf den hohen Stellenwert von gesicherten Informationen hinweist.

Prävention, Vorsorge, Selbstschutz und -hilfe sind demnach Themen, die die unterschiedlichen Altersgruppen nur erreichen können, indem eine Mischung aus „Push“- und „Pull“-Medien kommunikationsstrategisch gezielt eingesetzt wird. Da die Quelle der Informationen besonders wichtig ist, sind zielgruppenspezifische Informationsangebote von Trägern im Bevölkerungsschutz besonders wichtig, um die Risikowahrnehmung der Bevölkerung weiterhin zu steigern.

Referenzen:

aproxima GmbH, 2014. „Evaluation der Arbeit des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: Ergebnisse einer Befragung in der Bevölkerung und bei Experten“, Weimar. Im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe durchgeführte Studie.

„Ausgewählte zentrale Begriffe des Bevölkerungsschutzes: Das BBK-Glossar“. Praxis im Bevölkerungsschutz - Band 8. Hrsg. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. 2011. PDF Online erhältlich: http://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Praxis_Bevoelkerungsschutz/Band_8_Praxis_BS_BBK_Glossar.html

Julia Lechner ist Volontärin im Referat *Information der Bevölkerung, Selbstschutz und -hilfe* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Erste Hilfe: Was kann der Einzelne im Notfall leisten?

Leander Strate

Das Notfallvorsorgesystem in Deutschland gilt gemeinhin als eines der besten in der Welt. Dies basiert zum einen auf der gut aufgebauten Infrastruktur an Hilfeleistungsressourcen in Deutschland (Feuer- und Rettungswachen, kurze Hilfsfristen, gute Verfügbarkeit von Ressourcen etc.), zum anderen aber auch auf der breiten Unterstützung dieser Hilfeleistungsressourcen durch das Ehrenamt. In Deutschland engagieren sich weit mehr als 1,5 Millionen Menschen im Bevölkerungsschutz in den unterschiedlichsten Fachdiensten (Brandschutz, Erste Hilfe, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Bergrettung, Wasserrettung u. v. m.). Damit ist eine gute Basis gelegt, damit im Notfall schnell professionelle Hilfe zur Verfügung steht.

Das wiederum hat aber den Nachteil, dass sich die Menschen auf diese ständig zur Verfügung stehende professionelle Hilfe verlassen und eine gewisse Erwartungshaltung zu beobachten ist. In Notfällen wird schnell die „112“ gerufen und man kann relativ sicher sein, dass innerhalb kürzester Zeit Hilfe eintrifft. Warum also noch selbst Vorsorge treffen? Warum Zeit und Energie aufwenden für die eigene Herausbildung von Kompetenzen und Fähigkeiten im Notfall?

In anderen Staaten sind andere Entwicklungen zu beobachten. In Israel beispielsweise wächst die Bevölkerung in einem sehr viel stärkeren Bewusstsein auf drohende Gefahrenlagen auf und wird sehr frühzeitig auf Strategien geschult, wie im Ernstfall reagiert werden kann. Auch Gebiete, die stärker mit Naturkatastrophen rechnen müssen wie beispielsweise durch Erdbeben, reagieren entsprechend und schulen die Bevölkerung auf die Bewältigung solcher Lagen.

Deutschland liegt geografisch nicht unbedingt in einer besonders gefährdeten Region. Schon deshalb fällt es schwer, die Bevölkerung bei eher geringen Risiken zu motivieren, selbst Vorsorge zu treffen. Die letzten Jahre zeigten sich zwar gewisse Gefährdungen durch Hochwasser oder Starkregen bzw. durch Orkanfolgen, aber diese sind in der Wahrnehmung immer noch temporäre und seltene Ereignisse. Selbst große Schadenlagen mit einer Vielzahl von Betroffenen aufgrund technischer oder menschlich bedingter Ursachen (ICE Unglück Eschede, Love-Parade Unglück, Massenkarambolagen etc.) konnten innerhalb kürzester Zeit durch Standardressourcen bewältigt werden. Ein Hinweis, dass die infrastrukturellen, die sächlichen und humanen Ressourcen in Deutschland gut verteilt und leistungsstark sind. Bis heute sind diese Situationen immer durch die Hilfeleistungsressourcen in einer vertretbaren Zeit bewältigt worden. Die Schneekatastrophe im Münsterland

im Jahre 2005 zeigte jedoch die Anfälligkeit einer modernen Gesellschaft, als längere Zeit ein Stromausfall eine größere Region traf. Hier waren die Menschen längere Zeit auf die eigenen Fähigkeiten angewiesen, eine solche Notlage aus eigenen Mitteln zu bewältigen.

Untersuchungen¹ zeigen, dass die Menschen in unterschiedlicher Weise ihre Fähigkeiten einschätzen und/oder bereit sind, in Notlagen Hilfe zu leisten. So war ein Großteil der Bevölkerung der Ansicht, 14 Tage ohne Strom problemlos ihren Alltag bewältigen zu können. In einer 2013 durchgeführten Befragung von ADAC und DRK wurde deutlich, dass die Fähigkeiten der Bevölkerung bei Verkehrsunfällen erschreckend niedrig sind² bzw. theoretische Kenntnisse nicht in die Praxis transferiert werden konnten. Als Gründe für das Nicht-Aktivwerden werden in der Regel mangelnde Kenntnisse über Erste-Hilfe-Maßnahmen oder fehlende Sicherheit in der Anwendung genannt. Dem gegenüber ist erstaunlich, mit welchem hohem Engagement sich Menschen in sozialen Notlagen gegenseitig unterstützen. Die Hochwasserkatastrophen 2002 und 2013, die Starkregen in verschiedenen Gebieten Deutschlands (Münster, Essen etc.) oder momentan die hohe Hilfsbereitschaft bei der Bewältigung der Flüchtlingszuströme nach Deutschland zeigen, dass eine grundsätzlich altruistische Handlungsweise die Menschen leitet. Ohne dieses große freiwillige Engagement wären solche Lagen nicht in der Form zu bewältigen, wie es derzeit geschieht. Somit stellt sich die Frage, ob die Menschen eher bereit sind, sich bei sozialen Notlagen zu engagieren, bei konkreten medizinischen oder infrastrukturellen Notlagen jedoch eher zurückhaltend sind? Ob die sogenannten „Spontanhelfer“ eine Erscheinung der modernen Gesellschaft sind, die sich aufgrund der technischen Bedingungen (soziale Netzwerke) einfacher organisieren können und es somit eher jüngere Bevölkerungsgruppen sind, die hier aktiv sind? Vor allem aber die Frage, ob diese Form des Engagements dauerhaft oder nur eine temporäre Erscheinung ist, bleibt unbeantwortet. Die Hilfsorganisationen müssen auf diese Fragen Antworten finden oder Lösungsvorschläge erarbeiten, um mit derartigen Szenarien umgehen zu können.

Für den klassischen Bevölkerungsschutz stellt sich die Frage, ob die o. g. Erscheinungsformen des freiwilligen

¹ Notfallwissen in der Bevölkerung Deutschlands, Bevölkerungsschutz 3/2015; https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Publ_magazin/bsmag_3_15.pdf?__blob=publicationFile

² Befragung ADAC und DRK 2012, vorgestellt 2013; <https://www.adac.de/infotestrat/tests/strassen/umfrage-ersthilfe/default.aspx>

Engagements dazu führen sollten, auch neue Wege in der Information und Motivation der Bevölkerung zu beschreiben? Im Wesentlichen fußt derzeit die Vorsorgeinformati- onspolitik auf drei Säulen:

- Brandschutz/Erste Hilfe – Ausbildung (Breitenausbil- dung)
- Förderung der Selbsthilfefähigkeiten
- Warnung/Information

Die Feuerwehren und Hilfsorganisationen leisten im Kern die regelhafte Ausbildung meist jüngerer Menschen im Brandschutz und der Ersten Hilfe³. Diese Schulungs- konzepte basieren auf der Überlegung, die Menschen bei akuten Notlagen in die Lage zu versetzen, erste Maßnah- men der Hilfe einzuleiten, bis die professionelle Hilfe ein- trifft. Hier werden sehr differenzierte Wege beschriften. Neben der durch den Bund geförderten Schulung von Schü- lerinnen und Schülern zum Brandschutz und der Ersten- Hilfe im Rahmen des Zivilschutzes greift auch noch die Be- triebshelfer-Ausbildung der Berufsgenossenschaften. In einem wesentlich geringeren Umfang finden im Rahmen von Sport-, Übungs- oder Vereinsaktivitäten Schulungen zum Brandschutz bzw. zur Ersten Hilfe statt. Die Feuerwe- hren und die Hilfsorganisationen engagieren sich darüber hinaus seit vielen Jahren durch besondere Angebote für be- sondere Zielgruppen, die Themen des Selbstschutzes mög- lichst frühzeitig zu vermitteln⁴. Ausdruck finden solche Maßnahmen zum Beispiel in dem Konzept „Erste Hilfe für Kinder“ im Primär- und Sekundärbereich. In Kindertages- einrichtungen wird dann beispielsweise in kindgerechter Form eine Heranführung an das Thema „Hilfeleistung“ vermittelt. Auch in Grundschulen werden in Projektwochen Themen der Selbsthilfe angeboten und durchgeführt. Ziel von Feuerwehr und Hilfsorganisationen ist es hier, die Kin- der bzw. Jugendlichen möglichst früh für diese Themen zu sensibilisieren und Grundlagen zu vermitteln. Denn die Erfahrung zeigt, dass Sicherheit im Umgang mit Fähigkeiten nur dann gewährleistet ist, wenn ein regelmäßiges Trai- ning die Kompetenz erhält. Eine Absolvierung des gesetz- lich vorgeschriebenen „Erste-Hilfe“ Kurses im Rahmen des Führerscheinerwerbs bietet jedenfalls nicht in ausreichen- dem Maße die Gewähr, dass die vermittelten Kenntnisse über die Jahre präsent bleiben. So verwundert es eben nicht, wenn eine signifikante Anzahl der Befragten angaben, nicht sicher in der Durchführung von Erste-Hilfe-Maßnahmen zu sein und dann lieber nicht tätig wurden. Der Gesetzge- ber sieht sich aber nicht in der Lage, eine Wiederholungs- verpflichtung zu verankern. Grundsätzlich sind auch moder- ne mediale Lösungen zur Unterstützung von Ersthelfern im Notfall denkbar, indem Tipps und Hinweise über diese Medien⁵ zur Verfügung gestellt werden oder die Entwick- lung von Notfall-Apps.

Die Hilfsorganisationen haben 2015 das Konzept der „Ersten Hilfe“ überarbeitet und neu gestaltet. Die wichtigs- ten Kenntnisse und Fähigkeiten werden nicht mehr in ei- nem 16-stündigen Kurs vermittelt sondern in einem 9-stün- digen, auf Handlungskompetenz ausgerichteten Kurs. Die

Konzentration auf wesentliche Kernpunkte der medizini- schen Hilfe und eine Stärkung des Trainingsaspektes soll bewirken, den Teilnehmern die Angst zu nehmen, im Ernst- fall falsche Maßnahmen durchzuführen. Ob sich dies lang- fristig auf die Bereitschaft zur Hilfeleistung positiv aus- wirkt, bleibt abzuwarten. Die Konzentration der Inhalte auf einen kürzeren Kurs kann aber dazu motivieren, dass mehr Menschen derartige Schulungen absolvieren und vor allem wiederholen. Die Novellierung soll auch Vereine und Ver- bände ansprechen, diese Schulungen in ihrem Vereins- oder Verbandsleben stärker einzubinden. Hintergrund ist hier die Überlegung, dass durch die Ansprache von ehrenamtlich engagierten Menschen die Bereitschaft höher ist, einen solchen Kurs im Rahmen einer eigenen vereinsinternen Ver- anstaltung zu absolvieren. Da das Ehrenamt in Deutsch- land weiterhin eine wichtige Säule gesellschaftlicher Teil- habe und Aktivität ist, könnte hier durch eine entspre- chende Ansprache eine höhere Nutzerzahl erreicht werden.

Die zweite Säule der Förderung der „Selbsthilfefähig- keit“ der Bevölkerung fußt derzeit fast ausschließlich in ei- ner Informationspolitik hergebrachter Form durch Infor- mationsbroschüren. Fraglich ist aber, ob diese Informatio- nen in der Zielgruppe (Bevölkerung gesamt) überhaupt an- kommen oder wahrgenommen werden. Dies noch umso mehr, als die digitalen Medien insgesamt die Printmedien immer stärker ablösen. Hier sind zeitgemäßere Formen der Information angezeigt.

Dabei stellt die Fähigkeit der Bevölkerung, sich bei einem langandauernden Ausfall von Infrastrukturen (z. B. Strom- ausfall) selbst ausreichend zu versorgen und Verantwortung auch für den Nachbar zu übernehmen, eigentlich die wichtigste Säule von Vorsorgemaßnahmen dar. Szenarien- konstruktionen zeigen, dass eine moderne Gesellschaft zu einem ganz wesentlichen Anteil auf die Stromversorgung angewiesen ist. Fast alle Aktivitäten setzen die Verfügbar- keit von Strom voraus. Das betrifft die zunächst augenfäl- ligsten Bereiche (Telefon, Mobilfunk, Internet, Kommuni- kation), aber auch die Versorgung der Bevölkerung mit Le- bensmitteln, Bargeld oder Treibstoff ist beispielsweise auf eine funktionierende Stromversorgung angewiesen. Die an- fangs erwähnte sehr optimistische Einschätzung der Be- völkerung auf die eigene Beherrschbarkeit eines Stromaus- falles macht deutlich, dass die gesamte Dimension einer derartigen langandauernden Notlage von einem Großteil der Bevölkerung nicht erfasst ist.

Hier müssen dringend andere Wege der Ansprache ge- funden werden. Und auch hier gilt die Maxime, dass solche Inhalte möglichst frühzeitig und praxis- / lebensnah ver- mittelt werden müssen. Die Behörden sollten daher Über- legungen anstellen, wie Kernpunkte der Selbsthilfe (u. a.

³ MEMS-Förderung (Kurse zur medizinische Erstversorgung mit Selbst- schutzhinhalten), Brandschutzausbildung in den Schulen

⁴ z.B. Erste-Hilfe Outdoor, Erste Hilfe Fresh-up, Erste Hilfe Training, Erste Hilfe am Kind; exemplarisch: <http://www.johanniter.de/kurse/erste-hilfe-kurse/>

⁵ Neuer Medieneinsatz, beispielsweise EH-Tipps per MP3-Podcasts für Mobiltelefone; exemplarisch: <http://www.johanniter.de/kurse/erste-hilfe-kurse/tipps-zur-ersten-hilfe/>

Verantwortungsübernahme für sich und andere, praktische Tipps etc.) altersgerecht vermittelt werden können. Die besondere Herausforderung dabei wird sein, die Komplexität der modernen Gesellschaft abzubilden. Aus Sicht der Hilfsorganisationen wären zwei Stoßrichtungen zielführend:

- Förderung der Selbsthilfefähigkeit im Kindes- und Jugendalter
- Mediale Informationsplattformen zur Bereitstellung von Selbsthilfeeinhalten

Ähnlich wie bei der Förderung des Brandschutzes und der Ersten Hilfe sollten zeitgemäße Formen der Heranführung von Kindern und Jugendlichen mit Themen der Selbsthilfe erfolgen. Kinder und Jugendlichen wachsen inzwischen selbstverständlich mit sozialen Netzwerken und Medien auf. Sie lernen schon im Kindergarten den Umgang mit dem Internet – und so sollte auch hier dieses Medium als Träger der Heranführung dienen. Kindgerechte Spiele, moderne Lehr-Lern-Spiele sind durchaus Mittel, um bei Kindern oder Jugendlichen Interesse für sich, sein soziales Umfeld und die Umwelt zu wecken. Dabei ist zu bedenken, dass die Welt der Zielgruppe vielschichtig ist. Risiken und Gefahren lauern eben nicht nur im Straßenverkehr sondern umfassen durchaus auch Gefahren durch Cyber-Mobbing, durch gesundheitsschädliches Verhalten, durch Naturgefahren oder beginnend in der Pubertät auch durch die Erkundung und das Ausprobieren der eigenen Sexualität. Wenn Akzeptanz in der Zielgruppe erreicht werden soll, dann darf nicht partikulär nur das Risiko von Zivilschutzgefahren vermittelt werden. Alle Risiken sollten eingebettet sein in einen interdisziplinären Ansatz der Gefahrenerkennung, -vermeidung und -vorsorge. Dann bekommt ein solches Lern-Spiel auch alltägliche Relevanz. Wichtig bei all dem ist aber, dass das Medium nicht in belehrend-schulischer Form erfolgt sondern auch Witz, Spannung und Wettbewerb untereinander einbindet. Ein erwartbarer „Nebeneffekt“ wäre auch die Strahlwirkung auf das familiäre Umfeld der Kinder / Jugendlichen. Durch das spielerische Lernen werden die Kids durchaus die im Spiel gemachten Erfahrungen auf den realen Alltag übertragen und ihre Eltern fragen, wie diese beispielsweise auf einen möglichen Stromausfall vorbereitet sind. So können die Kids quasi als „Botschafter“ des Zivilschutzgedankens fungieren.

Die Motivation der Erwachsenen zur Förderung der Selbsthilfefähigkeit wird sich ähnlich schwierig gestalten. Auch hier müssen die medialen Trends in der Umsetzung der Verbreitung berücksichtigt werden. Die Herausforderung hier wird darin bestehen, die Inhalte des Zivilschutzes mit dem Gedanken der Warnung zu kombinieren und dies dann so in der medialen Welt zu platzieren, dass die Informationsplattform kein Dasein abseits der Alltagswelt führt. Das bedeutet, dass auf diesen Informationsseiten neben den klassischen Inhalten der Vorsorge und Selbsthilfe auch konkrete Informationen über aktuelle Entwicklungen und alltagstaugliche Tipps zu finden sind. Eine „Selbsthilfe-App“ wird nur dann akzeptiert werden, wenn

diese mit dem Lebensalltag in einem engen Kontext steht und regelmäßig genutzt wird. Hier sind Fachleute aus der Informationsbranche gefragt, wie ein solches Produkt aussehen kann. Es wird zu fragen sein, ob diese App mit Dienst-



Inhalte des Bevölkerungsschutzes sollten möglichst frühzeitig und praxis- / lebensnah vermittelt werden.
(Foto: BBK)

leistungen verknüpft werden kann / soll oder sogar durch Werbung gefördert. Die ganz besondere Herausforderung besteht aber darin, dass eine solche Informations-Plattform interdisziplinär und überverbandlich gestaltet werden muss. Über diese App müssen alle relevanten Informationen abrufbar sein – im besten Fall sogar bis auf die kommunale Ebene. Denn auch das zeigt die Erfahrung: nur die Dinge werden genutzt, die einen realen Bezug haben und deren Botschafter als „authentisch“ wahrgenommen werden. Wenn die „Selbstschutz / Selbsthilfe-App“ also z. B. auf besondere Events oder Gefahren in der Kommune hinweist, dann wird diese auch angenommen. Wenn der Bürgermeister oder der Kommandant der örtlichen Feuerwehr Tipps und Hinweise gibt, dann bekommt ein eher unpersönliches Instrument der modernen Technik auf einmal einen sehr charmanten lokalen und persönlichen Touch.

Im Ergebnis wäre zu wünschen, dass die Bevölkerung über alle Altersgruppen hinweg sensibilisiert wird auf alltägliche Risiken. Dass sie in der Lage ist, eigenständig eine Notlage über einen überschaubaren Zeitraum zu bewältigen, dass sie verantwortlich auf ihr soziales Umfeld achtet und Unterstützung und Hilfe leistet für die Gruppen, die dazu nicht mehr in der Lage sind. Grundsätzlich ist diese Bereitschaft in der Bevölkerung vorhanden, wie die Erfahrung zeigt. Es kommt jetzt auf eine zielgruppengerechte Ansprache und aktuelle Vermittlung von Tipps an. Die Feuerwehren und Hilfsorganisationen können hier Mittler und Motivator sein, wenn zeitgemäße Angebote auch angeboten werden, die die Menschen gerne nutzen.

Leander Strate ist Fachbereichsleiter Rettungsdienst, Notfallvorsorge und Fahrdienste in der Bundesgeschäftsstelle der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

NeuENV

Selbstschutz- und Selbsthilfepotenzial von privaten Haushalten in der Ernährungsnotfallvorsorge – Ergebnisse aus dem Projekt Neue Strategien der Ernährungsnotfallvorsorge (NeuENV)

Trotz der seit Jahrzehnten verlässlich funktionierenden und stabilen Ernährungswirtschaft in Deutschland können z. B. Epidemien oder großflächige Stromausfälle dazu führen, dass auch die Lebensmittelversorgung stark beeinträchtigt wird. Ein zentraler Akteur für die Bewältigung friedenszeitlicher Ernährungsnotfälle ist die betroffene Bevölkerung selbst. Dabei ist das Wissen um das Selbsthilfepotenzial der privaten Haushalte sehr gering. Das Projekt „Neue Strategien der Ernährungsnotfallvorsorge“ (NeuENV) hat sich daher in einem Teil seiner Forschungsarbeit damit beschäftigt, welche Rolle die Bevölkerung bzw. private Haushalte in einem zeitgemäßen Konzept der Ernährungsnotfallvorsorge spielen können. Es zeigt sich, dass die Bevölkerung für kurzfristige Ausfälle der Lebensmittelversorgung durchaus gerüstet ist. Im Falle eines längerfristigen Ausfalls dieser Kritischen Infrastruktur muss der Fokus der Bewältigungsstrategie auf den Akteuren Ernährungswirtschaft sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben liegen, um eine adäquate Versorgung der privaten Haushalte aufrechterhalten zu können.

Ute Menski, Stefanie Wahl, Lars Gerhold

Eigenverantwortliches Handeln der betroffenen Bevölkerung ist eine wesentliche Bedingung für die erfolgreiche Krisenbewältigung im Falle einer Ernährungsnotfallsituation. Private Vorsorge und die Fähigkeit zum Selbstschutz bzw. zur Selbsthilfe spielen deshalb in staatlichen Schutzkonzepten eine wichtige Rolle – so auch im Falle der Ernährungsnotfallvorsorge. Mit dem Ziel, diese Selbsthilfefähigkeiten zu stärken, wenden sich die entsprechenden Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (z. B. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) v. a. mit Onlineauftritten und Broschüren an die Verbraucher. Idealerweise sollen sie sich dieser Gefahren bewusst und durch eine persönliche Notfallvorsorge auf potenzielle Ausfälle der Lebensmittelversorgung vorbereitet sein. Da es seit Ende des Zweiten Weltkrieges keinen bedrohlichen Engpass in der Lebensmittelversorgung gegeben hat, ist es jedoch fraglich, ob und in welchem Umfang private Haushalte derzeit Lebensmittel bevorraten, wie es in den behördlichen Informationsmaterialien empfohlen wird.

Das Selbstschutz- und Selbsthilfepotenzial von privaten Haushalten im Rahmen einer Ernährungsnotfallvorsorge besser einzuschätzen, Handlungsempfehlungen abzuleiten und diese in ein überarbeitetes ENV-Konzept integrieren zu können, waren die übergeordneten Ziele des NeuENV-Teilprojektes „Die Bevölkerung als Adressat und Akteur der Ernährungsnotfallvorsorge“. Am Forschungsforum Öffentliche Sicherheit der Freien Universität Berlin gingen Wis-

senschaftler daher der Frage nach, wie die Bevölkerung auf einen potenziellen Ausfall der Lebensmittelversorgung reagieren würde bzw. welche Potentiale zur Krisenbewältigung in Hinblick auf vorhandene Lebensmittelvorräte als auch persönliche Selbsthilfefähigkeiten in privaten Haushalten vorhanden sind. Dazu wurden im Oktober 2013 und Mai 2014 zwei bundesweite Online-Befragungen realisiert, deren zentrale Ergebnisse im Folgenden vorgestellt und diskutiert werden.

Geringer Bekanntheitsgrad behördlicher Informationsmaterialien

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigten bereits, dass Informationsangebote von Behörden, in denen verschiedene Krisensituationen oder Notfälle beschrieben und Handlungsanweisungen (z. B. in Form von Checklisten) zur Vorbereitung auf diese Situation vorgeschlagen werden, nur einen geringen Wahrnehmungs- und Verbreitungsgrad in der Bevölkerung haben (Menski & Gardemann 2008; Goersch & Werner 2011). Die Ergebnisse der Befragungen im Projekt NeuENV stützen die bisherigen Ergebnisse und ergaben, dass derartige Informationsmaterialien den Befragten kaum bekannt sind. Nur rund 8% der befragten Bundesbürger gaben an, solche Informationsangebote zu kennen. Die meisten davon bezogen sich auf Informationsangebote von Hilfsorganisationen und Bundesministerien bzw. Bundesämtern.

Mehrheit der Bevölkerung hat keine Lebensmittelvorräte für 14 Tage

Im Falle eines Hochwassers, starken Schneesturmes oder längerfristigen Stromausfalles ist man mit „einem Vorrat an Lebensmitteln und Getränken für zwei Wochen [...] gerüstet“ (BBK 2013: 10). So empfehlen es das BBK in seinem Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen (BBK 2013) sowie die zuständigen Bundes- und auch Landesbehörden (z. B. BMEL 2015). Dieser Richtwert lässt sich bis ins Jahr 1959 zurückverfolgen. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Deutschland seit dieser Zeit sowie der eher geringen Eintrittswahrscheinlichkeit eines längerfristigen Lebensmittelversorgungsausfalles muss diese Bevorratungsempfehlung für die heutigen Verhältnisse hinterfragt werden.

Die Ergebnisse der Befragungen im Rahmen von NeuENV stützen diese Annahme auch bundesweit: Die Verbraucher wurden gebeten einzuschätzen, wie lange ihr jeweiliger Haushalt in der Lage wäre, einen Ausfall der Lebensmittelversorgung auszuhalten, „ohne dass sie sich große Sorgen machen würden“. In dem vorgegebenen Szenario sollten die Befragten davon ausgehen, dass die Versorgung in einem Radius von 50 km um den eigenen Wohnort herum unterbrochen war. Gut drei Viertel (78 %) aller Befragten gaben an, bis zu drei Tage ohne eine zusätzliche Versorgung auskommen zu können. Bis zu einer Woche lang würden nach eigener Angabe noch 41 % aller Befragten aushalten. Die von behördlicher Seite angestrebten 14 Tage könnten allerdings nur noch die Haushalte von 17 % aller teilnehmenden Personen mit Lebensmitteln aus dem eigenen Vorrat bestreiten.

„Der Lebensmittelmarkt unmittelbar vor meiner Haustür ist meine Speisekammer.“

So kommentiert ein alleinlebender Teilnehmer der ersten Befragung seine Bevorratungssituation. Dies zeigt sich auch als Trend für die gesamte Bevölkerung: Zum einen bevorraten Personen, die allein leben, im Durchschnitt für etwas weniger Tage Lebensmittel als Personen, die in Mehrpersonenhaushalten leben. Zum anderen haben Haushalte, die viele verschiedene Lebensmittelversorgungseinrichtungen (z. B. Supermarkt, Drogerie, Bäckerei, Fleischerie) in fußläufiger Nähe haben, weniger Lebensmittel vorrätig als Haushalte, die weniger gut angebunden sind.

Vorratshaltung aus Gründen der Bequemlichkeit und Wirtschaftlichkeit

Ferner zeigen die Ergebnisse, dass nur ein Viertel der Bevölkerung (26 %) bewusst Lebensmittel bevorrätet, „um in einem Krisenfall (z. B. Hochwasser, Stromausfall etc.) für ei-

nen gewissen Zeitraum gerüstet zu sein“. Weitaus mehr Zustimmung erfahren allerdings Bevorratungsgründe wie „nicht täglich einkaufen gehen zu müssen“ (75 %), „immer eine gewisse Auswahl zur Verfügung zu haben“ (72 %) oder „z. B. bei Krankheit oder schlechtem Wetter nicht einkaufen gehen zu müssen“ (62 %). Auch der Tatsache, dass „bei Sonderangeboten gezielt größere Mengen“ eingekauft werden, stimmen immerhin noch 46 % () der Befragten zu, wenn es um das Bevorratungsverhalten in ihrem Haushalt geht. Die Bevölkerung – das zeigen die Ergebnisse – bevorrätet also durchaus, nur geringer als gewünscht und aus ganz anderen Beweggründen als einer erwarteten Krise.

Geringe wahrgenommene Eintrittswahrscheinlichkeit, aber Respekt vor den Auswirkungen

Dass private Haushalte Lebensmittel nicht vorrangig aus Gründen einer Notfallvorsorge bevorraten, kann auch darauf zurückgeführt werden, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Lebensmittelversorgungskrise als eher gering einzuschätzen ist. Dies deckt sich mit der Wahrnehmung der Bevölkerung: Die Befragten wurden gebeten, sich ein konkretes Szenario, bei dem die Lebensmittelversorgung aufgrund einer schweren Grippewelle ausgefallen ist, vorzustellen. Insgesamt empfindet nur knapp ein Viertel der deutschen Bevölkerung den Eintritt eines solchen Ereignisses als wahrscheinlich bzw. sehr wahrscheinlich (24 %).



Dass eine Gefährdung der Lebensmittelversorgung insgesamt kein Thema ist, mit dem sich Konsumenten alltäglich konfrontiert sehen, ist durchaus nachvollziehbar: Verbraucher in Deutschland sind daran gewöhnt, dass die Regale im Lebensmitteleinzelhandel immer gut gefüllt und stets eine große Auswahl an regionalen und überregionalen Lebensmitteln verfügbar ist. Deutschland gehört zudem zu den Top Fünf der Länder in Europa, die die höchste Filialdichte pro Million Einwohner haben (Nielsen 2015). Eine aktuelle Studie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft belegt zudem, dass die Zufriedenheit der Verbraucher mit dem vielfältigen Angebot und der guten Erreichbarkeit von Lebensmittelgeschäften ungebrochen groß ist (BMEL 2016).

Nichtsdestotrotz bzw. gerade weil eine Unterbrechung der Lebensmittelversorgung für Verbraucher derart unge-

wöhnlich wäre, hält ein Großteil der Befragten ein solches Szenario durchaus für herausfordernd (59%) bzw. beängstigend (56%). Zudem schätzen rund 39% die Folgen, die ein längerfristiger Ausfall der Lebensmittelversorgung für sie persönlich hätte, als schwerwiegend ein.

Vertrauen in Externe und hohe Selbstwirksamkeit bei der Krisenbewältigung

Die Studie fragte zudem danach, auf welche sozialen und persönlichen Ressourcen die Befragten im Falle des vorgestellten Szenarios zurückgreifen würden. Die Ergebnisse zeigen ein bedingtes Vertrauen dahingehend, dass die zuständigen Behörden und der Lebensmitteleinzelhandel das Problem schnell im Griff haben würden. Knapp ein Drittel der Befragten (30%) würde dieser Aussage für die zuständigen Behörden zustimmen, für den Lebensmittelhandel sind es 38%. Das Vertrauen in die Privatwirtschaft liegt demnach bei dieser Frage sogar über dem Vertrauen in die behördlichen Akteure.



Projektlogo NeuENV.

Neben dem Vertrauen in Externe zeigt sich außerdem für die Hälfte der Befragten ein hohes Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung bezüglich des vorgegebenen Szenarios: 50% geben an, zu wissen, was sie tun müssen, um mit einer solchen Situation umzugehen. Die andere Hälfte ist sich dessen nur teilweise sicher bzw. wüsste nicht, was zu tun ist.

Als zusätzliche Ressource, mit der private Haushalte in einem Ernährungsnotfall rechnen können, kann auch das jeweilige soziale Netzwerk angesehen werden. Gut ein Drittel der Bevölkerung (37%) gibt an, in einer solchen Situation auf die Hilfe von Familien, Freunden und Bekannten zurückgreifen zu können.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für die behördliche Krisenkommunikation

Die vorangegangenen Ergebnisse geben Aufschluss darüber, welche Rolle die Bevölkerung im Rahmen eines zeitgemäßen Konzeptes der Ernährungsnotfallvorsorge spielen

kann bzw. welches Selbsthilfe- und Selbstschuttpotenzial bei privaten Haushalten bereits heute vorhanden ist. Es zeigt sich, dass die betroffene Bevölkerung kurzfristige (d. h. ca. drei Tage) andauernde Krisen in der Lebensmittelversorgung nach eigener Einschätzung mit den in der alltäglichen Routine vorhandenen Vorräten gut bewältigen kann. Für länger andauernde Versorgungsengpässe, ausgelöst durch eine massive Beeinträchtigung der Lebensmittelversorgung, ist ein Großteil der privaten Haushalte jedoch nicht aufgestellt. Um auf solche Fälle adäquat vorbereitet zu sein, muss ein überarbeitetes ENV-Konzept Vorschläge zur Stärkung des Selbsthilfepotenzials privater Haushalte enthalten bzw. angesichts der eher geringen Eintrittswahrscheinlichkeit einer solchen längerfristigen Versorgungsunterbrechung dieses Potenzial realistisch berücksichtigen.

Angesichts der anzunehmenden geringen Eintrittswahrscheinlichkeit eines Szenarios, das eine langfristige Unterbrechung der Lebensmittelversorgungskette auslösen würde, ist die behördliche Bevorratungsempfehlung von 14 Tagen zu hinterfragen. Dies zeigt auch ein Blick auf das

Ausland: Die Niederlande, Polen oder auch Großbritannien geben keine konkreten Bevorratungsempfehlungen, die Schweiz oder Italien beschränken ihre Empfehlungen auf wenige Tage bis zu einer Woche. Diesen Zeitraum würde nach eigener Einschätzung in Deutschland immerhin die Hälfte der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus dem eigenen Vorrat überbrücken können. Die andere Hälfte wäre dann ggf. eher zu einem ausgeprägteren Bevorratungsverhalten zu motivieren, wenn die Zielgröße auf ein leichter umsetzbares Maß herabgesetzt würde, z. B. eine Woche statt 14 Tage.

Der geringe Wahrnehmungs- und Verbreitungsgrad der behördlichen Informationsangebote in Deutschland ließe sich dadurch erhöhen, dass Handlungsempfehlungen zur Ernährungsnotfallvorsorge mehr in den Alltag des Konsumenten eingebracht werden. Konsumenten nutzen heutzutage verschiedene Kommunikationskanäle, um sich über Lebensmittel zu informieren. Am häufigsten werden laut dem BMEL-Ernährungsreport 2016 (BMEL 2016) Informationen am Einkaufsort selbst (72%), Etiketten und Siegel auf Verpackungen (60%) und Internetrecherchen zuhause (44%) genutzt. Auch der Gebrauch von Smartphones spielt für die Information über Lebensmittel eine wichtige Rolle; ein Fünftel (21%) der Konsumenten mit Smartphone googelt während des Einkaufs. Diese vielfältigen Möglichkeiten können auch für die Aufklärung über die Ernährungsnotfallvorsorge genutzt werden: Informationstafeln in Supermärkten oder QR-Codes auf Produktverpackungen oder an den Lebensmittelregalen können Hinweise geben, welche Lebensmittel sich besonders zur Bevorratung eignen bzw. wie Lebensmittel länger haltbar gemacht werden können.

Gleichzeitig ist das von abzuraten, allein der Hoffnung zu folgen, dass die Bevölkerung sich irgendwann gemäß der behördlichen Wunschvorstellung bevorratet. Eine Risikowahrnehmung privater Haushalte konkurriert immer mit vielen verschiedenen Themen: der eigenen gesundheitlichen Lage, der finanziellen Ressource, des Lebensstils usw. Um die Menschen in Deutschland dennoch zu einem ausgeprägteren Bevorratungsverhalten zu motivieren, sollten entsprechende behördliche Kommunikationskonzepte bzw. Informationsmaterialien in Deutschland darauf verzichten, eine gefahrenzentrierte Darstellung zu fokussieren. Vielmehr sollten positive und alltagsnahe Aspekte einer umfangreicheren Lebensmittelbevorratung im Vordergrund stehen, die bereits heute dazu führen, dass private Haushalte mehr als für den täglichen Bedarf einkaufen. Dazu könnten zum Beispiel die Vorbereitung auf überraschenden Besuch oder eine Preisersparnis durch den Einkauf von größeren Mengen bei Sonderangeboten zählen. Es gilt, die positiven und durchaus vorhandenen Ansätze in der Risikovorsorge in der Bevölkerung zu unterstützen und zu stärken, anstatt das Verfehlen der behördlichen Zielmarkierung zu beklagen. Ein aus dem Projekt NeuENV heraus entstandener Filmbeitrag im Rahmen einer Bachelorarbeit zur privaten Ernährungsnotfallvorsorge zeigt beispielhaft, wie auf das sonst vorrangig mit Katastrophenszenarien assoziierte Thema aufmerksam gemacht werden kann: Studierende des Studienganges Oecotrophologie an der Fachhochschule Münster entwickelten in Zusammenarbeit mit dem Referat 30 des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg einen kurzen Filmbeitrag, der einen unerwarteten Besuch von Freunden als Motivation für umfangreichere Lebensmittelbevorratung hervorhebt (MLUL 2016; Link zum Film: <https://youtu.be/pToHjauceGQ>). Durch die kreative Nutzung auch solcher Kommunikationsformate für die behördliche Risikokommunikation kann die Wahrnehmungswahrscheinlichkeit für eine breitere Bevölkerung erhöht werden.

Nichtsdestotrotz ist das Selbstschutz- und Selbsthilfepotenzial privater Haushalte hinsichtlich der Lebensmittelbevorratung begrenzt. Das muss es aufgrund der Alltags und der gesellschaftlichen Lebensumstände sogar sein. Daher ist es sinnvoll, dass in einem zeitgemäßen Konzept zur Ernährungsnotfallvorsorge, insbesondere für die Planung von Vorsorgemaßnahmen bezüglich längerfristiger Ausfälle, die Ernährungswirtschaft sowie Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben eine zentrale Rolle spielen. Nur so kann in einem Krisenfall eine angemessene Versorgung der Bevölkerung gemeinsam mit den privaten Haushalten gesichert werden.

Literatur

- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) (2013). Katastrophenalarm. Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen. Verfügbar unter http://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Broschueren_Flyer/Ratgeber_Brosch.pdf?blob=publicationFile [14.01.2016]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2015). Gut gewappnet für den „Fall der Fälle“ – Ihr persönlicher Notvorrat. Verfügbar unter <http://www.ernaehrungsvorsorge.de/de/private-vorsorge/notvorrat/> [14.01.2016]
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (2016). Deutschland, wie es isst. Der BMEL-Ernährungsreport 2016. Verfügbar unter http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Ernaehrungsreport2016.pdf?__blob=publicationFile [14.01.2016]
- Goersch, H. & Werner, U. (2011). Empirische Untersuchung der Realisierbarkeit von Maßnahmen zur Erhöhung der Selbstschutzzfähigkeit der Bevölkerung (Forschung im Bevölkerungsschutz, Band 15). Bonn: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.
- Menski, U. & Gardemann, J. (2008). Auswirkungen des Ausfalls Kritischer Infrastrukturen auf den Ernährungssektor am Beispiel des Stromausfalls im Münsterland im Herbst 2005. Empirische Untersuchung im Auftrag der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Verfügbar unter https://www.fh-muenster.de/humanitaere-hilfe/downloads/Auswirkungen_des_Stromausfalls_05_im_Muensterland.pdf [14.01.2016]
- Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Land Brandenburg (MLUL) (2016). Ernährungsnotfallvorsorge. Filmprojekt 2014. Verfügbar unter: <http://www.mlul.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.231068.de> [15.01.2016]
- Nestlé Deutschland AG (Hrsg.) (2015) Wie is(s)t Deutschland 2030? Frankfurt am Main: Dt. Fachverl.
- Nielsen (2015) Anzahl der Filialen im Lebensmitteleinzelhandel pro 1 Million Einwohner in Europa nach Ländern im Jahr 2014. Statista. Verfügbar unter <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/199419/umfrage/anzahl-der-filialen-im-lebensmitteleinzelhandel-in-europa/> [14.01.2016]
- Rasche, J., Schmidt, A., Schneider, S. & Waldtmann, S. (2001). Organisation der Ernährungsnotfallvorsorge. Zivilschutzforschung (Schriftenreihe der Schutzkommission beim Bundesminister des Inneren, Neue Folge Band 47). Bonn: Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für Zivilschutz.

Dipl. oeco. troph. Ute Menski MSc. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der AG Interdisziplinäre Sicherheitsforschung an der Freien Universität Berlin.

Stefanie Wahl M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik, Theater und Medien in Hannover.

Prof. Dr. Lars Gerhold leitet die AG Interdisziplinäre Sicherheitsforschung und ist Projektleiter des Forschungsforum Öffentliche Sicherheit an der FU Berlin.

Alle Autoren waren am BMBF-geförderten Forschungsprojekt „Neue Strategien der Ernährungsnotfallvorsorge“ (NeuENV) am Forschungsforum Öffentliche Sicherheit der Freien Universität Berlin beteiligt. Das Projekt lief von 2012 bis 2015 und ist mittlerweile abgeschlossen.

Trinkwasser-Vorsorgemaßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit

Peter Fischer, Ina Wienand, Rebekka Heller und Markus Lauten

Gesamtheit der staatlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit

Eine der wichtigsten Staatsaufgaben ist die Wahrnehmung der Schutzfunktion für die Bevölkerung. Unter den vielfältigen Maßnahmen, die der Staat dazu ergreift, sollen hier diejenigen betrachtet werden, welche die Trinkwasserversorgung betreffen.

Ohne Zweifel zählt die ausreichende Versorgung mit Trinkwasser zu den elementaren Notwendigkeiten, die bereits zum reinen Überleben unerlässlich sind. Um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, bedarf es verschiedener Akteure, die abhängig von dem jeweiligen Ereignis / Szenario involviert sein können (Abbildung 1).



Abbildung 1: Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit

Grundsätzlich liegt die Wasserversorgung in der Zuständigkeit und dem Verantwortungsbereich der Wasserversorgungsunternehmen (WVU). Überschreitet ein Ereignis die Fähigkeiten und Verantwortlichkeiten oder technisch / personellen Kapazitäten der WVU, ist es Aufgabe der Kommune, eine Ersatz- oder Notversorgung für die Bevölkerung bereitzustellen. Bereits im Vorfeld bis zur Feststellung der Katastrophe ist eine enge Zusammenarbeit zwischen WVU und örtlicher Gefahrenabwehr, ggf. auch Katastro-

phenschutzbehörde erforderlich. Nur so können die Expertise des WVU, die örtlichen Ressourcen und die zusätzlichen Ressourcen seitens der Behörde(n) sinnvoll gebündelt und der Schadenslage effizient begegnet werden. Zudem sollte die Bevölkerung im Rahmen der Selbstvorsorge einen Trinkwasservorrat vorhalten. So kann bei Ausfall der öffentlichen Wasserversorgung der Trinkwasserbedarf kurzfristig sichergestellt werden, bis die staatliche Notfallvorsorge einsetzt.

In Deutschland werden verschiedene Ansatzpunkte gewählt, um die Versorgungssicherheit mit Trinkwasser zu gewährleisten. Die staatlichen Maßnahmen dienen der unmittelbaren Sicherung der Versorgung mit lebensnotwendigem Trinkwasser und stärken damit die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung bei Ausfall der normalen Versorgungsstrukturen. Sie unterteilen sich in:

- die Sensibilisierung und Beratung der originär zuständigen Wasserversorgungsunternehmen (WVU) und der im Katastrophenfall ggf. ebenfalls geforderten Katastrophenschutzbehörden,
- die Vorhaltung eigener Notversorgungs-Strukturen,
- die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung über die unerlässliche Eigenvorsorge.

Zusammenarbeit mit Wasserversorgungsunternehmen und Kommunalbehörden

Über die Aktivitäten des BBK bezüglich der Sensibilisierung und Beratung von WVU und zuständigen Behörden (a) wurde bereits im Bevölkerungsschutz-Magazin 4/2014 berichtet. In enger Zusammenarbeit mit Wasserversorgungsunternehmen und der Kreisverwaltung Lippe wurde praxisnah im Rahmen einer Arbeitsgruppe aus WVU, Behörden, Technischem Hilfswerk (THW) u. a. die Vorgehensweise zur Risikoanalyse für die Wasserversorgung vor dem Hintergrund außergewöhnlicher Schadenslagen (z. B. Extremwetter, Unfälle, Sabotage) umgesetzt (BBK 2016 im Druck). Durch die qualifizierte Beschreibung der technischen Anlagen der Wasserversorgung können vor dem Hintergrund der jeweils betrachteten Szenarien die Schwachstellen der Wasserversorgung ermittelt werden. In diesem Zusammenhang ist es hilfreich, wenn die Anlagen der Wasserversorgung in einem Geografischen Informations-

system (GIS) erfasst und aufbereitet sind. Die Auswirkungen einiger Schadensszenarien (z. B. Überflutungen, Störungen der Verkehrsinfrastruktur) lassen sich dadurch wesentlich schneller und einfacher erkennen. Aus der anschließenden Bestimmung von Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit lässt sich ein Ranking der Auswirkungen der verschiedenen Szenarien entwickeln, welches wiederum als Grundlage für konkrete Entscheidungen bezüglich der künftigen Maßnahmen zur Härtung der Wasserversorgung dient.

Notversorgungsstrukturen des Bundes

Auf Grundlage des Wassersicherstellungsgesetzes (WasSG) sowie der darauf fußenden einschlägigen Verordnungen hat der Bund seit den 60er Jahren kontinuierlich Anlagen zur Trinkwassernotversorgung errichtet. Für die Umsetzung der Maßnahmen sind im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung die Länder und Kommunen zuständig. Es handelt sich dabei vor allem um eine Vielzahl leitungsunabhängiger Trinkwassernotbrunnen und mehr als 120 Verbundleitungen als ortsfeste Rohrleitungsverbindungen zwischen benachbarten Wasserversorgungsnetzen. Daneben wurden mobile Leitungen und flexible Wasserbehälter beschafft.

Vor dem Hintergrund des in der Zeit des Ost-West-Konfliktes herrschenden Schadensszenarios mit flächendeckender Zerstörung und der damit einhergehenden umfangreichen Ausschaltung der Infrastrukturen sollte prioritär in den Ballungsgebieten die Trinkwassernotversorgung durch autarke Brunnen gewährleistet werden.

Einen Bogenschlag zu Punkt a stellen die vom Bund finanzierten Verbundleitungen dar. Durch die Schaffung von Redundanzen beim Bezug und der Verteilung von Trinkwasser durch die Wasserversorgungsunternehmen baute der Bund mit diesen Leitungen keine eigene Versorgungsstruktur auf, sondern härtete die bestehenden Strukturen der Wasserversorgungsunternehmen. Ähnlich wirken die vom Bund beschafften mobilen Leitungen. Sie können über kurze Strecken Stadtbezirke mit einer größeren Wassermenge beliefern oder zur Überbrückung zerstörter Rohrnetzabschnitte dienen. Bezogen auf das heutige Schadensbild lokaler Zerstörungen haben mobile Leitungen den Vorteil vielfältiger Einsatzmöglichkeiten. Auch die in der Vergangenheit beschafften flexiblen Wasserbehälter, die sowohl dem Transport als auch der Zwischenlagerung bei den Ausgabestellen der Notbrunnen dienten, haben den Vorteil der vielfältigen, ortsungebundenen Einsetzbarkeit, können aber im befüllten Zustand nicht auf- oder abgela-

den werden. Bei künftigen Behälterbeschaffungen soll daher auf Systeme zurückgegriffen werden, die im befüllten Zustand mittels Flurförderzeugen und Ladebordwand verladen werden können. Zur vereinfachten Nutzung der vorhandenen Trinkwassernotbrunnen in Schadenslagen außerhalb des Verteidigungsfalls wurden die Qualitätsstandards der Trinkwassernotversorgung überarbeitet und damit die Richtwerte für die Wasserqualität dem heutigen Stand der Wissenschaft in Bezug auf einen Expositionszeitraum von 30 Tagen angepasst.

Im Rahmen der Ergänzung des Katastrophenschutzes der Länder für Zwecke des Zivilschutzes hält der Bund darüber hinaus beim THW 14 Trinkwasserfachgruppen vor, die jeweils über mindestens eine Wasseraufbereitungsanlage mit einer Kapazität von 15.000 l/ Stunde verfügen. Die Möglichkeiten zum Trinkwassertransport werden derzeit beim THW weiter ausgebaut.

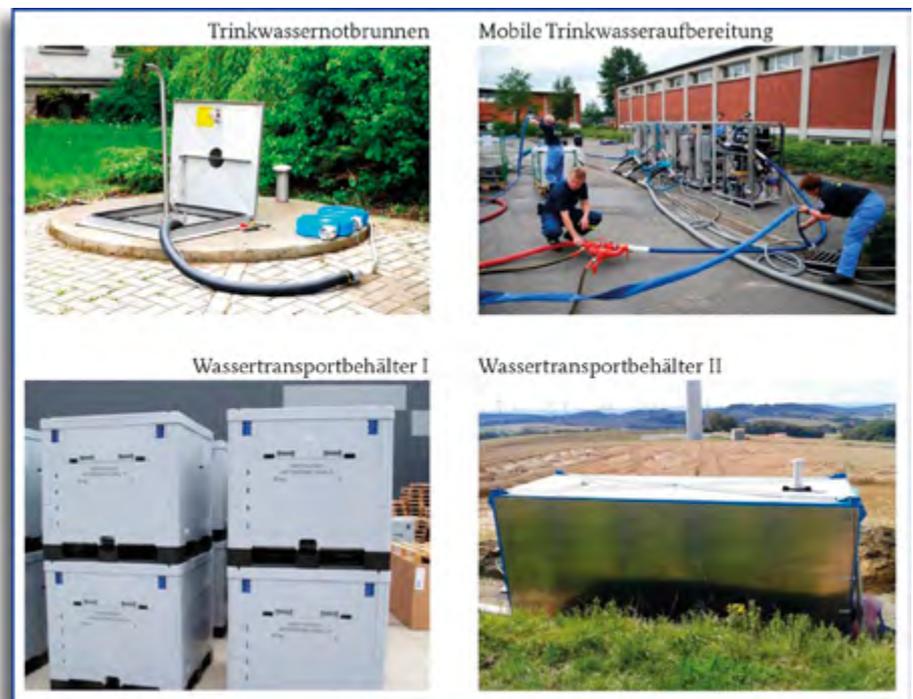


Abbildung 2: Notversorgungsmaßnahmen im Überblick

Information der Bevölkerung

Da es bei einem Ausfall der Trinkwasserversorgung unvermeidbar ist, dass bis zur Sicherstellung einer Ersatz- oder Notversorgung – sei es durch das Wasserversorgungsunternehmen oder die Katastrophenschutzbehörde – einige Zeit vergeht, ist es wichtig, dass die Bevölkerung in der Lage ist, diesen Zeitraum mit eigenen Mitteln zu überbrücken. Auch wenn die bisherigen Erfahrungen dazu führen, dass der zu überbrückende Zeitraum als eher gering eingeschätzt wird, sind doch auch Szenarien wie z. B. ein großflächiger Stromausfall denkbar, die aufgrund der vielfältigen Einsatzerfordernisse die Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes in hohem Maße beanspruchen, sodass mehrere Tage vergehen können, bis staatlicherseits eine Ersatzwasserversorgung möglich ist. Mit der Broschüre „Ratgeber

für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“ (BBK 2013) hat das BBK ein Instrument geschaffen, um die Bevölkerung einerseits für die Notwendigkeit der Eigenvorsorge zu sensibilisieren und andererseits anhand einer Checkliste praktische Hinweise zur konkreten Umsetzung dieser Eigenvorsorge zu geben. Bezüglich der Flüssigkeitsbevorratung sollten demnach für 2 Wochen möglichst 28 Liter pro Person (2 Liter pro Tag) gelagert werden, mindestens aber ein reiner Trinkwasservorrat von 10 Litern pro Person für 5 Tage. Wegen guter Haltbarkeit eignet sich hier kohlenstoffhaltiges Mineralwasser in besonderem Maße.

Maßnahmen der Notfallvorsorgeplanung in der Praxis

Abhängig von der Art, Dauer und Schwere einer Krise /Katastrophe kann die Aufrechterhaltung der leitungsgebundenen Wasserversorgung der Bevölkerung nicht immer gewährleistet werden. Im Falle eines langanhaltenden Stromausfalles beispielsweise sind sowohl die Wassergewinnung und -aufbereitung als auch die Wasser- verteilung besonders betroffen. Elektrische Energie ist notwendig, um Förderpumpen und Druckerhöhungsanlagen zu betreiben. Das Roh- oder Trinkwasser verbleibt im Boden oder in Zwischenspeichern und erreicht den Endverbraucher nicht mehr. Um die Auswirkungen solch eines Szenarios abschätzen und im Ernstfall schneller und zielgerichteter handeln zu können, wurde anhand des Untersuchungsgebietes Kreis Lippe ein räumlicher und zeitlicher Vergleich des Wasserbedarfs und der Wasserverfügbarkeit im Katastrophenfall durchgeführt.

Aufgrund der ununterbrochenen Verfügbarkeit von Trinkwasser und der damit einhergehenden geringen Sensibilisierung der Gesellschaft sind nur wenige Menschen adäquat auf einen Ausfall der Wasserversorgung vorbereitet. Die Bevölkerung vertraut auf die Vorsorge durch den Staat. Der Staat wiederum kalkuliert in seine Vorsorgepläne die Fähigkeit der Bevölkerung zur privaten Notfallvorsorge mit ein. Die vom BBK empfohlene Flüssigkeitsmenge ist allerdings in nur wenigen Haushalten tatsächlich vorhanden. Besonders in städtischen Gebieten mit überwiegend kleinem Wohnraum und der Verfügbarkeit

vieler Einkaufsmöglichkeiten ist die Lebensmittelbevorratung gering.

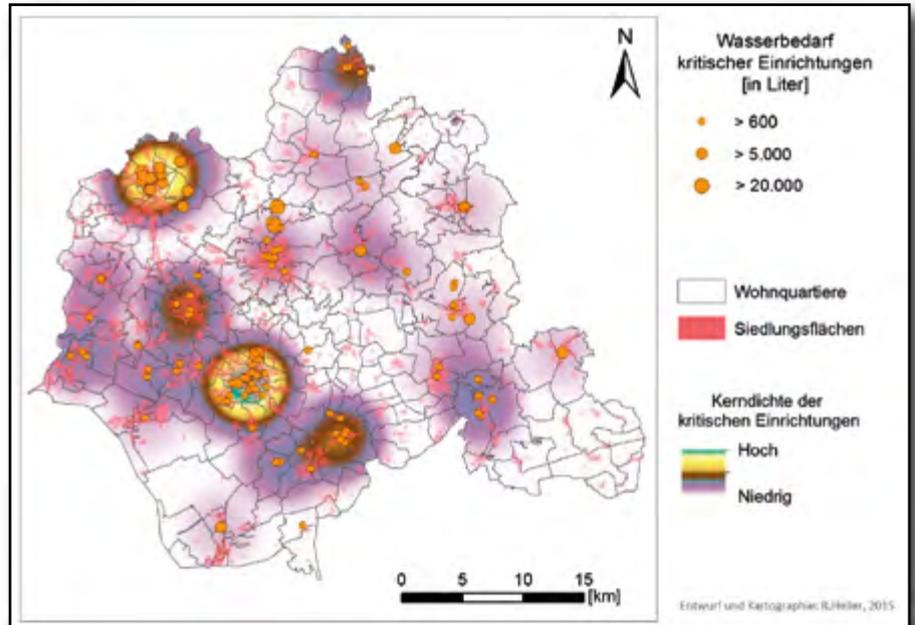


Abbildung 3: Die Kerndichte kritischer Einrichtungen im Untersuchungsgebiet und deren Wasserbedarf geben den Hilfskräften einen ersten räumlichen Überblick.

Unter normalen Umständen liegt der Bedarf von privaten Haushalten und Kleingewerbe bei durchschnittlich 120 Liter Wasser pro Person und Tag (Statistisches Bundesamt 2015). Neben der Verwendung als Trinkwasser und für die Zubereitung von Speisen beinhaltet dies auch den Was-

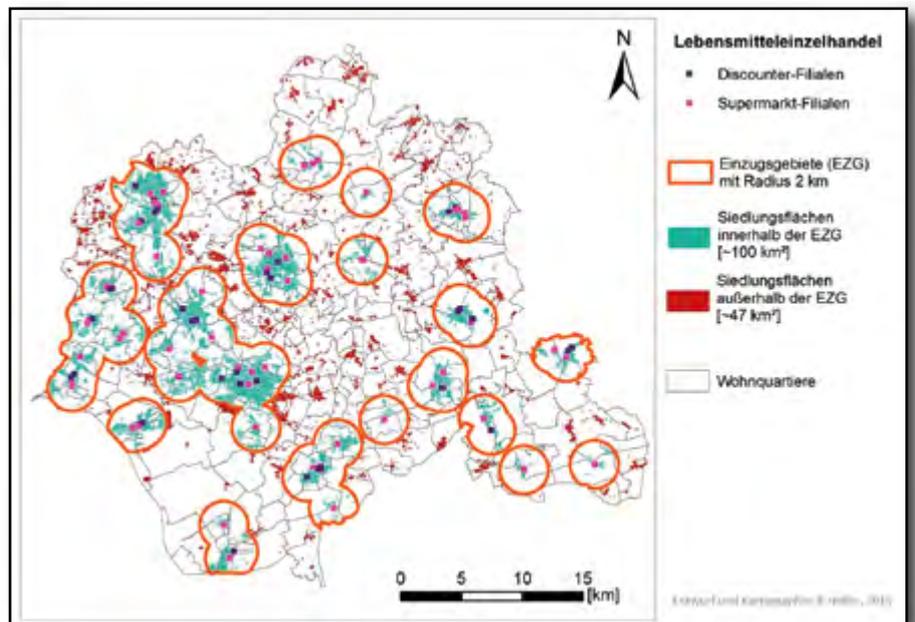


Abbildung 4: Anteil der Siedlungsflächen innerhalb eines 2 km-Radius um Filialen des Lebensmitteleinzelhandels.

serbedarf für die Erhaltung der Hygiene. Dabei wird der größte Teil für die Körperhygiene, die Toilettenspülung, das Waschen von Kleidung und die Reinigung des Wohnraumes verwendet. Im Katastrophenfall muss dieser Verbrauch eingeschränkt werden. So wird gemäß Erster Wassersicher-

stellungsverordnung (1. WasSV) mit einem Mindest-Wasserbedarf von lediglich 15 Litern pro Person und Tag kalkuliert. Für Personen in Pflegeheimen oder Krankenhäusern werden 75 Liter pro Krankenbett und Tag eingeplant, da die Hygienemaßnahmen dort meist aufwendiger und deren regelmäßige Durchführung dringend notwendig sind. Auf Intensivstationen werden 150 Liter pro Krankenbett und Tag angesetzt.



Wasserförderung mit Handschwengelpumpe.
(Foto: Müller)

Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind bei einem langanhaltenden Ausfall der leitungsgebundenen Trinkwasserversorgung besonders gefährdet. Hierzu zählen insbesondere Kleinkinder und Senioren. Anhand der Bevölkerungsverteilung lässt sich bestimmen, in welchen Wohnquartieren diese Risikogruppen einen hohen Anteil haben. Diese Wohnquartiere sollten in der Planung der Wassernotversorgung in einem Katastrophenfall gesondert berücksichtigt werden.

Auch kritische Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Senioren- und Kinderheime können durch den Ausfall der Trinkwasserversorgung stark beeinträchtigt werden. Aufgrund dessen sollten diese ebenfalls bei der Notfallvorsorge besonders berücksichtigt werden. Im Notfall ist es für Rettungskräfte wichtig, einen schnellen Überblick über die Höhe des Wasserbedarfs und die räumliche Verteilung kritischer Einrichtungen zu haben. Die Umsetzung in einem Geografischen Informationssystem liefert einen schnellen Überblick und bietet die Möglichkeit, kleinräumige Informationen abzufragen (Abbildung 3).

Bei einem langanhaltenden Ausfall der leitungsgebundenen Wasserversorgung stehen verschiedene Möglichkeiten

für eine alternative punktuelle Wassernotversorgung zur Verfügung. In bevölkerungsreichen Regionen in Deutschland sind beispielsweise Trinkwassernotbrunnen vorhanden, welche genutzt werden können. Private und gewerbliche Brunnen liefern, wenn sie im Katastrophenfall noch funktionsfähig sind, ebenfalls kontinuierlich Wasser und können in die Notfallversorgung einbezogen werden. Das THW und die Feuerwehren halten Ressourcen für die Wasseraufbereitung sowie für die Wasserverteilung in Form von mobilen Gruppenzapfanlagen oder trinkwassergeeigneten Wassertransport- und -speichermöglichkeiten vor. Außerdem verfügen Hilfsorganisationen über personelle Ressourcen für die Organisation der alternativen Wasserversorgung und die Aufklärung der Bevölkerung.

Der Lebensmitteleinzelhandel lagert einen ständigen Vorrat an abgepacktem Tafel- / Mineralwasser (Abbildung 4). Allerdings macht die Lagermenge einen zu vernachlässigenden Anteil an der notwendigen Wasserversorgung aus. Außerdem ist die Involvierung des Einzelhandels in ein Gesamtkonzept der Wassernotversorgung problematisch, da angenommen werden kann, dass die Filialen zunächst versuchen werden, den Verkaufsbetrieb aufrechtzuerhalten. Ehe die Langfristigkeit eines Notzustandes ersichtlich wird, wären die Trinkwasserbestände vermutlich aufgebraucht. Die gelagerten Wasservorräte in den Lebensmitteleinzelhandelsfilialen dienen folglich nur einer ersten Überbrückung des Wasserbedarfs. Aufgrund ihrer Lage und Flächenverfügbarkeit bieten sie sich aber auch für eine Etablierung von dezentralen Wasserausgabestellen im Katastrophenfall an. Dafür müsste abgefülltes oder abgepacktes Trinkwasser zu den Filialen transportiert werden.

Im ausgewählten Untersuchungsraum ergab der räumliche wie auch zeitliche Vergleich von Wasserverfügbarkeit und Wasserbedarf, dass bei Einhaltung eines reduzierten Wasserverbrauchs auch bei einem Ausfall der leitungsgebundenen Versorgung genügend Trinkwasser zur Verfügung stünde. Die größte Herausforderung liegt in der Verteilung des Wassers, um es für alle zugänglich zu machen.



Wasserförderung mit Unterwassermotorpumpe.
(Foto: Kutter)

Bürger tun gut daran, sich einen Wasservorrat anzulegen, um im Katastrophenfall die Zeit überbrücken zu können, bis eine alternative Wasserversorgung etabliert werden kann.

Umsetzung der Trinkwassernotversorgung

Die bereits erwähnten überwiegend in Großstädten und Ballungsräumen befindlichen Trinkwassernotbrunnen sind eine regionale Besonderheit der staatlichen Vorsorge. Wegen der dort hohen Bevölkerungsdichte stellt die kurzfristige Bereitstellung von trinkbarem Wasser eine große, insbesondere logistische Herausforderung dar. Zudem ist die städtische Bevölkerung bei meist gut ausgebauten Infrastrukturen eher weniger auf Notlagen oder Krisensituationen eingestellt.

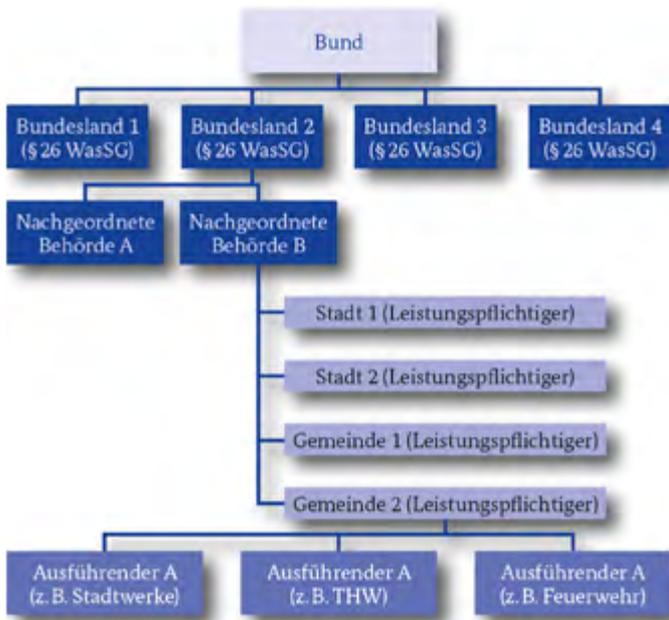


Abbildung 5: Zuständigkeiten bei der Bundesauftragsverwaltung.

Im Zuge des Wassersicherstellungsgesetzes wurden daher in Deutschland an exponierten Stellen inmitten von Siedlungsgebieten mehr als 5.000 autarke Trinkwassernotbrunnen errichtet. Sie wären heute in der Lage, 20 Millionen Menschen gleichzeitig mit 15 Litern Wasser am Tag zu versorgen. Die Brunnen heben Grundwasser aus 20 bis 100 m Tiefe, welches von der Bevölkerung im Umkreis bis 2.000 m in geeigneten Behältnissen geholt werden kann.

Die Wasserförderung geschieht in der Regel mittels Handpumpen (ca. 1-1,5 m³/h) oder elektrisch betriebenen Unterwassermotorpumpen (ca. 6 - 24 m³/h). Letztere verfügen über eigene Stromerzeuger oder sind im Falle von leistungsstarken Pumpen an das elektrische Netz angeschlossen mit Möglichkeit zur Umschaltung auf kurzfristig beizustellende Stromaggregate.

Die Durchführung von Maßnahmen zur Wassersicherstellung erfolgt im Zuge der Bundesauftragsverwaltung (Abbildung 5). Der Bau und der Erhalt der Trinkwassernotbrunnen obliegen den Kommunen. Die Kosten dafür werden vom Bund getragen. Die Wartung der Anlagen dagegen geschieht durch die Kommunen auf eigene Rechnung. Vorgaben zu technischen, organisatorischen und haushälterischen Aspekten sind in detaillierten Verwaltungsvorschriften niedergelegt oder werden dem DIN-/DVGW-Re-

gelwerk entnommen. Mit der Wartung erfolgt jährlich ein Funktionstest der Brunnen. Alle 5 Jahre geben ein Leistungspumptest und eine Wasseranalyse über Brunnenkapazität und Wassergüte Auskunft. Ein nach den Vorgaben



Betriebsübung an einem Trinkwassernotbrunnen in Hamburg. (Foto: Fischer)

ordnungsgemäß vorgehaltener Brunnen kann jederzeit binnen einer halben Stunde in Betrieb genommen werden. Der Zustand und die Betriebsfähigkeit der Brunnen sind heute überwiegend auf einem guten Niveau. Die wesentlichen Daten bezüglich Zustand, Funktionstüchtigkeit und Wasserqualität werden in einer Datenbank des Bundes geführt.

Da die Brunnen bisher wenig genutzt wurden, sind Einsatzübungen an den Anlagen umso wichtiger. Städte wie z. B. Köln, Hamburg oder Darmstadt haben solche Übungen durchgeführt.

Dabei steht neben den technischen Herausforderungen zur Bereitstellung und Verteilung einer genügenden Wassermenge mit unbedenklicher Qualität insbesondere die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Fokus. Zu



Wassertransportanhänger. (Foto: Feuerwehr Görlitz)

diesen gehören die für den Brunnen unmittelbar verantwortliche (leistungspflichtige) Stelle, Feuerwehr / Katastrophenschutz, Wasserversorger, das zuständige Gesundheitsamt, Hilfsorganisationen und nicht zuletzt die zu versor-

genden Einwohner, welche ersatzweise auch durch freiwillige Helfer dargestellt werden können. Insbesondere bei der Verteilung des Wassers ist die Selbsthilfe der Bevölkerung gefragt. Ebenso ist die Hilfe der Bürger für Bürger im Notfall wichtig, insbesondere dann, wenn Kinder und alte Menschen mit Wasser zu versorgen sind.



Transportcontainer für Schnellkupplungsleitungen.
(Foto: BWV)

Während Großstädte und Ballungsräume im Westen der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten überwiegend gut mit Trinkwassernotbrunnen ausgestattet wurden, besteht in manchen Gebieten – vor allem in den östlichen Bundesländern – noch Handlungsbedarf mit nicht unerheblichem Kostenaufwand. Die bestehenden Brunnen in den Kernzonen des urbanen Raums sind zu erhalten.

Aufgrund der geänderten Bedrohungslage nach Ende des Ost-West-Konfliktes ist der Bund inzwischen bei der Neuversorgung von Gebieten gehalten, mehr in die mobile und weniger in die stationäre Trinkwassernotversorgung zu investieren. Im Falle von stationären Systemen müssen leistungsstarke Wasserfassungen fokussiert werden. Insbesondere aktive Wassergewinnungsanlagen, aber auch Brunnen stillgelegter Wasserwerke, Fassungen aus Maßnahmen zur Grundwasserabsenkung, gut ausgebaute Messpegel etc. sollten dabei genutzt werden. Wasserfassungen im urbanen Raum können im Notfall von der Bevölkerung im Umkreis von max. 2.000 m direkt aufgesucht werden, was der bisherigen Praxis nach WasSG entspricht. Darüber hinaus soll jetzt aber der überwiegende Teil des geförderten Wassers über mobile Ausrüstungen wie trinkwassergeeignete Schlauch- oder Rohrleitungen, Wassertransportbehälter oder Wassertransportanhänger zu der zu versorgenden Bevölkerung gelangen.

Weiterhin sollen im Hinblick auf die Vulnerabilität geeignete Entnahmevorrichtungen an Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung eingerichtet werden, um auch bei Ausfall des Leitungsnetzes noch verfügbares Trinkwasser zu nutzen. In besonderen Fällen sind mobile Aufbereitungsanlagen und weiterhin auch Verbundleitungen möglich. Mobile Ausrüstungen sollten den Vorgaben der Trinkwas-

Literatur:

- Wienand, I. und Lauten, M. (2014): Die Trinkwasserversorgung auch für den Krisenfall sichern – Ergebnisse einer Zusammenarbeit zwischen Wasserversorgungsunternehmen und Behörden. Bevölkerungsschutz-Magazin Heft 4/2014. BBK (Hrsg.): S. 20-24. Bonn
- Fischer, P. und Wienand, I. (2013): Trinkwassernotbrunnen – Wasserversorgung in Extremsituationen. energie | wasser-praxis 4/2013. S. 58-66. Bonn
- Fischer, P., Rönnfeldt J., Schindler, N., Nees, P., (2012): Trinkwassernotversorgung – Betrieb eines Bundes-Notbrunnens in Darmstadt. Bevölkerungsschutz-Magazin Heft 4/2012. BBK (Hrsg.). S. 58-66. Bonn
- Statistisches Bundesamt (2015): Öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserentsorgung. Statistisches Bundesamt – Öffentliche Wasserversorgung. Fachserie 19. Reihe 2.1.1. Wiesbaden
- Heller, R. (2014): GIS-gestützte Analyse einer Wassernotversorgung der Bevölkerung und kritischer Einrichtungen im Falle eines langanhaltenden Stromausfalls am Beispiel des Kreises Lippe in Nordrhein-Westfalen
- BBK (2013) Katastrophen Alarm – Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen. Bonn
- BBK (2016 im Druck): Sicherheit der Trinkwasserversorgung. Grundlagen und Handlungsempfehlungen für die Aufgabenträger der Wasserversorgung in den Kommunen. Teil I: Risikoanalyse. Bonn
- Erste Wassersicherstellungsverordnung (1. WasSV). Vom 31. März 1970
- Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz). Vom 24. August 1965, zuletzt geändert am 12. August 2005.

serverordnung genügen, um im Sinne einer Ersatzwasserversorgung auch jenseits des Verteidigungsfalles jederzeit rasch bei Notsituationen und Versorgungsengpässen eingesetzt werden zu können.

Zur Fortsetzung des Ausbaues der Trinkwassernotversorgung ist dementsprechend die Anpassung der bestehenden Planungsgrundlagen erforderlich. Unter Berücksichtigung der vor Ort jeweils vorhandenen Infrastruktur sind dabei Aspekte der Verwundbarkeit der öffentlichen Wasserversorgung und der Risikoanalyse einzubeziehen (BBK 2016 im Druck).

Dr. Ina Wienand ist Mitarbeiterin im Referat *Risikomanagement KRITIS*, Schutzkonzepte *KRITIS* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Rebekka Heller (M.Sc.) ist Geographin und hat eine Masterarbeit zur Wassernotversorgung der Bevölkerung und Kritischer Einrichtungen im Falle eines langanhaltenden Stromausfalls am Beispiel des Kreises Lippe verfasst, Peter Fischer und Markus Lauten sind Mitarbeiter im Referat *Baulicher Bevölkerungsschutz, Wassersicherstellung* im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Bevölkerungsschutz für Kinder zwischen zwei Buchdeckeln

Kindgerechte Vermittlung von Bevölkerungsschutzthemen und Stärkung der Selbsthilfefähigkeit bei Kindern durch Literatur

Petra Liemersdorf-Strunk

Wie groß ist das Interesse von Kindern an Themen aus dem Bereich des Bevölkerungsschutzes und wie sieht die Kinderbuchlandschaft in deutscher Sprache in diesem Bereich derzeit aus?

Viele Kinder interessieren sich für Einsatz- und Blaulichtgeschehen und begeistern sich für Kinderbücher mit diesen Inhalten.

Die Gründe für das Interesse sind zum einen, dass Einsatzgeschehen per se spannend ist und die jeweiligen Einsatzfahrzeuge und verwendete Technik faszinieren, zum anderen bieten die Helfer und Helferinnen im Bevölkerungsschutz ein starkes Identifikationspotenzial. Zu den beliebtesten kindlichen Rollenvorbildern gehören traditionell der Feuerwehrmann und die Feuerwehrfrau, Hubschrauberpilot und -pilotin, THW-Helfer und -Helferin sowie Rettungshelfer und -helferin.

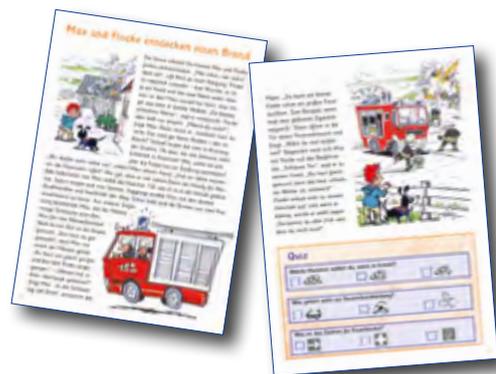
Der weitaus größte Teil dieser Bücher auf dem deutschen Markt, hauptsächlich in Form von Bilderbuch, Pappbilderbuch, Wimmelbuch und Sachbuch vorliegend, handelt von Einsätzen der Feuerwehr und den Rettungsdiensten für Leser und Leserinnen von 2 bis 12 Jahren.

Bücher mit Inhalten wie „Retten aus Wassergefahren“, Einsatz mit dem Zivilschutz-Hubschrauber, über Naturkatastrophen, zum Beispiel Stürme und Stromausfall und über Einsätze des THW sind dagegen nur in sehr kleiner Zahl zu finden.

Bücher mit kindgerechter Vermittlung von Selbstschutzzinhalten wie Wählen der Notrufnummer, Kennen der 5 W-Fragen und Erste-Hilfe gibt es ebenfalls nicht in großer Zahl.

Hinweise auf die Möglichkeit, Mitglied in einer Jugendorganisation, zum Beispiel bei der freiwilligen Feuerwehr oder in einer anderen Organisation zu werden und über den generellen Wert des Helfens sind gelegentlich am Rande zu finden, sie wurden jedoch bisher nur selten als ein eigenes Thema für Kinderbücher gewählt.

Kinderbücher erfüllen mehrere Funktionen. Sie sollen Lesefreude wecken, Lesekompetenz fördern, unterhalten, Inhalte transportieren und die Gemeinschaft zwischen Vorlesendem und Kind stärken, aber auch Werte vermit-



keln. Besonders in der Wertevermittlung können die Kinderbücher aus dem Bereich des Bevölkerungsschutzes punkten.

Neben den Büchern gibt es, zum Teil kostenfreie, Hefte in verschiedenen Formen, z. B. als Mal- und Rätselhefte, mit Informationen der verschiedenen Organisationen über ihre Jugendorganisationen und mit Selbstschutzzinhalten für Kinder und Jugendliche. Auch das BBK bietet u. a. mit „*Bevölkerungsschutz für Jung und Alt mit Max und Flocke*“ ein Geschichtenheft an, welches in kurzen, ansprechend bebilderten Geschichten über die Notrufnummer 112, das Herbeirufen eines Rettungswagens, das Verhalten im Gewitter, den Einsatz des Zivilschutz-Hubschraubers, die Rettungshunde und die Trinkwassernetversorgung informiert. Das Heft ist ebenso wie das dazu passende Malheft und der Schülerkalender mit Rätseln zu Brandschutz, Viren, Gefahren auf dem Eis und Hochwasser sowie weiteren Materialien kostenfrei über www.max-und-flocke-helfer-land.de oder das BBK erhältlich.

Kinderbücher über die Organisationen im Bevölkerungsschutz, den Zivilschutz-Hubschrauber und Naturkatastrophen sind als Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit hier genannt:

Die Johanniter

„*Die Johanniter – Wie geht das?*“ von Daniela Mutschler, erschienen 2015 im Bachem Verlag. Dieses Sachbuch für Kinder von 8-12 Jahren blickt hinter die Kulissen der Johanniter-Welt. „*Was macht eigentlich eine Hilfsorgani-*



(Foto: Bachem-Verlag)



sation, wieso heißen Rettungshubschrauber ‚Christoph‘, wie werden Hunde zu schlauen Helden, wer sind die Blaulichtzwerge und wie läuft ein Rettungseinsatz ab?“ (Klappentext „Die Johanniter“, Bachem-Verlag, 2015) Den Text begleiten viele ansprechende Grafiken und Fotos; in ihnen werden dem Leser und der Leserin z. B. das Ehrenamt und die „Spürnasen im Dienst“ vorgestellt, die Auslandshilfe erläutert sowie die Angebote der Johanniter für Kinder und Jugendliche nahegebracht.



Die DLRG

„Du schaffst es – Geschichten im und am Wasser“ ist ein Kinder- und Jugendbuch über Wassergefahren und die Arbeit der DLRG, erschienen 2013 zum 100-jährigen Jubiläum der DLRG. Verschiedene Autoren haben für dieses Buch Geschichten rund um das Schwimmen, Schwimmen lernen und Wasser geschrieben, so z. B. „Das Urmel taucht ins Meer“ von Max Kruse oder „Nulli und Priesemut – Bringst Du mir das Schwimmen bei“ von Matthias Sotke. Es ist mit kindgerechten und fröhlichen Bildern illustriert und über die Webseite der DLRG erhältlich.

Der Zivilschutz-Hubschrauber

„Christoph, mein Freund im Notfall“ von Carola Krokowski (Autorin) und Ingo Küpper (Illustrator), erschienen 2004 im Igelburg Verlag, erzählt in sieben Geschichten wie Unfälle passieren, wie man Gefahrensituationen erkennt, wie wichtig der Rettungshubschrauber ist und wie man im Notfall helfen kann. In einer der Geschichten ruft ein Junge mit der Notrufnummer 112 den Rettungshubschrauber zur Hilfe und rettet so seinem Opa das Leben. Das Buch ist geeignet für Kinder ab 6 Jahren oder als Vorlesebuch.



(Foto: Petra Liemersdorf)

„Bundespolizei im Einsatz – Max und Fabi jagen den Piraten“ von Petra Liemersdorf (Autorin und Illustratorin) ist ein weiteres Buch, in welchem der Zivilschutz-Hubschrauber eine Rolle spielt. In diesem erzählenden Sachbuch für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter werden die Aufgaben der Bundespolizei vorgestellt und eine Geschichte über einen Rettungseinsatz des ZSH erzählt. Erschienen 2012 im WDV-Medien-Verlag.

Erschienen 2012 im WDV-Medien-Verlag.

Der Arbeiter Samariter Bund

„Pia, Max und Bolle – Drei Retter in der Not“ von Angelika König (Autorin) und Julia Bütow (Illustratorin) ist als Vorlesebuch oder für Leseanfänger gedacht. Die Geschichte von den drei Freunden und ihrem Hund soll den Jüngsten zeigen, dass auch sie schon in der Lage sind, anderen im Notfall beizustehen und Hilfe zu holen. Das Buch ist mit kindgerechten, ansprechenden Bildern und einer großen Schrift für Leseanfänger ausgestattet. Es ist 2011 erschienen und über die Jugendorganisation ASJ erhältlich.

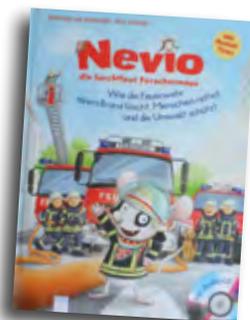


Das Deutsche Rote Kreuz

„Lisa und das Deutsche Rote Kreuz“ von Christine Enderstein (Autorin) und Sandra Leidinger (Illustratorin) für Kinder im Kindergartenalter ist 2012 erschienen und erhältlich über das DRK. „Jeder kennt das Deutsche Rote Kreuz, oder? Lisa geht in einen Kindergarten des DRK und weiß schon ganz viel. Aber welche Einrichtungen es außer dem Kindergarten noch gibt und wo das Rote Kreuz überall hilft, lernt Lisa voller Begeisterung neu kennen“. (Klappentext „Lisa und das Deutsche Rote Kreuz“, 2012) Inhalte des Vorlesebuches sind z. B. die Notrufnummer 112, der Hausnotruf, das Blutspenden, die Bambinis und vieles Weitere rund ums DRK.

Die Feuerwehr

„Nevio - die furchtlose Forschermaus. Wie die Feuerwehr einen Brand löscht, Menschen rettet und die Umwelt schützt“ von Matthias von Bornstädt (Autor) und Vera Schmidt (Illustratorin), erschienen 2015 im Arena Verlag. „Nevio“ ist ein Bilderbuch für Vorschul- und Grundschulkinder mit Informationen über die Feuerwehr, Einsätze, Rettungshunde, kindgerechten Tipps zum Verhalten im Notfall und die Arbeit der Leitstelle. Dem Buch beigelegt ist eine Audio-CD.



Fotos: BBK

Das THW

Das PIXI-Buch „Die Helfer vom THW“ von Nina Kopmann (Autorin) und Dorothea Tust (Illustratorin) ist ein Buch über die Arbeit des Technischen Hilfswerkes. Erzählt wird die Geschichte von Inga, die auf einem Bauernhof

hinterm Elbdeich wohnt. Ein Hochwasser droht den Deich zu brechen und das Dorf zu überfluten. Als die THW-Helfer zu Hilfe eilen, entdeckt Inga unter den THW-Helfern ihren Nachbarn Hannes. Das Buch ist 2011 im Carlsen Verlag erschienen, für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter geeignet und über das THW erhältlich.

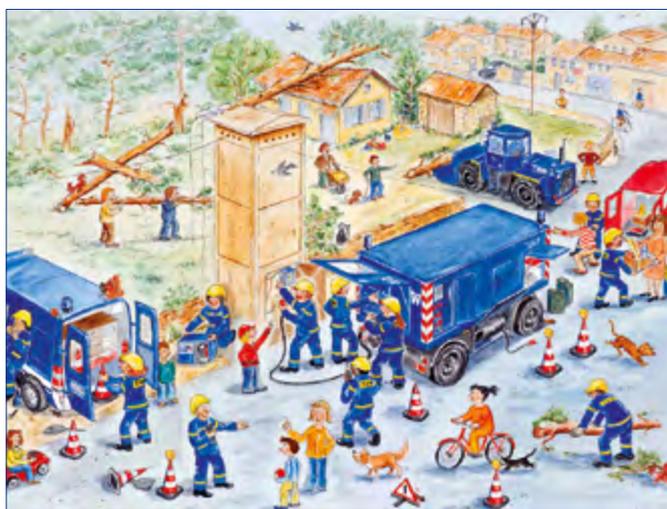
„Tom, der THW-Helfer – Einsatz in Frankreich“ von Petra Liemersdorf (Autorin und Illustratorin) ist ein weiteres Buch über das THW. Erschienen 2007; Neuaufgabe 2012 im WDV-Medien-Verlag. Für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter.

Näher betrachtet werden an dieser Stelle zwei Bücher:



(Foto: Petra Liemersdorf)

„Tom, der THW-Helfer – Einsatz in Frankreich“



Wimmelbild mit dem „rollenden Elektrizitätswerk.“

In diesem Buch mit detailreichen Abbildungen im „Wimmelbildstil“ erfährt der junge Leser und die Leserin in einer Vater-Sohn-Geschichte wie das THW in einen Auslandseinsatz geht, welche Folgen ein Sturm mit umgestürzten Bäumen sowie welche Auswirkungen ein Stromausfall hat und wie das THW eine Notstromversorgung aufbaut. In den Zeichnungen werden darüber hinaus eigene Geschichten erzählt, die von den Kindern entdeckt werden können.

Weitere Themen des Buches sind das Helfen, die Freundschaft, die Beziehung zum Nachbarland Frankreich und die THW-Jugend. Das Buch basiert auf einem der größten Auslandseinsätze des THW, dem Einsatz in Frankreich nach dem Sturm Lothar im Jahr 2000.

Die Autorin und Illustratorin Petra Liemersdorf arbeitet seit über 20 Jahren im Bevölkerungsschutz in Redaktion und Grafik (Dienstvorschriften, Ausbildungswerke, Öffentlichkeitsarbeit, Illustration). Die Arbeit am Buch sowie an den zugehörigen Materialien (z. B. „Mach mit, malen und rätseln mit Tom“, ein Mal- und Rätselheft) wurde von Pädagogen begleitet. Die Themen des Buches, Sturm und Stromausfall, sind aktueller denn je. (Das Buch ist derzeit nicht lieferbar, eine neue Auflage ist in 2016 geplant.)



Flug über dem Güterbahnhof.

„Bundespolizei im Einsatz – Max und Fabi jagen den Piraten“

Ein reich bebildertes Kinderbuch mit zwei Geschichten über die Aufgaben der Bundespolizei mit einem großen Präventionsanteil. In der ersten Geschichte sind die Protagonisten Max und Fabi nach Köln gekommen, um den Rosenmontagszug zu erleben.

Aber dann kommt alles ganz anders. Ein Mann im Piratenkostüm schlägt im Kölner Hauptbahnhof einen Mann nieder und flieht. Die Kinder werden Zeugen des Vorfalls und machen sich mit Tina, der Bundespolizistin, auf die Suche nach dem Piraten. Am Ende gibt es eine Überraschung und als Belohnung für die Kinder einen spannenden Tag bei der Bundespolizei.

In der zweiten Geschichte geht es um einen Rettungseinsatz mit dem Zivilschutz-Hubschrauber, da auch der Betrieb und Flugdienst der ZSH zu den Aufgaben der Bundespolizei gehört. Auch hier wurde von Petra Liemersdorf



Der Rettungshubschrauber „Christoph“ im Einsatz in Köln. (Grafiken: Petra Liemersdorf)

ein tatsächliches Geschehen als Grundlage gewählt. Bei dem Rettungseinsatz des „Christoph“ handelt es sich um einen Unfall mit Kindern, geschehen im Jahr 2010 in Köln auf einem Güterbahnhof. Spielende Kinder kletterten auf einen abgestellten Waggon, kamen dabei der Starkstrom-Oberleitung zu nahe und wurden durch einen Lichtbogen verletzt. Glücklicherweise kam es nicht zu Todesfällen und die Kinder wurden gerettet.

Petra Liemersdorf-Strunk ist Mitarbeiterin des Referates *Information der Bevölkerung, Selbstschutz und -hilfe* im BBK.

Kulturgutschutz im Bereich Kritische Infrastrukturen (KRITIS)

Daniela Vogt und Bernhard Preuss

Kulturgüter sind auf unterschiedliche Weise bedroht und entsprechend zu schützen. Dem schleichenden natürlichen Alterungsprozess von Kulturgütern wird – von der Öffentlichkeit oftmals kaum wahrgenommen – mit permanenten Instandhaltungsmaßnahmen wie der Denkmalpflege begegnet. Größere Schäden und dauerhafte Verluste an Kulturgut entstehen häufig durch Naturkatastrophen oder Unglücksfälle wie beispielsweise Hochwasser, Orkane oder

Technische Basisstrukturen	Sozioökonomische Dienstleistungsinfrastrukturen
Energieversorgung	Gesundheitswesen, Ernährung
Informations- und Kommunikationstechnologie	Notfall- und Rettungswesen, Katastrophenschutz
Transport und Verkehr	Parlament, Regierung, Öffentliche Verwaltung, Justizeinrichtungen
(Trink)wasserversorgung und Abwasserentsorgung	Finanz- und Versicherungswesen
	Medien und Kulturgüter

Kritische Infrastrukturen können aufgrund ihrer technischen, strukturellen und funktionellen Spezifika in unverzichtbare technische Basisinfrastrukturen und unverzichtbare Dienstleistungsinfrastrukturen unterschieden werden. Medien und Kulturgüter werden zu letzteren gezählt.

Großbrände. An diesen katastrophalen Ereignissen sind sowohl das mediale Interesse als auch die öffentliche Anteilnahme bereits wesentlich größer. Sollte jedoch ein symbolträchtiges Bauwerk oder Kulturgut durch einen Krieg oder terroristischen Angriff zerstört werden, könnte die ausgelöste Betroffenheit der Bevölkerung eine Wirkung entfalten, die dramatische nationale oder sogar internationale Folgen hätte. Insbesondere durch die extreme Gewalt und den Mutwillen von Terrorismus oder Krieg werden Zerstörungen als besonders erschreckend wahrgenommen. Der Schutz von Kulturgütern ist daher auch für die staatliche Sicherheit bedeutend, wobei ein sensibler Umgang mit Informationen in der Öffentlichkeit wesentlich ist.

Kulturgüter als Kritische Infrastrukturen

In der nationalen KRITIS-Strategie von 2009 zählen zu den Dienstleistungsinfrastrukturen auch Medien und Kultur. Demnach werden in Deutschland „Kulturgut und symbolträchtige Bauwerke“ zu den Kritischen Infrastrukturen gezählt. Im Vordergrund steht hier zunächst das Interesse

an der Funktionsfähigkeit der Medien: Eine Einschränkung der Medien in ihrer Arbeit – der Weitergabe und Verbreitung von Informationen und Meinungen – verhindert im Krisenfall die zeitnahe und umfassende Information der Bevölkerung. Außerdem verletzt diese Behinderung der Medienarbeit gravierend das Grundrecht der Pressefreiheit (Artikel 5 GG) und damit einen der Grundpfeiler unserer Demokratie.

Bei näherer Betrachtung der Definition – „Kritische Infrastrukturen sind Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden“ – wird deutlich, dass auch Kulturgüter zweifelsohne zum Bereich der Kritischen Infrastrukturen gehören können: Auch wenn durch Zerstörung, Entwendung oder Entwertung von Kultgegenständen und Kulturgütern nicht unmittelbar Menschen zu Schaden kommen, ist die Langzeitwirkung solcher Ereignisse beträchtlich und gehört deswegen auch seit Jahrtausenden zur Kriegsführung. Kunstsammlungen sind im Krieg bedroht durch Raubzüge. Die bekanntesten der Neuzeit sind im westlichen Kulturraum die des Dritten Reiches und der Sowjetunion. Neuerdings kommt die Gefahr des systematischen Vandalismus durch extreme Terrorakte hinzu.

Insbesondere in ethnischen oder religiös-ideologisch geprägten Auseinandersetzungen soll das gegnerische Volk auf diese Weise gedemütigt, der Identität und des Natio-

Kulturgut und symbolträchtige Bauwerke

Kulturgut wird „ohne Rücksicht auf Herkunft oder Eigentumsverhältnisse“ im Artikel 1 a) der Haager Konvention definiert als „bewegliches oder unbewegliches Gut, das für das kulturelle Erbe aller Völker von großer Bedeutung ist, wie z. B. Bau-, Kunst- oder geschichtliche Denkmäler religiöser oder weltlicher Art, archäologische Stätten, Gebäudegruppen, die als Ganzes von historischem oder künstlerischem Interesse sind, Kunstwerke, Manuskripte, Bücher und andere Gegenstände von künstlerischem, historischem oder archäologischem Interesse sowie wissenschaftliche Sammlungen und bedeutende Sammlungen von Büchern, Archivalien oder Reproduktionen des oben bezeichneten Kulturgutes.“ Außerdem werden Orte, an denen bewegliches Gut verwahrt wird, wie z. B. Museen, größere Bibliotheken, Archive sowie Bergungsorte, allgemein zum Kulturgut gerechnet; ebenfalls schützenswerte Denkmäler und Gedenkstätten.

Symbolträchtige Bauwerke weisen über sich hinaus, da sie beispielsweise häufig mit geschichtlichen Ereignissen in Verbindung gebracht werden. Durch ihre nationale Bedeutung wird durch sie außerdem der Staat für die Bürger wahrnehmbar.

nalstolzes beraubt werden. Kultgegenstände und Kulturgüter sind nicht nur einmalige Zeugnisse der Vergangenheit, sie sind Identitätsträger einer Gemeinschaft, stehen für Werte und symbolisieren häufig Macht. Durch ihre Vernichtung werden nicht nur die Einheit und der Zusammenhalt eines Volkes geschwächt, auch eine Manipulation oder Machtübernahme durch den Gegner wird leichter möglich. Diese neuen Machthaber ersetzen häufig die alten Symbole der Macht durch ihre eigene Kultur, ihre Kultgüter – und letztendlich durch ihre Werte, um insbesondere ihr Herrschaftssystem zu etablieren und zu legitimieren. Oder anders ausgedrückt: Die langfristigen Folgen der Zerstörung von Kulturgut und symbolträchtigen Bauwerken können bis zur Auslöschung einer ganzen Kultur, eines ganzen Volkes, eines staatlichen Gemeinwesens führen. Eben aufgrund dieser ideellen Bedeutung hat der Staat Interesse am Schutz der nationalen Kulturgüter, denn es geht im Kern um die Aufrechterhaltung der staatlichen Legitimität, der nationalen Geschichtsschreibung und Identität.



Säulenreihe des Baalshamin-Tempels in Palmyra vor der Zerstörung durch den Islamischen Staat (IS) im August 2015. Der innerste heilige Bereich soll bei der Explosion zerstört worden, die Säulen eingestürzt sein. Seit der Eroberung hatte der IS mehrfach mit der Zerstörung der antiken Stätte gedroht. (Foto: Paul Sippel / pixelio.de)

Der Erhalt des nationalen Kulturgutes ist in gewisser Weise „lebenswichtig“ – für den Erhalt des Staates und der nationalen Identität. Darüber hinaus sind bewegliche wie unbewegliche Kulturgüter meist unikale, historisch wertvolle Zeugnisse, mit deren Zerstörung und Zerfall auch Informationen unwiederbringlich verloren gehen.

Kulturgut schützen nach Haager Konvention – eine nationale Aufgabe in Friedenszeiten

Das Sichern, Erhalten und Bewahren von Kulturgütern ist in Deutschland Aufgabe von Bund und Ländern. Wäh-

rend bei der alltäglichen Abwehr von Katastrophen und Unglücksfällen die Länder und Kommunen im Bereich Kulturgutschutz zuständig sind, ist der Schutz von Kulturgütern im Verteidigungsfall Aufgabe des Bundes.

Die Zuständigkeit des Bundes beinhaltet konkret den Kulturgutschutz nach der „Haager Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“ vom Mai 1954. Die sogenannte „Haager Konvention“ ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der durch zwei Protokolle, von 1954 und 1999, ergänzt und präzisiert wird. Neben Regelungen zum Schutz und zur Respektierung während eines Krieges, verpflichten sich die Signatarstaaten, zu denen auch Deutschland zählt, nach Artikel 3 zur Durchführung von Sicherungsmaßnahmen schon in Friedenszeiten. Der Schutz von Kulturgütern vor verteidigungsbedingten Gefahren liegt im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums des Innern (BMI). Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut wurden vom BMI im Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) auf das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) übertragen. Das BBK arbeitet zur Umsetzung der Haager Konvention eng mit den Bundesländern im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung (Art. 85 GG) zusammen. Organisatorisch ist der Kulturgutschutz im BBK seit Ende 2014 im Referat *Risikomanagement und Schutzkonzepte KRITIS* angesiedelt. Derzeit werden im Bereich Kulturgutschutz im BBK folgende Sicherungsmaßnahmen durchgeführt:

- die Verbreitung des Wortlautes der Haager Konvention, die Sicherungsverfilmung (Mikroverfilmung) von national wertvollem Archiv- und Bibliotheksgut und dessen Einlagerung im Zentralen Bergungsort (Barbarastollen) Oberried,
- die Kennzeichnung von unbeweglichem Kulturgut,
- die Erarbeitung von Konzepten für weitere Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut (z. B. in Abstimmung mit den obersten Fachressorts und über das Auswärtige Amt der internationalen Vertretung bei der UNESCO),
- die Ausbildung von Personal von Museen, von Archiven, von Bibliotheken etc. an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ).

Es liegt in der Natur der Sache, einen bestmöglichen Erhaltungszustand und Sicherheitsstandard von Kulturgütern bereits in Friedenszeiten zu erreichen. Denn nur Objekte, die vor alltäglichen Gefahren in Friedenszeiten – wie Feuer, Wasser, Vandalismus oder Diebstahl – umfassend und auf hohem Niveau gesichert werden, können mit vertretbarem Aufwand auch vor kriegerischen Gefahren geschützt werden.

Kritisches Kulturgut nach der Haager Konvention – Auswahlkriterien

Letztendlich können aber nicht sämtliche Kulturgüter allumfassend geschützt werden und vor gewalttätigen,

mutwilligen Zerstörung oder dem leisen, schleichenden Zerfall gerettet werden. Doch welche Kulturgüter „mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen“ sind kritisch für die staatliche Sicherheit? Allein aus der Definition lassen sich jedenfalls noch keine konkreten Kriterien, Sicherungsmaßnahmen und angemessene Reaktionen auf Zerstörung und Zerfall ableiten, um national kritische Kulturgüter zu identifizieren. Jede nach einem festen Kriterienkatalog getroffene Auswahl ist bestenfalls eine Momentaufnahme, denn die Wertschätzung und Symbolik von Kulturgütern verändert sich permanent in Abhängigkeit von Lebensverhältnissen, Politik und Wirtschaftssystemen, und der Wert für die nationale Geschichte wird oft erst Jahrhunderte später erkannt.

Klöster wurden beispielsweise zu allen Zeiten verlassen und verfielen, Befestigungsanlagen wurden im Zuge von Stadterweiterungen geschliffen. Auch viele Burganlagen wurden, als sie ihre Schutz- und Repräsentationsfunktion verloren, durch modernere, komfortablere Bauten ersetzt. Die alten Gebäude wurden damals oft als „Steinbruch“ genutzt, so dass die einst verwendeten Baumaterialien teils für den Neubau wieder Verwendung fanden. Auch die römische Infrastruktur verfiel nach der Teilung des Imperiums, weil das technische Know-how für die Instandhaltung häufig fehlte. Heutzutage mangelt es weniger an Wissen als vielmehr an finanziellen Mitteln, um Kulturgüter zu erhalten.

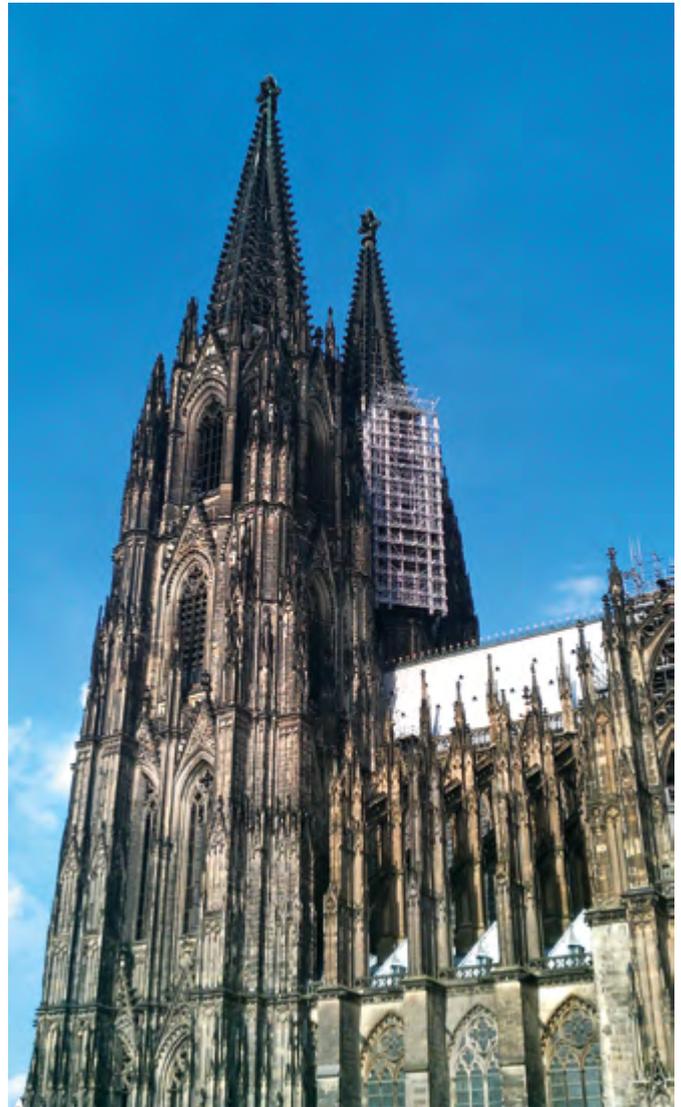
Die Idee der Denkmalpflege und des Kulturgutschutzes ist noch gar nicht so alt. Die ersten Denkmalschutzgesetze entstanden im 19. Jahrhundert. Erste vertragliche Regelungen zum Kulturgutschutz in bewaffneten Konflikten wurden in den Haager Landkriegsordnungen (1899, 1907) getroffen, die 1954 zur Haager Konvention führten.

Aus der Sicht des Bundes müsste es einen Kriterienkatalog für Objekte geben, die die Voraussetzung zum Schutz nach der Haager Konvention erfüllen. Bisher ist in Deutschland kein vollständig bundesweit harmonisierter Kriterienkatalog vorhanden, da – aufgrund des föderalen Systems – jedes Bundesland seine eigenen Kriterien anlegt. Gemeinsame Kriterien wären jedoch notwendig, um schon in Friedenszeiten Objekte nach der Haager Konvention zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können.

Kulturgüter könnten in einer ersten Annäherung wie andere Kritische Infrastrukturen behandelt werden, um analoge Schutzkonzepte zu entwickeln. Sie unterscheiden sich jedoch in vielen anderen Aspekten von anderen kritischen Infrastrukturbauten wie Tunneln oder Brücken. Ein Stromausfall löst sicherlich weniger emotionale Betroffenheit aus als die Zerstörung eines Kulturgutes oder eines symbolträchtigen Bauwerkes, wengleich die Auswirkungen eines Stromausfalles auf den Alltag wesentlich größer sind. Aber viele Gefahren, die andern Kritischen Infrastrukturen drohen, sind auch für Kulturgüter relevant.

Für die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung und die schnelle Wiederherstellung der Ordnung nach einem katastrophalen Ereignis sind Kulturgüter von immenser Bedeutung (Resilienz). Kulturgüter haben eine ordnungsstif-

tende Wirkung. Durch ihre Symbolkraft können Kulturgüter zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung und Werte sowie der nationalen Identität beitragen. Maßnahmen zur Verhinderung von Zerstörungen und zur Sicherung von materiellen und immateriellen Kulturgütern machen sich in Krisenzeiten und bei Katastrophenfällen mehr als bezahlt und sind deswegen unverzichtbar.



Der Kölner Dom zählt zum UNESCO-Welterbe. Am Nordturm sieht man das Gerüst für Instandhaltungsmaßnahmen. (Foto: Christof Konitzer / pixelio.de)

Die Aufnahme des Kulturgutschutzes in den KRITIS-Bereich ist eine wegweisende Grundsatzentscheidung für die Ausrichtung der Arbeit in den nächsten Jahren.

Die Politikwissenschaftlerin Dr. Daniela Vogt ist Mitarbeiterin im Referat Risikomanagement KRITIS, Schutzkonzepte KRITIS, KGS nach Haager Konvention im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Dr. Bernhard Preuss ist Beauftragter für Kulturgutschutz nach der Haager Konvention im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Notfallseelsorge führt

Ergebnisse einer Befragung zur Ausbildung von Leitenden Notfallseelsorgern (L NFS) bzw. Leitern Psychosoziale Notfallversorgung (L PSNV) in der evangelischen und katholischen Notfallseelsorge

Simon Klos, Thomas Knoch und Jutta Helmerichs

Bei größeren Schadenslagen in Deutschland kommen inzwischen immer auch Kräfte der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) wie Kriseninterventionsteams, Notfallseelsorger oder Notfallpsychologen zum Einsatz. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass damit ein erhöhter Koordinationsaufwand verbunden ist, der Führung verlangt. Das Referat Psychosoziales Krisenmanagement im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) entwickelte deshalb ein Programm zur bundeseinheitlichen Qualifizierung von Leitern der Psychosozialen Notfallversorgung (L PSNV), das seit 2013 an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des BBK in Ahrweiler und bisher an Landesfeuerwehrschulen in Berlin, Schleswig-Holstein, Baden Württemberg und im Saarland umgesetzt wird. Zur inhaltlichen Gestaltung dieser PSNV-Führungskräfte-Ausbildung wurde eine empirische Befragung von den Beauftragten für Notfallseelsorge der Landeskirchen und Diözesen im Bundesgebiet zum Thema „Ausbildung zum Leitenden Notfallseelsorger / Leiter PSNV in komplexen Gefahren- und Schadenslagen“ durchgeführt, denn die Notfallseelsorge begann schon vor längerer Zeit, Ausbildungskonzepte für Leiter der Notfallseelsorge zu entwickeln und umzusetzen und verfügt von daher über die größten Erfahrungen auf diesem Gebiet in Deutschland. Aus dieser Befragung heraus ist eine Bachelorarbeit an der Fachhochschule Köln, Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr, entstanden, in der sich Philipp Sauter mit der Analyse der Ausbildungskonzepte im Hinblick auf die Umsetzung der Ergebnisse des Konsensus-Prozesses der PSNV beschäftigt. Im Zuge des Konsensus-Prozesses (2007-2010) zur Qualitätssicherung in der Psychosozialen Notfallversorgung wurden Standards und Leitlinien, beispielsweise für die Einbindung der PSNV in Führungs- und Organisationsstrukturen der BOS oder für Aus- und Fortbildungsstandards, festgelegt. An dieser Stelle soll ein Gesamtüberblick über die zentralen Ergebnisse der Befragung bezüglich der Ausbildung zum L NFS / L PSNV gegeben werden.

Die Befragung

Im Februar 2014 wurde die Befragung mit Hilfe eines teilstandardisierten Fragebogens, der Erfahrungen und Ein-

schätzungen über die Ausbildung zum L NFS / L PSNV abfragte, durchgeführt. Nach vier Wochen Bearbeitungszeit kamen 44 Fragebögen zurück (Rücklauf 70%). Zur Gestaltung des Fragebogens wurden im Vorhinein Expertengespräche zu Ausbildungskonzepten per Telefon durchgeführt. Die Bearbeitungszeit des Fragebogens betrug ca. 15 Minuten; die Umfrage wurde anonym durchgeführt. Der Fragebogen umfasste 23 Fragen, die sich in vier Bereiche aufteilen lassen. Neben der Erfassung von Angaben zur teilnehmenden Person (Demografische Daten, Einsatz- und Übungserfahrungen), wurden Fragen zu formalen und inhaltlichen Aspekten bei bestehender Ausbildung gestellt (Ausbildungsumfang, Existenz von „Refresher-Kursen“, gefahrenabwehr- und PSNV-spezifische Themen), die Relevanz von inhaltlichen Themen bei (noch) nicht bestehender Ausbildung L NFS / L PSNV eingeschätzt und die Einstellung zu bestimmten Ausbildungszielen (beispielsweise Fähigkeit zur PSNV-Bedarfsanalyse, Schreiben einer Pressemitteilung) und Ausbildungsvoraussetzungen (Mindestalter, Vorlage eines Führungszeugnisses) erfasst.

Beschreibung der Stichprobe

An der Befragung nahmen 5 Frauen und 39 Männer teil, von denen 90% eine PSNV-relevante Ausbildung besitzen.

	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Durchführungszeit	5 Jahre	20 Jahre	11 Jahre
Ausbildungsdauer	4 Tage	30 Tage	14 Tage
Stundenumfang	8 Stunden	180 Stunden	75 Stunden

Tabelle 1: Angaben zum zeitlichen Rahmen bei bestehender Ausbildung.

21 der 44 Befragten verfügen über eine zusätzliche Ausbildung als Einsatzkraft. Die Tätigkeitsdauer in der Notfallseelsorge / PSNV reicht von 2 Jahren bis zu 23 Jahren. Durchschnittlich sind die befragten Personen 14,5 Jahre in dem Bereich tätig. Sowohl Einsatzerfahrungen (82% der Befrag-

ten) als auch Übungserfahrungen an Stabs- und Großübungen (90% der Befragten) sind bei den Teilnehmern vorhanden. Innerhalb des Teilnehmerkreises sind 68% für die Ausbildung zum L NFS/L PSNV verantwortlich. Andere sind maßgeblich an der Konzeption der Ausbildung beteiligt

⇒ *Derzeit besteht vielfältig strukturelle Anbindung der ausgebildeten PSNV-Führungskräfte.*

Um die überregionale Vernetzung der PSNV zu erreichen, wurde im Zuge des Konsensus-Prozesses die Einrichtung einer Landeszentralstelle oder die Berufung eines Landesbeauftragten für PSNV empfohlen. Hierbei wird den Ländern eine Anbindung an bereits bestehende Strukturen der Gefahrenabwehr empfohlen. Durch die Befragung konnte die strukturelle Anbindung der PSNV-Führungskräfte an Landeskirchen, Landeszentralstellen, regionale Leitstellen und Kommunen erfasst werden. Es zeigen sich vielfältige strukturelle Anbindungen der ausgebildeten PSNV-Kräfte (Abbildung 2).

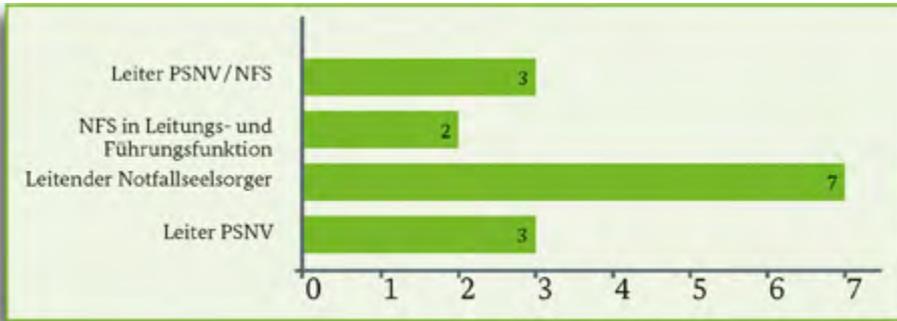


Abbildung 1: Funktionsbezeichnung der PSNV-Führungskräfte

oder als Dozent in der PSNV-Führungsausbildung tätig. 27% haben sich mit der Ausbildung bislang nicht befasst. Anhand der 44 ausgewerteten Fragebögen zeigt sich, dass es 15 verschiedene bereits bestehende Ausbildungskonzepte zum L NFS/L PSNV gibt. Weitere 21 Beauftragte für Notfallseelsorge geben an, dass sie sich bereits mit der Führungskräfteausbildung befasst haben, jedoch noch keine Ausbildung zum L NFS/L PSNV in ihrem Zuständigkeitsbereich besteht. Zehn der Teilnehmer weisen darauf hin, dass die Ausbildung geplant sei.

⇒ *Das Kompetenzprofil L NFS/L PSNV entspricht den Konsensus-Empfehlungen nicht in vollem Umfang*

Im Zuge des Konsensusprozesses wurden Empfehlungen für das Tätigkeits- und Kompetenzprofil des Leiters PSNV entwickelt. Der Leiter PSNV soll laut den Empfehlungen über unterschiedliche Kompetenzen verfügen, die Bildungs- und Handlungskompetenz betreffen. Mit Hilfe der Befragung konnte die Umsetzung der Empfeh-

Ergebnisse

⇒ *Die Ausbildung zum L NFS/L PSNV wird im Durchschnitt seit 11 Jahren durchgeführt.*

Aus Angaben von Teilnehmern, bei denen bereits eine Ausbildung im Zuständigkeitsbereich besteht, lässt sich der zeitliche Rahmen der Ausbildung ableiten. Durchschnittlich dauert die Ausbildung 14 Tage mit einem mittleren Gesamtstundenumfang von 75 Stunden. Im Mittel wird sie seit 11 Jahren durchgeführt (Tabelle 1).

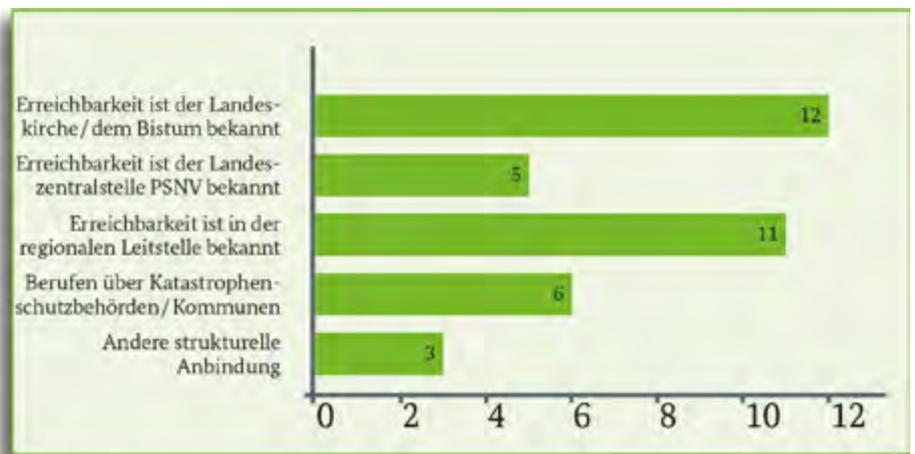


Abbildung 2: Strukturelle Anbindung der PSNV-Führungskräfte.

⇒ *Es gibt keine einheitliche Terminologie bei der Funktionsbezeichnung der ausgebildeten PSNV-Führungskräfte.*

Im Zuge des Konsensus-Prozesses wurde die Bezeichnung Leiter PSNV für die PSNV-Führungskraft im Schadengebiet, bzw. an der Einsatzstelle, empfohlen. Durch Angaben von Teilnehmern, bei denen bereits Ausbildungskonzepte bestehen, konnte die Umsetzung der Funktionsbezeichnung Leiter PSNV überprüft werden. Es zeigen sich unterschiedliche Funktionsbezeichnungen für PSNV-Führungskräfte (Abbildung 1).

lungen überprüft werden. Hierbei zeigt sich, dass das Kompetenzprofil des L NFS/L PSNV den Empfehlungen nur teilweise entspricht. Die Befragten berichten, dass 33% der Teilnehmer der Ausbildung über einen (Fach-) Hochschulabschluss, der der PSNV dienlich ist, verfügen. 47% der Teilnehmer zeigen Übungserfahrung bei der Stabsarbeit; 73% nahmen an Übungen bezüglich Einsatzführung bei komplexen Gefahren- und Schadenslagen teil. 93% der Teilnehmer besitzen Feldkompetenz aus dem Einsatzalltag. 100% der Teilnehmer sollen über fachlich fundierte Kenntnisse der PSNV in Fort- und Weiterbildung verfügen.

⇒ *Es gibt eine übereinstimmende Themenauswahl bei bereits bestehenden Ausbildungskonzepten.*

Die Vorstellungen über die Ausbildungskonzepte des L NFS/L PSNV lassen sich anhand der Bewertung der Teil-

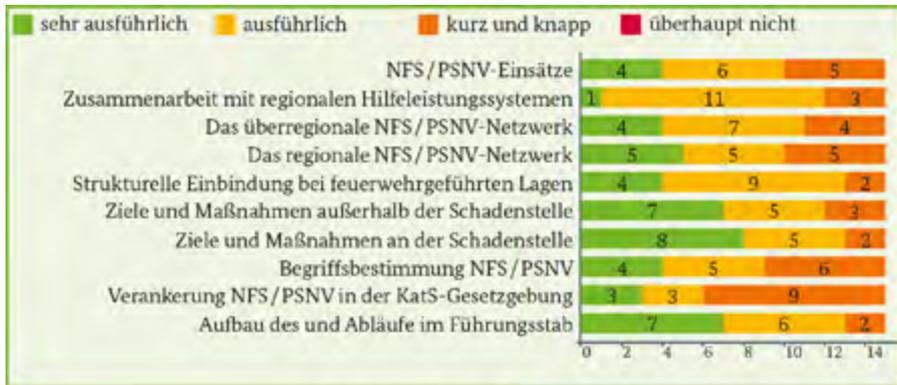


Abbildung 3: Themen, die in allen Ausbildungskonzepten behandelt wurden.

nehmer hinsichtlich der Ausbildungsziele darstellen. Die Ziele der Ausbildung wurden dabei auf einer 4-stufigen Skala von sehr relevant bis nicht relevant eingestuft. 85 % der Teilnehmer schätzen die Veranlassung der Alarmierung überregionaler Strukturen, Kenntnisse über Sachgebiete / die Rolle des Fachberaters im Stab, die Ordnung der PSNV nach Zeit und Raum und die Fähigkeit zur PSNV-Bedarfsanalyse und -berechnung als relevante Ausbildungsziele ein. Des Weiteren lassen sich anhand der Befragungen von Teilnehmern, bei denen bereits ein Ausbildungskonzept im Zuständigkeitsbereich besteht, inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen den Ausbildungskonzepten herausstellen. Abbildung 3 zeigt gefahrenabwehr- und PSNV-spezifische Themen, die in allen Ausbildungskonzepten ausführlich bis sehr ausführlich behandelt werden. Andere Themenbereiche, wie beispielsweise die PDV 100 oder die Strukturelle Einbindung der PSNV bei polizeilichen Lagen, werden in den Ausbildungskonzepten nur kurz und knapp oder gar nicht behandelt.

⇒ *Nur bei 40 % der bestehenden Ausbildungskonzepte gibt es „Refresher“-Kurse.*

Des Weiteren wurden von den Teilnehmern, bei denen bereits eine Ausbildung zum L NFS/L PSNV besteht, Angaben zur Existenz von „Refresher“-Kursen gemacht. Diese Kurse dienen zur Erhaltung und Vertiefung des gelernten Wissens. In 40% (6 von 15) der bestehenden Ausbildungskonzepte werden „Refresher“-Kurse angeboten. Bei drei Ausbildungskonzepten gibt es hierzu keine Angaben (Abbildung 4).

⇒ *Unterschiedliche Themen werden als relevant erachtet; ein Teil davon in bereits bestehenden Ausbildungskonzepten jedoch nicht umgesetzt.*

Betrachtet man die Einschätzung der Relevanz von gefahrenabwehr- und PSNV-spezifischen Themen bei nicht

bestehender Ausbildung, so lassen sich Übereinstimmungen mit der Gewichtung von gefahrenabwehr- und PSNV-spezifischen Themen bei bestehender Ausbildung festhalten. Als besonders relevant werden Führungsmittel, Führungsfunktionen und Kennzeichnungen, der Aufbau des und

Abläufe im Führungsstab, die rechtliche Stellung der PSNV in der Katastrophenschutzgesetzgebung, das Aufgabenspektrum L NFS/L PSNV an der Einsatzstelle und im Führungsstab, die Begriffsbestimmung NFS/PSNV, die strukturelle Einbindung der PSNV bei feuerwehrgeführten Lagen, NFS/PSNV bei MANV, NFS/PSNV-Einsatzpläne und das regionale NFS-/PSNV-Netzwerk begriffen. Neben Übereinstimmungen zwischen der Einschätzung der Relevanz und der Gewichtung inhaltlicher Themen lassen sich Inhalte finden, die als relevant erachtet

werden, in bestehenden Ausbildungskonzepten jedoch nicht berücksichtigt werden. Eine grafische Gegenüberstellung bezüglich der gegensätzlichen Einschätzung zwischen Relevanz und Gewichtung verdeutlicht dies (Abbildung 5). Ein statistischer Vergleich ist aufgrund der kleinen Stichprobe nicht möglich. Neben NFS/PSNV bei Terrorlagen, Evakuierungen sowie Amok- und Geisellagen werden Themen wie die strukturelle Einbindung der PSNV bei polizeilichen Lagen, die Einsatzauswertung, Unfallverhütungsvorschriften, die Führungsorganisation der Polizei und

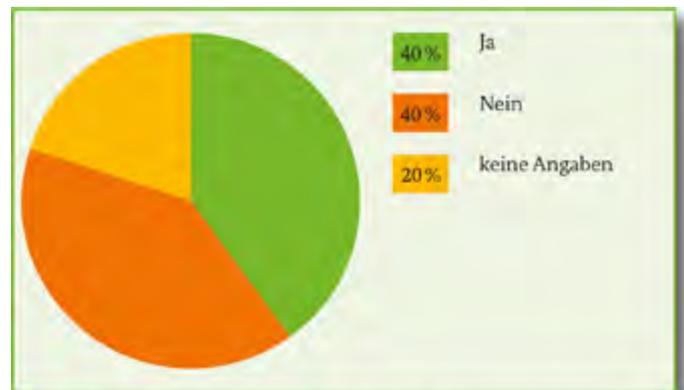


Abbildung 4: Angaben zur Existenz von „Refresher“-Kursen.

Grundlagen der PDV 100 als relevant eingeschätzt, jedoch bei bestehender Ausbildung nicht berücksichtigt.

⇒ *Als Ausbildungsvoraussetzung empfehlen die Teilnehmer eine Mindestaltersgrenze zwischen 25 und 30 Jahren*

Ein Themenbereich im Zuge der Konsensus-Konferenz war die Entwicklung von Leitlinien und die Standardisierung in der Aus- und Fortbildung von PSNV-Kräften. In der vorliegenden Befragung wurden durch die Verantwortlichen der PSNV-Führungskräfteausbildung der katholischen und evangelischen Notfallseelsorge Empfehlungen für die Einführung einer Mindestaltersgrenze und die Vorlage ei-

nes Führungszeugnisses in der Ausbildung zum L NFS/ L PSNV gegeben. 82% der Teilnehmer sprechen sich für eine Mindestaltersgrenze zwischen 25 und 30 Jahren aus. Bei der Einschätzung der Vorlage eines Führungszeugnisses als Ausbildungsvoraussetzung bestehen gegensätzliche Meinungen. 66% der Teilnehmer fordern ein qualifiziertes oder einfaches Führungszeugnis, 25% hingegen halten die Vorlage eines Führungszeugnisses für nicht erforderlich.

Literatur

BBK (2011): Psychosoziale Notfallversorgung: Qualitätsstandards und Leitlinien Teil I und II, Bonn.
 Sauter, P. (2014): Analyse der Ausbildungskonzepte zum Leitenden Notfallseelsorger kirchlicher Einrichtungen im Hinblick auf die Umsetzung der Ergebnisse des Konsensus-Prozesses. Unveröffentlichte Bachelorarbeit der Fachhochschule Köln, Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr, Köln. (Managementfassung unter www.bbk.bund.de)

Zusammenfassung und Ausblick

In den katholischen Diözesen und evangelischen Landeskirchen gibt es bereits 15 bestehende Ausbildungskonzepte zum L NFS/L PSNV. Weitere Ausbildungsprogramme sind geplant. Rein rechnerisch bietet somit mehr als die

Themen bei bereits bestehender Ausbildung betonen die Verschiedenheit der Vorstellungen über die Ausbildungskonzepte. Inferenzstatistische Vergleiche sind aufgrund der kleinen Stichprobe nicht möglich. Des Weiteren besteht Einigkeit über die Einführung eines einheitlichen Mindestalters als Ausbildungsvoraussetzung (zwischen 25-30 Jahren).

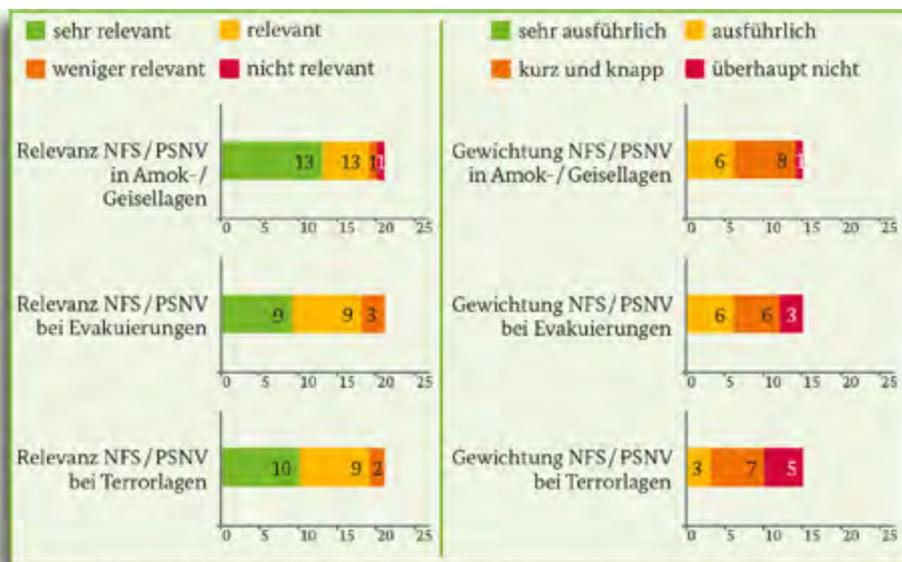


Abbildung 5: Unterschiede in der Einschätzung der Relevanz bei noch nicht bestehender Ausbildung (links) und der inhaltlichen Gewichtung bei bestehender Ausbildung (rechts).

Hälfte aller Landeskirchen und Bistümer zukünftig eine PSNV-Führungskräfteausbildung an.

Bei bestehenden PSNV-Führungskräfteausbildungsprogrammen zeigen sich Differenzen zwischen Ausbildungsdauer und Ausbildungsumfang. Im Mittel wird die Ausbildung mit einem Stundenumfang von 75 Stunden durchgeführt und besteht seit 11 Jahren. Es zeigt sich, dass es unterschiedliche Funktionsbezeichnungen für die PSNV-Führungskraft gibt. Die Empfehlungen der Konsensus-Konferenz zum Tätigkeits- und Kompetenzprofil des Leiters PSNV werden noch nicht vollständig umgesetzt. Strukturell sind die L NFS/L PSNV vielfältig angebunden.

Bei der Gewichtung sowohl gefahrenabwehr- als auch PSNV-spezifischer Themen gibt es Übereinstimmungen bei bestehenden Ausbildungen. Besonders der Aufbau und die Abläufe im Führungsstab, wie auch Ziele und Maßnahmen an der Schadenstelle und außerhalb der Schadenstelle werden im Zuge der Ausbildung zum L NFS/L PSNV ausführlich behandelt. Differenzen zwischen der Einschätzung der Relevanz von inhaltlichen Themen bei nicht bestehender Ausbildung und der Gewichtung von inhaltlichen

erachtete Inhalte und Ausbildungsvoraussetzungen abgefragt werden.

Simon Klos studiert Psychologie an der Universität Bonn und absolvierte 2015 ein dreimonatiges Praktikum im Referat Psychosoziales Krisenmanagement des BBK.
 Thomas Knoch ist Theologe und Referent im Referat Psychosoziales Krisenmanagement,
 Dr. Jutta Helmerichs ist Soziologin und leitet das Referat Psychosoziales Krisenmanagement.

Das GEFREASE-Projekt

Sicheres Erkennen biologischer Gefahren

C. Pöhlmann, B. G. Dorner, N. Derakshani, T. Elßner

Herausforderungen für die zivile Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Im 21. Jahrhundert gehört der Terrorismus zu den Risiken, mit der eine zunehmend globalisierte Gesellschaft leben muss. Die Anschläge vom November 2015 in Paris haben einmal mehr verdeutlicht, dass der Terrorismus eine reale Gefahr für die Bevölkerung darstellt.

Auch wenn in Europa bisher keine Anschläge mit gefährlichen biologischen Substanzen ausgeführt wurden, ist die Gefahr, die von vorsätzlich freigesetzten Mikroorganismen und Giften ausgeht, real. Spätestens seit den Attacken mit Milzbrandregern, die den Anschlägen vom 11. September 2001 folgten, stellen bioterroristische Szenarien keine abstrakte Bedrohung mehr dar. Dabei wurden in Florida, New York und Washington D.C. Briefe, die Milzbrandregere in Pulverform enthielten, gefunden. Adressaten waren Medienunternehmen und führende Politiker in Washington. Insgesamt starben fünf Personen durch den Kontakt mit den verseuchten Briefen, 23 weitere infizierten sich mit Milzbrand in den automatisierten Briefverteilzentren (Böhm & Beyer 2003).

Etwa 30.000 US-Amerikaner, die mit den Briefen vermutlich in Kontakt gekommen waren, wurden prophylaktisch mit Antibiotika behandelt. Aus Furcht vor weiteren Anschlägen mit biologischen Substanzen sowie der Unklarheit, wo sich die Erreger verbreitet haben könnten, entstand ein wachsendes Klima der Angst. In den USA und anderen Ländern kam es zudem zu Nachahmungstaten mit harmlosen Substanzen wie Backpulver, Kalk oder Puderzucker. Obwohl die Anthraxbriefe vergleichsweise limitierte Personengruppen getroffen haben, zeigten sie eindringlich, welche indirekten Folgen die Verwendung von biologischen Gefahrstoffen nach sich ziehen können: Sie verängstigen die Bevölkerung und unterbrechen unter Umständen gesellschaftliche Prozesse. Die Verursacher sind aufgrund des zeitversetzten Eintretens der Krankheits-symptome nur schwer zu identifizieren.

Neben den Milzbrandregern gibt es noch eine Reihe von weiteren biologischen Substanzen (Bakterien, Viren und Gifte), welche aufgrund ihrer Eigenschaften (u. a. Inkubationszeit, hohe Infektiosität/Toxizität/Virulenz, hohe Morbidität/Mortalität, Umweltstabilität und schwer zu stellende Krankheitsdiagnose) für terroristische Zwecke in Frage kommen könnten. Einige dieser biologischen Agenzien (Erreger und Gifte biologischen Ursprungs) werden aufgrund ihrer Eigenschaften von den Centers for Disease Control and Prevention (CDC, Atlanta, USA) als besonders

kritisch eingeschätzt (<http://emergency.cdc.gov/bioterrorism/overview.asp#categories>; Sohns 2001).

Ein terroristischer Anschlag mit gefährlichen biologischen Substanzen, beispielsweise auf eine größere Ansammlung von Menschen, könnte viele Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern (Schäfer 2002). In einer solchen Situation ist eine rasche Einschätzung der Lage durch Sicherheitskräfte vor Ort entscheidend. Dazu zählt unter anderem der sichere und schnelle Nachweis des ausgebrachten Agens. Dies erlaubt die unverzügliche Einleitung geeigneter organisatorischer sowie medizinischer Maßnahmen. Zur Bewältigung dieser und ähnlicher Herausforderungen leistet die zivile Sicherheitsforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wichtige Beiträge.

Lösungsansatz

Einen wichtigen Lösungsansatz zur Verbesserung des Schutzes der Bürger vor biologischen Gefahren verfolgte das BMBF-Projekt „Sichereres Erkennen biologischer Gefahrstoffe vor Ort“ (GEFREASE). Es hatte zum Ziel, den Zeitraum vom Verdacht auf eine biologische Gefahrenlage bis zum eindeutigen Nachweis des auslösenden Agens zu verkürzen. Die Vielfalt der in Frage kommenden biologischen Verursacher (Bakterien, Viren, Toxine), die notwendige Empfindlichkeit bei der Detektion sowie die damit verbundene einzusetzende anspruchsvolle Analytik stellt eine Vor-Ort-Methode grundsätzlich vor hohe Herausforderungen. Das Projekt hatte zum Ziel, Vor-Ort-Nachweisplattformen zu etablieren, die in der Lage sind, eine breite Palette bioterroristisch relevanter Agenzien zunächst schnell und empfindlich zu detektieren und diese in einem zweiten Schritt im Labor präzise zu identifizieren. Durch die Bildung eines deutsch-französischen Konsortiums in GEFREASE wurden Synergien geschaffen, um die spezifische Expertise aus führenden wissenschaftlichen und staatlichen Institutio-

Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“

Das Vorhaben GEFREASE wurde vom Bundesforschungsministerium im Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ der Bundesregierung gefördert.

In diesem Programm erarbeiten Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam mit Anwendern aus den verschiedensten Bereichen praxisorientierte, innovative Lösungen, die zum Schutz der Bevölkerung beitragen und neue Chancen für die Wirtschaft eröffnen. Seit 2007 wurden im Sicherheitsforschungsprogramm mehr als 240 Verbundvorhaben mit über 470 Millionen Euro Fördermittel gefördert.

Weitere Informationen finden Sie unter www.sifo.de

nen wie dem Commissariat à l’Energie Atomique (CEA), dem Robert Koch-Institut (RKI), dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie von Industriepartnern (Bertin Technologies und Bruker Daltonik GmbH) beider Länder zu kombinieren.

Vorgehen

Eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Einsatz von innovativen Vor-Ort-Detektionsplattformen sind qualitativ hochwertige Diagnostika, die in verschiedene Nachweistechnologien implementiert werden können. Die Generierung, Charakterisierung und Bereitstellung dieser hochspezifischen Antikörper gegen eine breite Palette biologischer Agenzien wurde im Projekt vom RKI und CEA übernommen. Nach erfolgreicher Produktion der Antikörper stellte die Integration in Vor-Ort-Nachweisplattformen die nächste Stufe dar. Hier kamen die beiden Technologieplattformen KIM und pTDi (portable Toxin Detector integrated) der Industriepartner Bertin Technologies und der Bruker Daltonik GmbH zum Einsatz. Parallel dazu erfolgte der Aufbau einer laborgestützten Verifikationsmethode (Bestätigungsanalytik). Diese basiert auf einer bereits in der medizinischen Diagnostik zur Identifizierung von Mikroorganismen erfolgreich eingesetzten MALDI-TOF MS (Matrix-Assisted Laser Desorption/Ionization – Time-Of-Flight Mass Spectrometry)-Technologie.

Die wissenschaftlich-technische Umsetzung, aber auch die praktische Anwendbarkeit der erarbeiteten Lösung für Endnutzer, wie zum Beispiel Feuerwehren, Analytische Task Force, Technisches Hilfswerk, Landeskriminalämter oder Polizei, wurde in einem vom BBK organisierten Endnutzer-Test überprüft.

Ergebnisse

Den Projektpartnern am RKI und CEA ist es gelungen, spezifische Bindungsstrukturen (Antikörper) für ausgesuchte biologische Stoffe zu erforschen. Dabei hat das RKI qualitativ hochwertige Antikörper für relevante biologische Gifte generiert. Das CEA konzentrierte sich auf die Entwicklung neuartiger Antikörper für Bakterien und Viren (Tabelle 1). Die im Projekt entwickelten Diagnostika zeichnen sich durch ihre hohe Spezifität für die in Tabelle 1 genannten Agenzien aus. Das zeigten umfangreiche Tests mit einer Palette an nah verwandten Substanzen. Diagnostika dieser Spezifität sind in der Regel nicht auf dem Markt erhältlich. Die Antikörper wurden auf zwei mobilen Detektionsgeräten der Industriepartner Bertin Technologies und der Bruker Daltonik GmbH evaluiert. Beide Plattformen ermögli-

chen es Einsatzkräften vor Ort, biologische Agenzien sehr spezifisch, empfindlich und schnell zu erfassen.

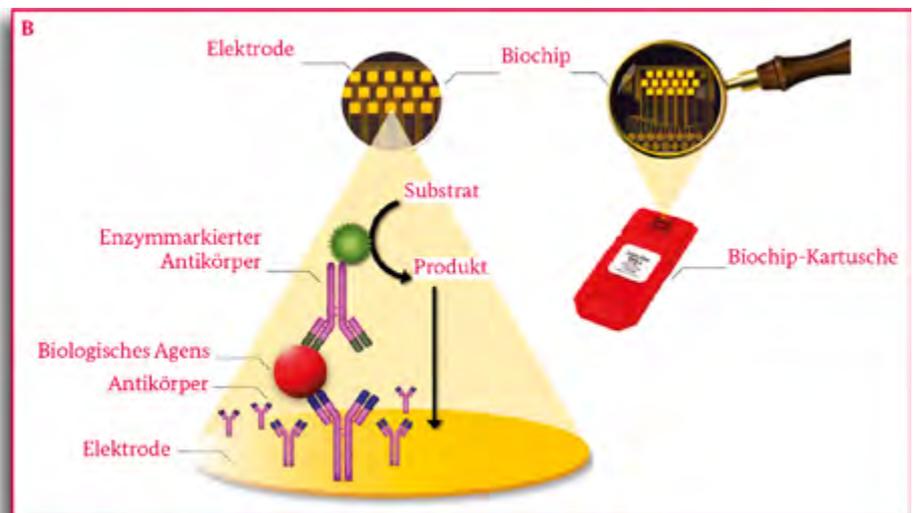
Bakterien	Viren	Toxine
<i>Bacillus anthracis</i> (Milzbrand)	<i>Variola major</i> (Pocken)	Botulinum Neurotoxine
<i>Yersinia pestis</i> (Pest)		Staphylokokken Enterotoxine
<i>Francisella tularensis</i> (Tularämie)		Rizin
<i>Vibrio cholerae</i> (Cholera)		Abrin

Tabelle 1: Übersicht der biologischen Agenzien, für die im GEFREASE-Projekt qualitativ hochwertige Bindungsstrukturen erzeugt wurden.

Die KIM-Plattform der französischen Firma Bertin Technologies ist eine mobile Detektionsplattform basierend auf der Immuno-Agglutination von mit Antikörpern versehenen magnetischen Partikeln. Dabei hängt das Ausmaß der



Abbildung 1: Die Biochip-basierte pTDi-Plattform der Bruker Daltonik GmbH. (A) Tragbare pTDi-Plattform (Prototyp) zum Vor-Ort-Nachweis biologischer Agenzien. (B) Darstellung des elektronischen Biochips in der Biochip-Kartusche sowie das Detektionsprinzip.



Aggregation der magnetischen Partikel von der Konzentration des ausgewählten biologischen Stoffes ab.

Das pTDi der Bruker Daltonik GmbH ist eine tragbare und robuste Kofferlösung eines Systems zur vollautomati-

ten simultan gemessen. Die Nachweisreaktion für einen gesuchten biologischen Stoff beinhaltet die Markierung mit einem Enzym. Zum Nachweis wird eine Substanz (ein Substrat) hinzugegeben, die durch das Enzym in elektrisch aktive Bestandteile (Produkte) gespalten wird (Abbildung 1 B). Der in einer elektrochemischen Reaktion entstehende Stromfluss wird von Sensoren mittels Goldelektroden gemessen. Über den zeitlichen Verlauf des Stroms lässt sich die An- oder Abwesenheit eines biologischen Stoffes ermitteln und die Konzentration abschätzen.

Hierbei konnten Nachweisgrenzen für die Toxine bis in den Pikogrammpro-mL-Bereich, für Bakterien bis zu 10^3 koloniebildende Einheiten pro mL und für Viren bis zu 105 plaquebildende Einheiten pro mL erreicht werden.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) führte mit den mobilen Geräten pTDi und KIM einen Test für Endnutzer an seiner Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler durch. Beide Geräte wurden durch Einsatzkräfte der Analytischen Task Force (ATF) aus Berlin, Essen, Mannheim und Hamburg sowie der Pariser Feuerwehr (Brigade de sapeurs-pompiers de Paris) getestet. Zum einen zeigte der Test, dass beide Geräte unter Schutzausrüstung benutzt werden konnten. Neben der Einsatztauglichkeit wurde auch geprüft, ob die mobilen Detektionsgeräte unter Einsatzbedingungen vergleichbare Ergebnisse hinsichtlich der Detektion von ausgewählten Similsubstanz (biologische Stoffe, die sich mit den Detektionsgeräten nachweisen lassen, jedoch bei sachgemäßem Umgang ungefährlich sind) erzielen wie vorher unter Laborbedingungen gezeigt wurde. Dazu wurden vom RKI und dem CEA Realproben (z. B. Milch, Staub, Erde) mit unterschiedlichen Mengen der Similsubstanz hergestellt und den Einsatzkräften als Blindprobe zur Messung mit den beiden Detektionsgeräten zur Verfügung gestellt. Beide Geräte schnitten dabei auch hinsichtlich des sicheren, empfindlichen und schnellen Nachweises biologischer Agenzien in den untersuchten Realproben sehr gut ab.

Zudem wurde von der Bruker Daltonik GmbH auf Basis der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine massenspektrometrische Bestätigungsanalytik (basierend auf dem Gerät microflex) von biologischen Giftstoffen entwi-



Erprobung der mobilen Detektionsgeräte im Rahmen des Endnutzer-Tests unter Verwendung verschiedener Schutzausrüstung; oben KIM-Plattform (Foto: BBK), unten pTDi-Plattform (Foto: Bruker Daltonik GmbH).



schon Prozessierung unbekannter biologischer Proben (Abbildung 1 A). Dabei werden Biochips eingesetzt, auf denen gleichzeitig mehrere biochemische Reaktionen parallel ablaufen können. Bei den im GEFREASE-Projekt verwendeten Biochips wurden Tests auf fünf bis sechs biologische Agenzien gleichzeitig inklusive interner Positiv- und Negativkontrollreaktionen durchgeführt und in etwa 20 Minu-

ckelt. Das Verfahren dient dazu, die Ergebnisse der Vor-Ort-Detektionsplattform in einem stationären oder mobilen Labor mittels eines standardisierten Protokolls zu bestätigen (Abbildung 2). Das Zusammenspiel von Vor-Ort-Detektion und massenspektrometrischer Bestätigungsanalytik erlaubt die zuverlässige Identifizierung eines biologischen Agens in einer unbekanntem Probe innerhalb kürzester Zeit. Die laborbasierte massenspektrometrische Bestätigungsanalytik erlaubt es, den Befund der Vor-Ort-Analytik innerhalb von maximal 24 Stunden eindeutig zu bestätigen.

Anwendbarkeit in der Praxis

Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Mangels an leistungsfähigen Gerätesystemen und Diagnostika zur Vor-Ort-Detektion biologischer Agenzien stehen den Endanwendern nach Abschluss des GEFREASE-Projektes mit den im Vorhaben etablierten Systemen (pTDi, KIM) neue

Literatur
 Böhm, R. & Beyer, W. (2003) Bioterroristische Anschläge mit Bacillus anthracis. Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz 11, S. 956-964.
 Schäfer, A. Th. (2002) Bioterrorismus und biologische Waffen. Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Bd. 5, Köster, Berlin.
 Sohns, T. (2001) Schutz vor B-Waffen in den Händen von Terroristen. In: Schriftenreihe Wissenschaftsforum Bd. 1, Bundesverwaltungsamt, Zentralstelle für Zivilschutz (Hrsg.): Kehren die Seuchen zurück? – (Neue) Gefahren durch biologische Kampfstoffe. Bergheim, S. 25-55.

und französischen Institutionen die Fähigkeit zur Detektion bioterroristisch relevanter Agenzien in Deutschland wesentlich und nachhaltig verbessert werden. So wurde eine Vielzahl qualitativ hochwertiger Diagnostika hergestellt, welche zusammen mit den beiden entwickelten Detektionsgeräten Einsatzkräften eine schnelle und zuverlässige Einschätzung einer biologischen Gefahrenlage erlauben. Auf dieser Basis kann die Bevölkerung durch eine zeitnahe Einleitung von organisatorischen und medizinischen Gegenmaßnahmen besser geschützt werden.

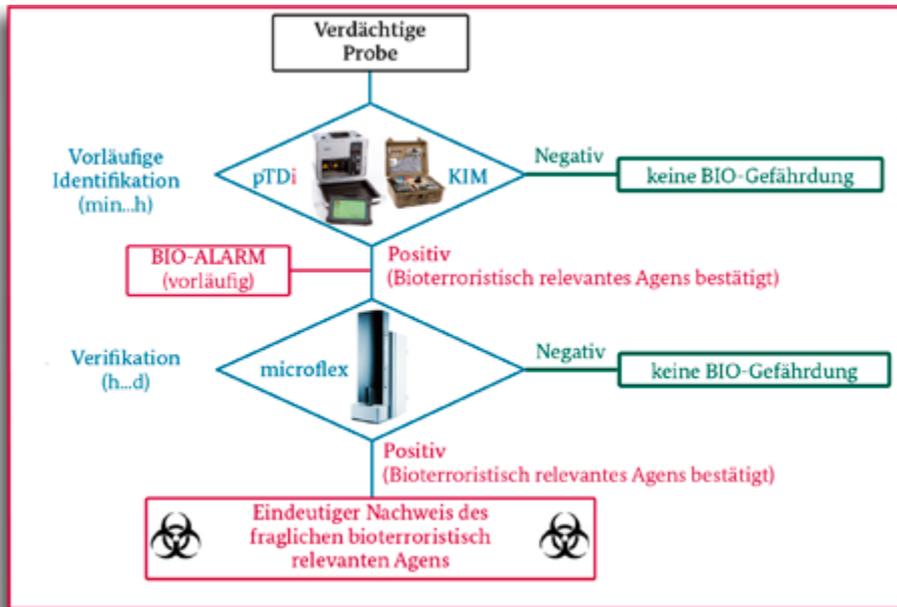


Abbildung 2: Universelle Strategie zum Nachweis bioterroristisch relevanter Agenzien

Instrumente für die Bewältigung biologischer Gefahrenlagen zur Verfügung. Beide Technologien erlauben eine zeitgerechte Reaktion auf eine biologische Gefahrenlage und die schnelle Detektion wichtiger potenziell in Frage kommender bioterroristisch relevanter Agenzien.

Die in Folge des Endnutzer-Testes gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der Bedienbarkeit mit Schutzkleidung bei gleichzeitiger vollumfänglicher Funktionsfähigkeit unterstützen den Eindruck über die gute Eignung, Anwendbarkeit und Benutzerfreundlichkeit beider Systeme für den Einsatz bei biologischen Lagen.

Nutzen für die zivile Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Im Rahmen des Projektes GEFREASE konnte durch die Nutzung von Synergieeffekten der beteiligten deutschen

Ausblick und Perspektiven

Aufgrund des erfolgreich durchgeführten Endnutzer-Tests und der daraus gewonnenen Informationen planen die Projektpartner die zeitnahe Verwertung der im Projekt erzielten Ergebnisse. So plant die Bruker Daltonik GmbH die Markteinführung der im Projekt GEFREASE erarbeiteten Vor-Ort-Nachweisplattform für Mitte 2016. In Zukunft könnten die etablierten Nachweissysteme mit entsprechenden Diagnostika auch baugleich und flexibel für den Nachweis weiterer Pathogene und Toxine eingesetzt werden, zum Beispiel bei der Trinkwasseranalyse, bzw. für Fragestellungen der Nahrungsmittelindustrie.

C. Pöhlmann und T. Elßner sind Mitarbeiter der Bruker Daltonik GmbH, Applikation CBRNE, Permoserstr. 15, 04318 Leipzig,
 B. G. Dorner ist Mitarbeiter am Robert Koch-Institut, Zentrum für Biologische Gefahren und Spezielle Pathogene, Biologische Toxine (ZBS3), Seestr. 10, 13353 Berlin und
 N. Derakshani ist Mitarbeiterin des Referates Technischer CBRN-Schutz im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Einsatzkultur

Zwischenergebnisse des THW-Teilvorhabens des Forschungsprojektes „Praktiken und Kommunikation zur aktiven Schadensbewältigung“ (PRAKOS)

Willi Streitz

Der Bevölkerungsschutz als Ganzes und in seinen durch die BOS repräsentierten Teilen befindet sich in einem Dilemma. Seine Gefahrenerwartungen haben sich vom Normalen zum Besonderen (Terror, KRITIS, Panik, Großscha-

zum Alltag von Einsatzkräften. Es ist eine Problemverschiebung entstanden, die sinnvolle Maßnahmen der BOS immer unwahrscheinlicher werden lässt. Unter diesen Bedingungen können andere Perspektiven hilfreich sein, zumal die der Forschung.

Das Verbundvorhaben „Praktiken und Kommunikation zur aktiven Schadensbewältigung“ (PRAKOS) wurde im Rahmen des Programmes der Bundesregierung „Zivile Sicherheit – Schutz und Rettung bei komplexen Einsatzlagen“ eingereicht. Das Vorhaben wird dazu beitragen, die Einsatzbedingungen von Einsatzkräften bei zukünftigen Großschadenslagen zu verbessern. Zunächst war vom THW ein Rahmen für die Untersuchungen der Rolle von Risikokultur bzw. Risikokulturen bei der Bewältigung von Schadenslagen zu erstellen, der den Untersuchungsgegenstand eingrenzt. Eine solche Systemabgrenzung ist Grundlage der Modellbildung. Sie legt die Elemente des Analysesystems (Subjekte, Objekte) und die Relationen zwischen ihnen so fest, dass ein Grundscenario entwickelt werden kann.

Alle Formen menschlicher Gesellschaft sind durch und durch kulturell, und selbstverständlich ist auch der deutsche Bevölkerungsschutz eine Kulturerscheinung. Er bringt Fertigkeiten und Möglichkeiten hervor, die Leben und Überleben in Notsituationen gewährleisten. Kultur bleibt auch in diesem Sinne ein Bezugssystem, das eine Beziehung zu Anderen in teilweiser Abgrenzung oder in teilweiser Identifikation herstellt, wobei der kulturelle Bezug je nach Interaktionszusammenhängen, also von Situation zu Situation, von Lage zu Lage, wechselt. Kultur muss daher immer als dynamisches System verstanden werden, das sich durch Interaktion und Kommunikation wandelt. Ganz in diesem Sinne wird die Gesamtheit aller gefährliche Ereignisse betreffenden Diskurse von Praktikern als Risikokommunikation verstanden, ganz egal ob die Diskurse vor oder nach den Schadensereignissen stattfinden. In einer Lage schaltet der Bevölkerungsschutz auf Krisenkommunikation um.

Die Fertigkeiten des deutschen Bevölkerungsschutzes beruhen auf Erfahrungen in der Vergangenheit, die orientierungswirksam für aktuelle und zukünftige Handlungsanforderungen sind. In ihrem Entstehungszusammenhang waren sie gewissermaßen abhängig von den Lagen, in denen sie erworben wurden. In der Gegenwart stehen sie in Beziehung zum ganzen materiellen und geistigen Leben



Titelblatt des PRAKOS-Flyers.

denlagen) hin entwickelt, dem die normal gebliebene alltägliche Nachfrage der Bevölkerung nach Schutz nicht mehr entspricht. Dadurch wird ein Sicherheitsbedürfnis der BOS zum Problem, dessen eigentliche Ursachen nicht richtig erkannt oder ausgeblendet werden. Sicherheitsmaßnahmen, die hierauf aufbauen, sind nicht effektiv und die Widerstände gegen die alltägliche Gefahrenabwehr steigen sogar. Gewalt gegen Einsatzkräfte und Polizei gehören längst

der BOS und ihrer Mitglieder und sind so Teil des kollektiven Bezugsrahmens des deutschen Bevölkerungsschutzes. Dieser Bezugsrahmen kommt dem sehr nahe, was Risikokultur meinen könnte. Gespiegelt wurde und wird dies u. a. in den Veröffentlichungen zu Themen des Bevölkerungsschutzes in den einschlägigen Magazinen der Hilfsorganisationen. Daher hat das THW eine Dokumentenanalyse der letzten fünf Jahrgänge von fünf Bevölkerungsschutzmagazinen durchgeführt, um einen Rahmen für die Analysen im Verbundvorhaben PRAKOS bereitzustellen.

Eine Inhalts- und Dokumentenanalyse stützt sich auf Indikatoren (Aussagen) für allgemeine Begriffe eines zu Grunde gelegten Kategorienschemas, das gewöhnlich Ergebnis umfangreicher Systematisierungsarbeiten ist. Durch eine systematische Interpretation wird die inhaltliche Bedeutung von Aussagen ermittelt. Dazu kommen die quantitative und die qualitative Inhaltsanalyse zum Einsatz.

Die vorliegenden fünf Magazine (Bevölkerungsschutz, Brandschutz, Deutsche Feuerwehrzeitung, Fach- und Führungskräfte Magazin DRK-intern und THW Kompakt) der Jahrgänge 2010 bis 2015 spiegeln über die jeweiligen Perspektiven ihrer Verfasser bzw. Auftraggeber hinaus die Strukturen realer Interessenverflechtungen auf der Handlungsebene wider. Sie sind Belege und Quellen, die eine Beschreibung des deutschen Bevölkerungsschutzes ermöglichen. Grundlage des Folgenden – dies darf nicht vergessen werden – sind Aussagen, Stellungnahmen, Werturteile über die Ereignisse während der vergangenen ca. fünf Jahre. Diese Aussagen, Stellungnahmen und Werturteile sind Kommunikation nach Innen und dadurch Indikatoren für Strukturen des bestehenden Bevölkerungsschutzes als Teil dessen, was man Risikokultur nennen könnte. Nicht zuletzt handelt es sich, in Form des unablässigen, ultimativen Lobes des Ehrenamts, um das Marketing durchaus um ehrenamtliche Helfer konkurrierender Unternehmen.

Die Inhalte der fünf Bevölkerungsschutzmagazine der Jahrgänge 2010 bis 2015 wurden in einem mehrstufigen, inhaltsanalytischen Verfahren einem Codesystem mit sieben Hauptkategorien (Akteure, Funktionen, Gefahren, Ressourcen, Systeme, Herausforderung, Risiko) zugeordnet und quantitativ ausgewertet. Jede der Hauptkategorien ist über mehrere Stufen weiter untergliedert. So ist z. B. die Kategorie Funktionen in die vier Funktionen Zielformulierung, Anpassung, Integration und Werterhaltung gegliedert. Die vier Grundfunktionen werden durch je zwei Subkategorien indiziert, die auf weitere Begriffe des Kategorien-

schemas zurückgeführt werden können (Abbildung 1). Die vier Grundfunktionen korrespondieren mit der in den Sozialwissenschaften gebräuchlichen, an Talcot Parsons angelehnten Vorstellung über die Gliederung der Gesellschaft in das politische, ökonomisch-technische, soziale und kul-

Zielformulierung	Anpassung	Integration	Wererhaltung
Steuerung	Einsatz	Gemeinschaft	Kultur
Schutz	Management	Kommunikation	Pflicht

Abbildung 1: Funktionselemente.

turelle Subsystem. Das hierarchische Kategorienschema besteht aus 281 Codes. Insgesamt wurden 102864 Kodierungen vorgenommen. Kodierungen (Codings) sind Fundstellen in den Texten. Der Datensatz ermöglicht zahlreiche Auswertungen. Hier können allerdings nur ausgewählte Ergebnisse für die vier Grundfunktionen aus dem oberen Bereich des Kategorienschemas dargestellt und diskutiert werden.

Nachdem nun etwas deutlicher ist, auf welchen inhaltlichen Säulen eine Hauptkategorie ruht und welche Bedeutungen sie konstituieren, kann endlich das Ergebnis (Abbildung 2) präsentiert werden.

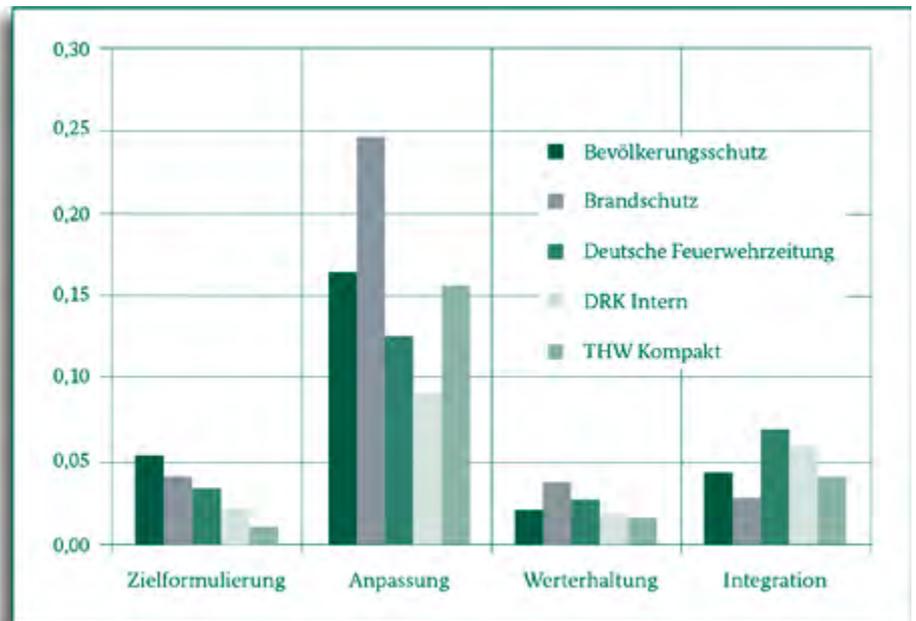


Abbildung 2: Wahrscheinlichkeit der Nennung (n=29636) zu 4 Grundfunktionen nach Magazinen.

Würde man aus der in Abbildung 2 dargestellten Verteilung der relativen Häufigkeiten spontan eine Rangordnung der Bedeutung der vier Funktionen im deutschen Bevölkerungsschutz ableiten, würde man wohl sagen: Zuerst Anpassung, dann Integration gefolgt von Zielformulierung und dem Schlusslicht Werterhaltung (selbstverständlich auch Wertewandel). Aber Vorsicht! Bei genauerem Hinsehen ergeben sich Unterschiede.

Auf den ersten Blick überrascht die geringe Bedeutung der Werte. Besonders wenn man sich vor Augen hält, dass der Unterschied zwischen Deskription und Präskription in

Artikeln, die immer auch als Selbstinszenierungen, Selbstdarstellungen und Lob des eigenen Handelns angelegt sind, gern mal verschwimmt. Man könnte auf den Gedanken kommen, dass beständig wertende Organisationen des Bevölkerungsschutzes beim Werten das Thematisieren der eigenen Wertorientierungen schon mal vergessen. Dies ist für eine Risikokultur fatal, denn sie ist durch genau solche Bedingungen des Erwerbs risikokultureller Kompetenz mit bestimmt.



Mit der Zielformulierung verhält es sich ganz ähnlich. Die untersuchten Artikel sind voller Vorstellungen, die sagen, wie es sein sollte. Dem gegenüber fällt eine konkrete Formulierung von Schutzziele, die Vorhaltung nach Plan und ein echtes Risikomanagement ermöglichen, erheblich zurück. Zumindest bleiben die Beschäftigung mit Schutzziele und ihre Konkretisierung hinter den Erwartungen zurück, die manche nach jahrzehntelangem Stillstand und sogar Rückbau durchaus entwickelt haben.

Die Integrationsfunktion gründet auf Gemeinschaft und Kommunikation. Ihr Stellenwert beruht auf der Vielzahl von Artikeln, die das Ehrenamt und die Bedeutung ehrenamtlicher Helfer aus gutem Grund thematisieren. Angesichts des Verhältnisses von Hauptamtlichen zu Ehrenamtlichen im deutschen Bevölkerungsschutz kann man von einem weitgehenden Selbstschutz der Bevölkerung sprechen, der die Lücken der staatlichen Vor- und Fürsorge kaschiert. Die jüngsten Ereignisse der Flüchtlingshilfe sprechen da eine deutliche Sprache. Denn genau besehen organisiert die Bevölkerung die Hilfe überwiegend selbst durch die aus ihrer Mitte stammenden ehrenamtlichen Helfer, die nun mal das größte Potenzial des deutschen Bevölkerungsschutzes sind. Ohne diese Säule wären die BOS nicht handlungsfähig. Das Hauptamt könnte wohl kaum eine Lage allein bewältigen.

Die Anpassungsfunktion bringt am deutlichsten zum Ausdruck, was im deutschen Bevölkerungsschutz wirklich

wichtig ist. Über allem steht der Einsatz als herausragendes und prestigeträchtiges Element. Einsätze generieren Helden und Ressourcenflüsse. Wenn der deutsche Bevölkerungsschutz eine Kultur herausgebildet hat, so ist es eine Einsatzkultur. Diese Kultur ist im eigentlichen Sinne keine Risikokultur, denn ein Einsatz löst das Risiko gewissermaßen ab. Man schaltet um in den Krisenmodus. Alle gehen mit ihrer Risikokultur in die Krise und aus ihr in sie zu-

rück. Man kann davon sprechen, dass in Krisen eine Entregelung stattfindet, die sogar hilft, die Notlage zu überstehen. Eine bekannte, augenfällige Erscheinung, „Der kleine Dienstweg“, belegt dies immer wieder. Welche Krisenerfahrungen davon in die Risikokultur mitgenommen werden, wie sie dort wirken und was das für die nächste Krise bedeutet, bedarf einer vorsorgenden Aufmerksamkeit.

Das diesem Artikel zugrundeliegende Vorhaben „Praktiken und Kommunikation zur aktiven Schadensbekämpfung (PRAKOS)“ wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung unter dem Förderkennzeichen 13N13328 gefördert.

Dr. Willi Streitz ist Soziologe, Katastrophenforscher und ehrenamtlicher Helfer im THW.



Mit kleinen Dingen Großes bewirken

Der ASB-Bundesvorsitzende Knut Fleckenstein besuchte Flüchtlingshilfsprojekte in Serbien

Der ASB-Bundesvorsitzende Knut Fleckenstein MDEP machte sich im September 2015 ein Bild von der Lage der Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa fliehen. In Serbien besuchte er Hilfsprojekte des ASB und führte politische Gespräche. „Wir dürfen die Menschen auf der Flucht nicht im Stich lassen. Und auch nicht die Länder, die die Fehler einiger EU-Staaten ausbaden müssen“, sagte er in Belgrad.



Gemeinsam mit freiwilligen Helfern verteilte Knut Fleckenstein (2.v.l.) Lebensmittel und Hygienepakete an Familien, die in einem Belgrader Park Zuflucht gesucht hatten. (Foto: Hannibal/ASB)

Die jungen Männer, die am Rande der nordserbischen Stadt Subotica aus einem Taxi steigen und vor der stechenden Mittagssonne in den Schatten am Straßenrand streben, haben kein Gepäck. Keinen Rucksack, keine Umhängetasche. In den Händen hält jeder eine kleine Plastiktüte mit dem Logo des Auswärtigen Amtes. Darin sind ein paar Lebensmittel und eine kleine Flasche mit Wasser. Als sie hören, dass der Weg nicht weiterführt, die Grenze zu Ungarn geschlossen ist, sinken ihre Schultern nach vorne, erschöpft lassen sie sich in den Schatten unter einen Baum fallen. Sprechen wollen sie nicht. Einer schüttelt den Kopf, bevor er ihn in seinen Händen verbirgt. Nebenan sitzt eine syrische Mutter mit einem wenige Tage alten Baby im Arm. Wohin sollen sie gehen? Immer die gleiche Frage. Immer wieder keine Antwort.

Die Mitarbeiter des ASB in Serbien kennen diese Situation. Seit Wochen und Monaten sind sie im Einsatz für Menschen, die aus der Hölle des Krieges in Syrien geflohen sind, für Familien, die vor den Taliban in Afghanistan oder

vor politischer Verfolgung in anderen Ländern der Erde nichts anderes retten konnten als ihr Leben. „Wir stellen Zelte auf, in denen die Menschen übernachten können und bauen sanitäre Anlagen auf, wo sie zur Toilette gehen und duschen können“, berichtet ASB-Länderdirektor Goran Velev.

Wintersichere Unterbringung

Darüber hinaus verteilen ASB-Helfer Hygieneartikel, Lebensmittel und Trinkwasser an die Kinder, Frauen und Männer, die in Serbien Rast machen oder zwischen den Grenzen stranden und nicht weiter wissen. Zudem renoviert der ASB Aufnahmezentren in den serbischen Städten Subotica, Kanjiža and Preševo, damit diese auch im Winter den Menschen auf der Flucht eine sichere Unterkunft bieten. Dazu gehören neben der wintersicheren Renovierung der Gebäude und dem Bereitstellen von Waschräumen, Heizung und Betten auch die Reparatur von Kanalisation und Wasserversorgung sowie die Instandsetzung der Zugangsstraßen. „Ich arbeite seit 20 Jahren in der Flüchtlingshilfe“, sagt Velev. „Aber eine Situation wie diese, in der Menschen, die im wahrsten Sinne des Wortes nichts mehr haben als ihr Leben, von Grenze zu Grenze irren und niemand sie haben will, habe ich noch nicht erlebt.“

Ermutigender Einsatz

„Es ist ermutigend zu sehen, welch großartigen Einsatz die Kollegen hier zeigen“, sagte Knut Fleckenstein. „Sie kümmern sich schnell und zuverlässig um die Menschen in Not, die hier stranden, helfen mit viel Empathie, aber ohne Gefühlsduselei und schaffen es, mit kleinen Dingen etwas wirklich Großes zu bewirken.“ So hat der ASB zum Beispiel gemeinsam mit dem serbischen Samariterbund IDC mobile Freiwilligenteams mit Ärzten, Krankenschwestern, Übersetzern, Sozialarbeitern und weiteren Helfern aufgestellt, die regelmäßig die Flüchtlingslager besuchen und Kranke und Verletzte behandeln.

An einem Reisetag packte der ASB-Bundesvorsitzende selbst mit an und verteilte Trinkwasser, Obst, Lebensmittel und Babywindeln an Flüchtlinge, die in einem provisorischen Zeltlager in der Innenstadt von Belgrad Zuflucht ge-

sucht haben. Dort bietet der ASB auch sogenannte „child friendly spaces“ an – Orte, an denen Kinder malen, spielen und basteln können, um die Schrecken von Krieg und Vertreibung wenigstens für einen Moment vergessen zu können.

„Es ist deprimierend, wie wenig einige EU-Staaten sich an der Hilfe für Flüchtlinge beteiligen“, bemängelte Knut Fleckenstein. „Von der Hilfe, die unsere serbischen Freunde auf die Beine stellen, bin ich jedoch enorm beeindruckt.“ Diese Haltung brachte Fleckenstein auch in den politischen Gesprächen zum Ausdruck, die er in Belgrad führen konnte. So traf er den serbischen Premierminister Aleksandar Vučić und Außenminister Ivica Dačić. Aleksandar Vulin, Minister für Arbeit und Soziales, begleitete Fleckenstein sogar in das vom ASB betreute Durchgangslager in Kanjiža. Gemeinsam sprachen sie mit Flüchtlingen und Anwohnern. Vulin freute sich über die Unterstützung der Samariter aus Deutschland. Knut Fleckenstein machte ihm Mut: „Ich bin sicher, dass das hässliche Gesicht der EU, das wir hier gerade erleben, nicht auf Dauer Bestand haben kann.“

Beeindruckende Begegnung

An der Grenze zu Kroatien erlebte die Reisegruppe bei sengender Hitze schließlich, was es für die Flüchtlinge bedeu-

tet, nicht erwünscht zu sein und nicht zu wissen, wie es weitergehen soll. Auf einer Brücke über die Donau an einem geschlossenen Grenzübergang waren mehr als 200 Menschen gestrandet. „Ich habe mit einem älteren Mann mit einer großen Familie gesprochen. Sie mussten nun zum fünften Mal umkehren, weil auch dieser Weg nicht in die erhoffte Sicherheit führt.“ Dieses lange Herumirren in dem Wissen, dass es ihren Heimatort nicht mehr gibt, dass sie keine Möglichkeit haben, zurückzukehren und daher irgendwohin weiter müssen, habe ihn sehr berührt, sagte Fleckenstein. „Am liebsten hätte ich die Familie in den Arm genommen und gesagt, dass alles gut wird. Aber so einfach ist es leider nicht.“

Der ASB-Bundesvorsitzende will sich auch in Zukunft gemeinsam mit den vielen freiwilligen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern in Deutschland und weltweit dafür einsetzen, dass Menschen eine Zukunft haben. „Am besten wäre es natürlich, wenn niemand fliehen muss“, so Fleckenstein. „Wenn jemand aber keine andere Hoffnung mehr hat, dann müssen wir ihm helfen, eine neue Perspektive zu finden. Egal ob das in seinem Heimatland ist, auf seinem Weg in ein neues Leben oder in Deutschland.“

Esther Finis



Gelebte Integration

THW bildet Flüchtlinge aus

Mehr als eine Million Menschen sind im Jahr 2015 vor Bürgerkrieg, Verfolgung und Terror nach Deutschland geflüchtet. Sie aufzunehmen und zu integrieren, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das THW leistet dazu seinen Beitrag: Flüchtlinge und Asylsuchende können sich in THW-Ortsverbänden engagieren und dort eine Ausbildung im Bevölkerungsschutz absolvieren.

Das vom Bundesinnenministerium und vom Auswärtigen Amt initiierte Projekt startete mit einer Auftaktveranstaltung am 18. und 19. Dezember an der THW-Bundesschule in Neuhausen (Baden-Württemberg).

Mehr als 30 Teilnehmer aus zwölf Staaten lernten in Neuhausen die vielfältigen Aufgaben des THW kennen. Unter ihnen war auch der 20-jährige Abdul Jalil Al Amir, der seit Anfang Dezember im THW-Ortsverband Viernheim (Hessen) aktiv ist. Der Syrer freut sich darüber, dass er beim THW gut aufgenommen wurde: „Wir sind im Ortsverband nicht nur ein gutes Team. Das THW und Deutschland sind meine Familie“, sagte er bei der Veranstaltung an der THW-Bundesschule.

An sechs Übungsstationen trainierten die Teilnehmer im Verlauf der zwei Tage grundlegende Tätigkeiten der THW-Einsatzkräfte:

- Umgang und Arbeiten mit Leinen und Drahtseilen bei Sicherungsarbeiten
- Bedienung und Einsatz von Pumpen bei Hochwasser
- Ziehen, Drücken und Heben von schweren Lasten, z. B. nach Hauseinstürzen
- Gesteinsbearbeitung mit dem Schwerpunkt Kernbohrung
- Metallbearbeitung in verschiedenen denkbaren Einsatzlagen, inklusive dem Einsatz von hydraulischem Rettungsgerät nach Verkehrsunfällen
- Einsatz von Notstromerzeugern bei Stromausfall, Betrieb von elektrischem Einsatzgerät und zur Einsatzstellenbeleuchtung



Ein THW-Helfer im Gespräch mit Teilnehmern der Auftaktveranstaltung des THW-Projekts zur Integration von Flüchtlingen in Neuhausen.

Für Vertreterinnen und Vertreter der THW-Ortsverbände, die bereits Flüchtlinge und Asylsuchende aufgenommen haben, fand in Neuhausen zeitgleich ein Workshop statt. Gemeinsam diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Erfahrungen mit den neuen Mitgliedern und erarbeiteten Hilfestellungen für eine erfolgreiche Integration.

Beide Seiten profitieren von schneller Integration

Die bessere Integration in die deutsche Zivilgesellschaft und die Förderung des gesellschaftlichen Engagements sind zwei Hauptziele des THW-Projekts. Beim THW bilden sich die Flüchtlinge nicht nur fachlich weiter, sondern übernehmen gleichzeitig auch ein Stück Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen. Sie können sich einbringen und so schneller in Deutschland Fuß fassen. Auch der Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland profitiert, wenn sich junge und motivierte Menschen im THW engagieren. Aufgrund ihres kulturellen Hintergrunds und ihrer Sprachkenntnisse könnten die Flüchtlinge perspektivisch zudem Einsätze des THW im Ausland unterstützen und vereinfachen.

Zum Abschluss der Übungsveranstaltung in Neuhausen überreichte THW-Präsident Albrecht Broemme Zertifikate an die Teilnehmer. Dabei appellierte er an die neuen Helfer und an die Organisationen des Katastrophenschutzes, die Integration von Flüchtlingen konsequent weiterzuführen: „Möglichst viele Ortsverbände des THW sowie die Feuerwehren und die Hilfsorganisationen können mitma-

chen. Mögen die neuen THW-Helfer als Botschafter für das Integrationsprojekt werben“, sagte Broemme.

THW unterstützt Aufbau von Flüchtlingsunterkünften

Das im Dezember gestartete Integrationsprojekt ist Teil des umfassenden Engagements des THW in der Flüchtlingshilfe in Deutschland. Bereits seit Sommer 2014 unterstützt das THW Länder, Kommunen oder Hilfsorganisationen dabei, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen. Vom Zeltaufbau bis zu Logistikaufgaben ist dabei eine Vielzahl von THW-Kompetenzen gefragt: Die THW-Kräfte bauten in Unterkünften Betten auf, verlegten Wasserleitungen, Abwasserrohre und Stromkabel, verpflegten Einsatzkräfte und Flüchtlinge oder brachten die THW-Expertise in Planungsstäben der Behörden ein. Der Einsatz in der Flüchtlingshilfe ist bereits jetzt einer der größten in der Geschichte des THW. Möglich ist dieses lang andauernde und bundesweite Engagement der THW-Helferinnen und -Helfer nur dank der Unterstützung ihrer Arbeitgeber, Familien und Freunde.

Medienaktion informiert über THW-Einsatz

Die Ehrenamtlichen erfüllen durch ihre Arbeit die Leitsätze des THW mit Leben: Das THW ist eine vielfältige Organisation, die sich für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzt und sich gegen jede Form der Diskriminierung stellt. Diese Botschaft transportiert das THW zum einen durch das tägliche Engagement seiner Helferinnen und Helfer. Zum anderen startete im Dezember 2015 eine crossmediale und überregionale Medien-Aktion. Sie sollte auf die wichtige Arbeit des THW in der Flüchtlingshilfe aufmerksam machen und das Verständnis der Bürgerinnen und Bürger für den THW-Einsatz steigern.



Marcel zeigt Gesicht – stellvertretend für mehr als 80.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer des THW. (Fotos: THW)

Dabei zeigten mehrere THW-Kräfte stellvertretend für die insgesamt mehr als 80.000 THW-Ehrenamtlichen Gesicht. Motive mit Helferporträts und dem Slogan „THW zeigt Gesicht... und Du?!“ waren über mehrere Wochen bundesweit unter anderem auf Infoscreens, Gratis-Postkarten sowie in Bussen und Bahnen zu sehen.



Gemeinsam für Flüchtlinge

Die DLRG bündelt ihre Kräfte für die Betreuung und Unterbringung



Ein Kinderspielbereich zur Beschäftigung der Jüngsten.

Wasserretter als Flüchtlingshelfer? Diese Frage kam vergangenen Sommer erstmals bei der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) Landesverband Niedersachsen auf. Aus dieser Frage ist eine Aufgabe erwachsen, der sich die Lebensretter aus Niedersachsen mit Erfolg gestellt haben. Angefangen hat es im August 2015 mit einer Einladung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport zu einer Lagebesprechung. Thema war die Unterbringung von Flüchtlingen in Niedersachsen. Grund für das Treffen war der massive Flüchtlingsstrom nach Deutschland und somit auch nach Niedersachsen. Für viele von ihnen waren in den Landesaufnahmelagern keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr vorhanden. In der Krisenbesprechung wurden die Kompetenzen und Ressourcen aller Hilfsorganisationen abgefragt. Als Ergebnis stellte die DLRG sechs Wasserrettungszüge (WRZ) mit einer Stärke von je 45 Helfern als Sofortmaßnahme für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung, weitere WRZ wurden in den Voralarm versetzt. Die WRZ wurden umgehend an unterschiedlichen Orten in Niedersachsen zur Unterstützung anderer Hilfsorganisationen bei der Errichtung und dem Betrieb von Flüchtlingsunterkünften eingesetzt. In der Geschäftsstelle des DLRG Landesverbandes Niedersachsen wurde zeitgleich die Koordinierungsstelle besetzt. Sie koordinierte landesweit die Personal- und Materialanforderungen an die DLRG.

Im Laufe der folgenden Septembertage wurden alle Hilfsorganisationen in Niedersachsen durch das Ministerium für Inneres und Sport befragt, inwieweit sie sich das Betreiben von Flüchtlingsunterkünften vorstellen könnten. Die DLRG beantwortete dies, nach kurzer intensiver Beratung, für sich und ihre ehrenamtlichen Helfer positiv. Die breitgefächerten Kompetenzen der ehrenamtlichen Helfer ermöglichten es, alle notwendigen Bereiche der Flüchtlingsarbeit auf professionellem Niveau kurzfristig zu besetzen. Die erste große Einsatzstelle für die ehrenamtlichen Helfer war die von den Maltesern betriebene Flüchtlingsunterkunft in Cellescheuen. Dort musste innerhalb kürzester Zeit eine Zeltstadt aufgebaut und die Logistik koordiniert werden. Die DLRG unterstützte hier die Partnerorganisation tatkräftig bei allen organisatorischen Herausforderungen und der Aufnahme der ersten Flüchtlinge.

Wenige Tage später konkretisierte sich die Betreiberanfrage für die DLRG. Eine Turnhalle in der Lüneburger Theodor-Körner Kaserne wurde innerhalb von 24 Stunden zu einer Behelfsunterkunft für 100 Personen umgerüstet. Beim Aufbau unterstützte die Bundeswehr die drei vor Ort tätigen WRZ. Gemeinsam wurden Wohnboxen und Betten vorbereitet. Die Logistik für die medizinische Erstuntersuchung und die erste Registrierung der Flüchtlinge wurde zeitgleich gemeistert.



Mit Straßenmalkreide gefertigte Dankesbotschaft an die Helfer.

Die Koordinierungsstelle in Bad Nenndorf schloss gleichzeitig erste Verträge mit externen Firmen zur Versorgung der Flüchtlinge. Zudem begann die Suche nach hauptamtlichen Mitarbeitern, da bereits zu diesem Zeitpunkt ersichtlich war, dass die ehrenamtlichen Helfer nur eine begrenzte Zeit einsetzbar sein würden. Die Überführung aus der Errichtungsphase in den Regelbetrieb stand jetzt im Fokus. Alle Fäden hierfür liefen bei dem extra für diesen Zweck gegründeten Projektteam des DLRG Landesverbands Niedersachsen zusammen.



Der Bau eines Sandkastens.

Mit dem sogenannten „Olympischen Dorf“ wurde durch die DLRG eine weitere Unterkunft übernommen. Das aus zehn Gebäuden bestehende Gelände befindet sich ebenfalls auf dem Gelände der Theodor-Körner Kaserne in Lüneburg. Hier wohnten bis vor kurzer Zeit noch Soldaten. Binnen 36 Stunden meisterten die Bundeswehr und die ehrenamtlichen Lebensretter die Aufgabe der Inbetriebnahme. Dazu gehörten neben den Schlafräumen auch Aufenthaltsräume und eine Sanitätsstation. Wieder wurden Betten und Zelte aufgestellt. Schilder, Plakate und Hinweispläne mussten in verschiedensten Sprachen produziert und verteilt werden. Es mussten Duschcontainer beschafft und errichtet sowie eine ausreichende Beleuchtung installiert werden.

Neben den baulichen Maßnahmen, beschäftigten sich die ehrenamtlichen Helfer mit organisatorischen Dingen, wie dem Verteilen von Bettwäsche und ersten Hygieneartikeln.

Das Betreiben einer Flüchtlingsunterkunft birgt unterschiedlichste Herausforderungen. Ärzte für die Erstuntersuchungen müssen rekrutiert werden, 500 Betten mit kompletter Ausstattung müssen organisiert werden, Wasser- und Stromleitungen sind zu erweitern oder neu zu verlegen. Jede Unterkunft benötigt zudem eine eigene Logistik, die sich um das Belegungsmanagement kümmert, aber auch die Kleidung verteilt und den Kontakt zu ehrenamtlichen Helfern sowie der Bundeswehr koordiniert und pflegt. Außerdem ist ein Ansprechpartner für die Pressearbeit notwendig. Eine

Kinderbetreuung und erster Deutschunterricht müssen geregelt werden. Jeder Flüchtling muss bei der Ankunft registriert werden. Hinzu kommen weitere kleine und große, nicht planbare, Herausforderungen.

Aktuell beherbergt die DLRG Niedersachsen knapp 500 Flüchtlinge in Lüneburg. In der Mehrzahl handelt es sich hierbei um Familien aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Für diese Flüchtlingsunterkunft wurden mehr als 50 hauptamtliche Mitarbeiter eingestellt, um die ehrenamtlichen Helfer in ihren Alltag zu entlassen. Dennoch erfolgt weiterhin ehrenamtliche Unterstützung, insbesondere an Wochenenden und Feiertagen. Die hauptamtlichen Mitarbeiter bringen vielseitige Qualifikationen mit. Von Dolmetschern über Erzieher und Rettungssanitäter ist im Team alles vertreten. Die Koordinierungsstelle in Bad Nenndorf kümmerte sich neben dem Aufbau eines qualifizierten und engagierten Mitarbeiterteams auch um die Schließung von externen Dienstleistungsverträgen mit Gebäudereinigern, Cateringunternehmen und einem Sicherheitsdienst.

Immer wieder erleben die Mitarbeiter vor Ort große Dankbarkeit von Seiten der Flüchtlinge: Darunter sind z. B. Dankesbriefe und mit Straßenmalkreide gefertigte Danksgungen. Inzwischen durfte das Team bereits drei „Campbambies“ begrüßen und diese mit Hilfe ehrenamtlich tätiger



Bau von Zwischenwänden.
(Fotos: DLRG)

Hebammen bei den ersten Tagen in der Notunterkunft begleiten. Mehr als 1.000 Ehrenamtliche der DLRG kommen bislang im Rahmen der Arbeit mit Flüchtlingen in Niedersachsen auf über 60.000 Helferstunden. Die Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Behörden, Hilfsorganisatio-

nen, dem Technischen Hilfswerk und der Bundeswehr funktioniert hervorragend.

*Benny Winter, DLRG Landesverband Niedersachsen e.V.
Nicole Burmann, Humanitäre Hilfe in Niedersachsen gGmbH*



Tipps zur Brandschutzerziehung mit Flüchtlingen



Herausforderungen, Motivation, Zielgruppen, Barrieren, Methoden und Lehrinhalte: Die Fachempfehlung „Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung für Flüchtlinge“ des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) und der Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes (vfdb) gibt Gestaltungshilfen für die Arbeit der Feuerwehren vor Ort. „Die vorliegende Fachempfehlung entstand aus dem Wissen von Praktikern für Praktiker. Ihr Ziel ist es, in einem relativ neuen Thema für die Brandschutzaufklärung Hintergrundwissen und Handlungsempfehlungen zu geben für Feuerwehren und alle, die sich mit dem

Thema Brandschutzaufklärung befassen“, erläutert Frieder Kircher, Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses Brandschutzerziehung und -aufklärung von DFV und vfdb.

„Vom Aufbau von Notunterkünften, bis hin zur Betreuung der Asylbewerber tragen die ehrenamtlichen Kräfte den Großteil der Last auf ihren Schultern. Wie eine Brandschutzerziehung bzw. Brandschutzaufklärung mit Flüchtlingen aussehen kann, zeigt diese Handreichung“, ergänzt DFV-Vizepräsident Hermann Schreck. „Wir hoffen, damit auch einen Beitrag für eine fortschreitende Integration vom Menschen aus den Bürgerkriegsgebieten in unsere Gesellschaft zu geben. Die Feuerwehren können dazu wertvolle Beiträge leisten“, erklären die Experten.

Die Gestaltungshilfe entstand aus einem Workshop des Forums Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung, in dem DFV und vfdb jedes Jahr mehr als 200 Feuerwehr-Experten aus ganz Deutschland vereinen. Aufbauend auf deren Fachwissen wurden die besonderen Herausforderungen der interkulturellen Vermittlung von Brandschutzwissen wie dem Verhalten im Notfall, dem Vermeiden von Bränden oder dem Aufbau der Feuerwehren in Deutschland ausgearbeitet. Praxistipps zu Lehrinhalten und eine kurze Materialsammlung ergänzen die Hinweise.

Das Dokument steht unter www.feuerwehrverband.de/fe-fluechtlinge-beba.html zum Herunterladen zur Verfügung.



El Niño in Afrika

Das DRK bereitet sich auf Extremwetter vor

Internationale Katastrophenvorsorge des DRK: Im Rahmen seiner internationalen Zusammenarbeit bereitet sich das DRK in enger Kooperation mit den nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften vor Ort auf die möglichen Folgen von El Niño vor, insbesondere durch Maßnahmen der Katastrophenvorsorge inklusive einer verbesserten Frühwarnung vor Extremwetterereignissen.



Eine Bambushütte in Somalia.

In Afrika sind insbesondere das Horn von Afrika, die Region der Großen Seen und das südliche Afrika von den Auswirkungen von El Niño betroffen. So leidet der Sudan vor allem unter ausbleibenden oder schwächer ausfallenden Regenfällen, was eine erhöhte Gefahr für Dürren mit sich bringt. Dadurch steigt das Risiko für Ernährungsunsicherheit und Unterernährung. Der Ost-Sudan ist bereits aktuell von Ernteaussfällen betroffen, was aufgrund des verringerten Angebots die Nahrungsmittelpreise im Land erhöht. Die Trockenheit und der Wassermangel wirken sich auch negativ auf die Weidegründe und das Vieh aus, was wiederum zu veränderten Wanderungsbewegungen von Nomaden und potentielle Ressourcenkonflikte mit ansässigen Bauern führen kann. Durch Notverkäufe von Gütern und Vieh drohen Kleinbauern und Nomaden zudem Einkommensverluste, da sie bei Notverkäufen niedrigere Preise akzeptieren müssen. Im Bundesstaat Kassala wurde bereits aufgrund der drohen-

den Hungersnot im Dezember 2015 der Notstand ausgerufen.

Das DRK führt zusammen mit dem Sudanesischen Roten Halbmond im stark bedrohten Osten des Sudans aktuell Projekte im Bereich der Ernährungssicherung durch und zwar in Gedaref (EuropeAid-finanziert) und in Kassala (BMZ-

finanziert). In diesen Projekten finden umfangreiche Maßnahmen statt, um kleinbäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen und gegenüber klimabedingten Risiken widerstandsfähiger zu machen. So ist in Kassala eine Bargeld-Verteilung für die Zielgruppen von Januar bis April 2016 geplant, um den Ernteaussfall auszugleichen und Notverkäufen von Tieren und Gütern entgegenzuwirken. In Gedaref steht die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion an Klimarisiken im Mittelpunkt, die Schulung von Bauern in der Verwendung von dürreresistenten Sorten und das Anlegen von Regenwasserspeichern. Auch im Darfur, wo die Auswirkungen von El Niño ebenfalls besonders spürbar sein werden, arbeitet

das DRK. Im Rahmen eines Gesundheits- und Ernährungssicherungs-Projekt (ECHO-finanziert) richtet sich die Verteilung von Nahrungsergänzung vor allem an Kinder, Schwangere und Stillende, die von Unterernährung betroffen sind.

Somaliland erlebt derzeit eine Dürre, die mehr als 240.000 Menschen betrifft. Diese Situation ergibt sich aus ausbleibenden Regenfällen, die normalerweise von April bis Juni hätte stattfinden sollen. Die am stärksten betroffenen Regionen sind Awdal, Maroodijeeh, Gebiley, Seel und Sahil.

Das DRK unterstützt den Somalischen Roten Halbmond in der Umsetzung eines integrierten Resilienz-Projektes in der Region, das sich auf Nahrungsmittelsicherheit, Wasserversorgung und Hygienemaßnahmen konzentriert. Diese Projektaktivitäten sind sehr relevant, um auf die Auswirkungen von El Niño zu reagieren und werden nun weiter ausgebaut

und intensiviert. Darunter fallen die Rehabilitation von Wasserspeichern und Dämmen, die nicht nur für das eigene Trinkwasser genutzt werden, sondern auch eine Bewässerung von landwirtschaftlichen Anbauflächen ermöglichen.



Hochwasser in der Tieflandregion Teso in Uganda.
(Fotos: DRK)

In Äthiopien ist besonders der Nord- und Südosten von einer starken Dürre infolge von verminderten Regenfällen betroffen. Hier ist die akute Unterernährung in einigen Regionen bereits auf über 60 Prozent gestiegen und acht Millionen Menschen sind aktuell auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Zehntausende Menschen befinden sich derzeit innerhalb des Landes auf der Flucht, vor allem aufgrund von Wassermangel und vertrockneten Weidegründen. Es besteht die Gefahr, dass im Verlauf des Jahres 2016 bis zu 15 Millionen Menschen von einer Hungersnot betroffen sein werden.

Die äthiopische Regierung hat inzwischen 192 Mio. US-Dollar und der Nothilfe-Fund der Vereinten Nationen (UN OCHA CERF Emergency Response Fund) 25,5 Mio. US-Dollar für Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt. Das DRK ist derzeit nicht in Äthiopien aktiv, befindet sich aber im regelmäßigen Kontakt mit der Nationalen Gesellschaft im Land, um bei einer Anfrage nach Unterstützung entsprechend schnell reagieren zu können.

In Kenia hat die nationale Wetterbehörde (Kenya Meteorological Department) inzwischen eine Wahrscheinlichkeit von 90 Prozent errechnet, dass sich aufgrund von El Niño die Regenzeit verlängern und diese auch Anfang 2016 noch anhalten wird. Damit sind entsprechende Überschwemmungsgefahren für Nord-Kenia, den Südosten, die Kano Ebene, Budalang'i und das Tana Delta verbunden. Das DRK unterhält in Kenia sein Regionalbüro für Ostafrika und befindet sich in einem regelmäßigen Austausch mit dem Kenianischen Roten Kreuz, welches über umfangreiche Kapazitäten und Ressourcen verfügt, um eigenständig auf die Folgen von El Niño zu reagieren.

In Uganda ist es infolge des El Niño bereits zu außergewöhnlichen Regenfällen gekommen. Diese angespannte Situation wird voraussichtlich noch bis März 2016 anhalten. Insbesondere in der Hochlandregion Karamoja sind allein im November 2015 bereits über 200 Prozent des Durchschnittsnie-

derschlags gefallen, was wiederum in der Tieflandregion Teso erhebliche Überschwemmungsschäden verursacht hat.

Das DRK kooperiert seit 2012 mit dem Ugandischen Roten Kreuz im Bereich der Katastrophenvorsorge und beim Aufbau eines innovativen Frühwarnsystems, dessen erste Erfolge sich beim aktuellen El Niño bereits gezeigt haben. Ähnlich wie in Peru hat das Frühwarnsystem auf Grundlage von vorher definierten Schwellenwerten und vor Eintreten der ersten Überschwemmungen Alarm ausgelöst und das Rote Kreuz hat daraufhin mit großem Erfolg bestimmte Hilfsmaßnahmen eingeleitet. So wurden in den überflutunggefährdeten Gemeinden Wasserkanister, Spaten zum Graben von Überflutungskanälen, Chlortabletten und Seife verteilt. Rund 900 Haushalte haben davon profitiert und waren besser auf die bevorstehenden Überschwemmungen vorbereitet. Insbesondere nach Überflutungen droht die Ausbreitung von durch Wasser übertragenen Krankheiten stark anzusteigen. Durch Wasseraufbereitungstabletten kann dies verhindert werden.

Das südliche Afrika ist im Rahmen des aktuellen El Niño vor allem von einer Dürre betroffen. In Madagaskar war bereits die Regenzeit 2014/2015 wenig ergiebig und die saisonalen Vorhersagen für die Regenzeit 2015/2016 sagen weiterhin unterdurchschnittliche Regenfälle voraus, was zu erheblichen Ernteausfällen führen kann.

Das DRK unterstützt das Madagassische Rote Kreuz im Südosten und Nordwesten des Landes durch BMZ-finanzierte Projekte, die eine starke landwirtschaftliche Komponente zur Anpassung an den Klimawandel beinhalten. Hierbei geht es vor allem um die Anpassung von landwirtschaftlichen Anbaumethoden und von saisonalen Anbaukalendern, um Erntezeiten zu verkürzen, besser an Extremwetter anzupassen und dadurch höhere Erträge zu erzielen.

In Mosambik hat die Regierung bereits im Juli 2015 in den Distrikten Gaza und Inhambane den Ausbruch einer Dürre bestätigt. Die Anzahl der davon betroffenen Menschen wird aktuell auf 135.000 Personen geschätzt, wobei davon auszugehen ist, dass sich die Situation infolge des El Niño noch weiter verschärfen wird. Das DRK ist seit Jahren in der Provinz Gaza (BMZ-finanziert) tätig und kooperiert eng mit dem Mosambikanischen Roten Kreuz und der Nationalen Katastrophenmanagement-Behörde (INGC). Die Vorbereitung auf Dürreperioden und Maßnahmen zur Ernährungssicherung nehmen dabei einen wichtigen Stellenwert in den Projekten ein. Ähnlich wie in Madagaskar geht es um die Anpassung der Landwirtschaft durch dürreresistentes Saatgut und verbesserte Anbaumethoden. Es lässt sich allerdings feststellen, dass die Selbsthilfekapazitäten der lokalen Bevölkerung trotz der Projekte in Anbetracht des aktuellen Ausmaßes der Dürre schnell überfordert sein können. Insofern wird das DRK auch Maßnahmen der Nothilfe prüfen, sollte sich die Dürre weiter verschärfen.

DIE JOHANNITER



Flüchtlingshilfe zwischen Sofort- und Langzeiteinsatz

Ehren- und hauptamtliche Johanniter leisten schnelle, akute Hilfe wie auch längerfristige Betreuung und Unterstützung bei den ersten Schritten zur Integration von Flüchtlingen. Im Rahmen ihrer Aufgaben im staatlichen Bevölkerungsschutz übernehmen sie die sanitätsdienstliche Betreuung und Erstversorgung der Ankommenden und richten – oft nach kurzfristiger Alarmierung innerhalb weniger Stunden – Behelfsunterkünfte ein.

Seit dem massiven Anstieg der Flüchtlingszahlen 2015 sind hunderte Johanniter im Dauereinsatz – eine Herausforderung und historische Aufgabe für den Staat und die Hilfsorganisationen. In der Handhabung der Lage und der Umsetzung vor Ort hat sich seit vergangenem Herbst viel verändert. Ein System mit drei Phasen hat sich als praktikabel für den Aufbau einer Notunterkunft herauskristallisiert:

- Erkundung des Terrains
- Akuthilfe inklusive Umrüstung von Immobilien
- Übergang zum Regelbetrieb

Die Aufgaben sind dabei klar verteilt:

Die unterschiedlichen Strukturen greifen ineinander und nicht nur der ehrenamtliche Bereich Bevölkerungsschutz mit seinem Know-how in Führung, Kommunikation, Sanität, Logistik ist gefordert. Vom Einkauf, Distribution inklusive Lagerhaltung über Personal- und IT-Abteilung, Fuhrparkmanagement, Controlling bis hin zum Fachbereich Soziale Dienste, Rettungsdienst und zu den Pressestellen sind viele Disziplinen und Ressorts gefragt – im operativen Bereich vor Ort wie auch im Management in der Zentrale. Unter der Leitung eines gesamtverantwortlichen Einsatzleiters bildeten sich Einsatzleitungsteams in den Regionalverbänden, die die ehrenamtlichen Einheiten vor Ort in der Ertrüchtigungsphase der Unterkunft führen. Sie bauen die Strukturen auf und bereiten den Regelbetrieb vor, der dann

vom hauptamtlichen Personal wahrgenommen wird. Hier zeigt sich, dass insbesondere Hilfsorganisationen wie die Johanniter eine breitgefächerte Kompetenz einbringen können, die über die reine Katastrophenhilfen-/Bevölkerungsschutzebene hinausgeht.



Ein Ballspiel baut Brücken.
(Foto: Antje Heilmann)

Liegenschaft ist nicht gleich Liegenschaft

Durch den stetigen Zulauf an Flüchtlingen waren die Belastungsgrenzen der Erstaufnahmeeinrichtungen bald überschritten und andere Unterbringungsmöglichkeiten wie Kasernen, Turnhallen und Schulen mussten sofort aufgetan, geprüft und erschlossen werden. Dabei ergeben sich durch die Immobilie vorgegebene Umrüstungsspezifika, je nachdem ob es sich zum Beispiel um eine polizeiliche Fortbildungsstätte mit kleinen Zimmereinheiten oder ein ehemaliges Logistikzentrum mit allein 25.000 qm Fläche handelt. Manche Schwierigkeiten mit Versorgungsleitungen, realem Zustand der baulichen Substanz und der anzugliedernden Infrastruktur tun sich meist auch erst im Zuge des Aufbaus auf. Ohne das bewährte Zusammenspiel

aller Helfer der Johanniter mit den regionalen Freiwilligen- und Berufsfeuerwehren, dem Technischen Hilfswerk (THW) und den anderen Hilfsorganisationen wäre und ist dies nicht zu bewältigen.

Einbeziehung lokaler Instanzen

Die frühzeitige Einbindung der Lokalpolitik und -Verwaltung sowie der Bevölkerung ist von Anfang an unerlässlich. Bürgermeister und Landräte sind wichtige Stakeholder. Die lokalen Medien dienen als Multiplikatoren zur Bevölkerung. Nur durch eine offene Informationspolitik kann das Verständnis der Bürger gewonnen und aufrechterhalten werden. Deren angebotene Hilfeleistungen (freiwillige Mitarbeit und Sachspenden) müssen kanalisiert und koordiniert werden – dies benötigt zwar einen gewissen Zeitaufwand, lohnt sich aber im Sinne des Bürgerdialogs.

Einrichtungsleiter. Der Personalbedarf ergibt sich aus dem Auftrag: Einrichtung einer Notunterkunft, Bereitstellung einer Sanitätsstation mit Vorhaltung eines 24 Stunden besetzten RTW, Gewährleistung der Sicherheit, Übernahme der Verpflegungsausgabe, Sozialbetreuung (inklusive Kinderbetreuung), Kleiderkammer, Ausgabe von Artikeln des täglichen Bedarfs. Bundesweit sind so allein bei der Johanniter-Unfall-Hilfe mehr als 2500 neue Arbeitsplätze entstanden.

Dauerbetrieb und erste Schritte zur Integration

In dieser Phase gehen die Aufgaben von ehrenamtlich geprägten Strukturen an hauptamtliches Personal über. Teilweise entstehen binnen weniger Tage vergleichbare Organisationsstrukturen wie in einem mittelständischen Unternehmen. Neben der Aufrechterhaltung der Unterkunft, Verpflegung und medizinischer Versorgung werden mit



Ankunft von Flüchtlingen in der Notunterkunft in Sarstedt.
(Foto: Maïke Müller, JUH)

Erstbetrieb: Umrüstung, Aufbau der Strukturen und Personalbeschaffung

Manchmal waren es noch nicht mal 48 Stunden, dann gab es auch mal vier Tage Zeit – innerhalb dieser temporären Vorgaben spielten sich zu Beginn die Umbau- und Einrichtungsmaßnahmen ab. Teilweise mit Helferzahlen im dreistelligen Bereich wurde oft in einem enormen Kraftakt die Aufnahme der Schutzsuchenden möglich gemacht. Neben dem laufenden Prozess des Aufbaus wird bereits mit der Personalsuche begonnen: medizinisches und pädagogisches Personal, Dolmetscher, Sozialbetreuer und

der Zeit Beschäftigungsangebote, Kinderbetreuung und auch Informationsvermittlung immer wichtiger. Insbesondere verlässliche Angaben zur Registrierung und den weiteren Verlauf des Asylprozesses – von den zuständigen Ämtern wie z. B. der Landesaufnahmebehörde und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – wirken sich auf die Stimmung der Wartenden positiv aus. Deutschkurse, Spielangebote, Nähzimmer, Musik- und Sportaktivitäten sind zudem erste Schritte der Integration. Flüchtlinge helfen beim Ausladen, bei der Reinigung der Räumlichkeiten, reparieren gespendete Fahrräder, führen den „Waschsalon“ und üben in der Zusammenarbeit mit Helfern und

Mitarbeitern den Umgang mit der hiesigen Kultur und Sprache. Und die andere Seite lernt die „Fremden“ und ihre Nöte kennen. So erleben die deutschen Hilfskräfte neben all der Betroffenheit auch viel Freude und Menschlichkeit im Miteinander.

Die Johanniter-Flüchtlingshilfe

Die Johanniter betreiben in ganz Deutschland mehr als 100 Unterkünfte mit rund 40 000 Flüchtlingen, teils im direkten Auftrag der Bundesländer, teils im Auftrag der Kommunen. Daneben unterhalten die Johanniter Flüchtlingsheime, Gemeinschaftsunterkünfte beziehungsweise Integrationszentren im Auftrag verschiedener Gemeinden.

Dort leben Flüchtlinge mit laufenden Asylverfahren, die noch nicht dezentral in Wohnungen vor Ort untergebracht werden können. Darüber hinaus übernehmen die Johanniter die medizinische Erstversorgung der Ankommenden und leisten soziale und pädagogische Betreuung und Beratung. Auch im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sind die Johanniter tätig – eine Aufgabe, die in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Jugendämtern durchgeführt wird.

Frauke Engel, Stellv. Fachbereichsleiterin Kommunikation der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. im Landesverband Niedersachsen/Bremen



Malteser
...weil Nähe zählt.

Sonderzug 2940

Warum sie geflohen sind? „Sie bombardieren uns doch bloß“, sagt der 75-Jährige, der so gut Deutsch spricht, weil er für ein Reisebüro in Damaskus und in Deutschland gearbeitet hat. Jetzt schluchzt der zierliche ältere Herr, der sich als Ahmed vorgestellt hatte. Ein junger Mann hilft ihm mit einem Papiertaschentuch. Unter den 12 Männern und Frauen seiner Gruppe sind Schlosser, Schreiner, Elektromechaniker und Studenten. Vor 20 Tagen sind sie in Syrien aufgebrochen, weite Strecken zu Fuß gegangen. „Körperlich sind wir ziemlich kaputt“, schildert Ahmed ihren nicht zu übersehenden Zustand. Aber der Wille ist ungebrochen. Was sie sich wünschen, wo sie jetzt hier im Zug irgendwohin in Deutschland unterwegs sind? „Dass wir nicht wieder gehen müssen, und dass wir arbeiten können.“ – Ahmeds Stimme klingt noch ein wenig spröde, aber schon wieder fester.

Um 9.26 Uhr hat der Sonderzug 2940 mit 12 Waggonen Passau verlassen, um 650 Flüchtlinge genau an dem Tag zur Drehscheibe am Köln/Bonner Flughafen zu bringen, an dem sich der 400. Zug seit Aktionsbeginn mit Flüchtlingen aus Süddeutschland in den Rest der Republik auf den Weg macht. Jeder Flüchtlingszug wird von Einsatzkräften der Hilfsorganisationen begleitet, und so kümmern sich die Malteser Christian, Tim, Bastian und Rebecca aus Ge-

seke, die diesen Einsatz ehrenamtlich übernommen haben, übers Medizinische hinaus auch um die Verteilung von Wasser- und Lunchpaketen, bereiten Fläschchen für Säuglinge zu, bieten Gläschen mit Kindernahrung und Windeln an und versuchen, Fragen zu beantworten – allen voran, wo es denn hingehet.

„Wie offen die Kinder auf uns zugehen, bei allem was hinter ihnen liegt, das ist schon erstaunlich“, stellt Rebecca fest, nachdem sie mehrmals den Zug in seiner Länge von 300 Metern durchmessen hat. Manche der Flüchtlinge wirken zurückgezogen, andere suchen freundlich und erwartungsvoll Kontakt zu den Maltesern in ihrer blau-roten Einsatzkleidung. „Wenn ich ein Lächeln zurückbekomme, dann habe ich das Gefühl, das ist ehrlich gemeint“, meint Bastian, und Tim stimmt ihm zu.

Christian erzählt von der Antwort eines Flüchtlings, der als Küchenchef gearbeitet hat, auf die Frage, was denn sein Wunsch hier in Deutschland sei: „Dass die Kinder in Sicherheit sind, dass wir leben können, ohne Angst um uns oder andere haben zu müssen – dass wir leben können, einfach nur leben.“ „Und dabei standen dem gestandenen Mann die Tränen in den Augen“, fügt Christian hinzu.



Schnell kommen die Kinder mit den Maltesern in Kontakt – trotz aller Strapazen und vielleicht traumatischer Erlebnisse, die hinter ihnen liegen.
(Foto: Tim Tegetmeyer)

Hilfsbereitschaft

Flüchtlingshilfe führt zu Hilfsbereitschaft in den verschiedensten Formen. Da ist der Bundespolizist am Bahnsteig in Passau, der ein etwa achtjähriges Mädchen aus der abgezählten Gruppe, die sie zu einem Waggon führen, fast väterlich an der Hand nimmt und zur Toilette im Wagen bringt, an dem sie gerade vorbeigehen. Oder, ebenfalls am Passauer Bahnhof, die Frau vom provisorischen Kaffee-Stand für Helfer und Bedienstete, die dem Malteser Team einfach so – „für Euch auf der Fahrt“ – einen liebevoll gepackten Karton mit Zimtsternen und anderem Süßen mitgibt. Oder auch der syrische Junge, vielleicht 15-jährig, der darauf besteht, Rebecca die Kiste mit der Baby- und Kleinkinder-Nahrung zu tragen, als sie damit durch den Zug geht.

Teams für die Züge

Bei der Begleitung der Flüchtlingszüge tragen seitens der Malteser die bayerischen Diözesen mit zusammen 71 beteiligten Teams die Hauptlast. Aber auch die Diözesen Berlin, Paderborn und Köln stellen Teams für die Zugbegleitungen.

Drehscheibe Köln/Bonn

Die ersten Schritte ihres langen Wegs erklären den Flüchtlingen nach Ankunft am Flughafen Köln/Bonn, bevor es dann per Bus weiter in nordrhein-westfälische Erstaufnahme-Einrichtungen geht, die von der Stadt Köln beauftragten Dolmetscher, deren Sprachen auf ihre grünen Westen geschrieben sind. Weit über hundert Helfer – die Freiwilligen, die auch die große Kleiderkammer betreiben, sind an den blauen, die festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Domstadt an den roten Westen zu erkennen – nehmen die Flüchtlinge schon am Bahnsteig in Empfang, tragen Koffer, stützen Schwache und machen das wahr, was oben im großen Aufenthaltszelt an der Wand steht: „Refugees Welcome“.

„Gleich in der ersten Nacht hatte ich ein kleines Mädchen im Arm, das acht Tage zuvor an der ungarisch-österreichischen Grenze auf einem Acker zur Welt gekommen war. Seine Mutter hatte Kindbettfieber und war stark dehydriert“, erzählt Theo Müller, der für die Malteser in der Stadt Köln den Einsatz an der Drehscheibe ehrenamtlich leitet.

Etwa jeden zweiten Tag kommt hier seit dem 21. September ein Zug mit rund 700 Flüchtlingen aus Süddeutschland an. Meist sind es um die 50 von ihnen, die zur Behandlung in die angegliederte Unfallhilfsstelle müssen, für die übrigens auch ein Universalcontainer der Saarbrücker Malteser genutzt wird. Die acht Sanitätskräfte und ein bis zwei Ärzte stellen die vier Kölner Hilfsorganisationen genauso wie den Krankentransportwagen abwechselnd. „Das Tollste dabei ist, wie kooperativ und hilfsbereit hier alle zusammenarbeiten“, ist ein Theo Müller beeindruckt, der 40 Jahre Einsatzerfahrung in Rettungs- und Sanitätsdienst mitbringt. „Es ist schon ungewöhnlich, wie sich hier alle ganz unkompliziert mit Du ansprechen – und da macht auch der Leiter des Büros der Oberbürgermeisterin keine Ausnahme.“

Christoph Zeller



Familien mit Kleinkindern bieten die Malteser im Zug Fläschchen, Gläschen und Windeln an.
(Foto: Christoph Zeller)



Der Fernmeldezug Saarpfalz

Landesweite Zuständigkeit

Der Fernmeldezug Saarpfalz ist eine Regieeinheit in der Trägerschaft des Saarpfalz-Kreises. Hervorgegangen aus dem Luftschutzhilfsdienst (LSHD), wurde die Einheit nach dessen Auflösung 1968 als Regieeinheit in den Erweiterten Katastrophenschutz überführt. In den 1990er Jahren zog sich der Bund aus der Finanzierung des Fernmeldedienstes zurück. Das Saarland und der Saarpfalz-Kreis erkannten früh die Notwendigkeit der Beibehaltung des Fernmeldezuges für die Information und Kommunikation im Gefahren- und Katastrophenfall. Zum Fortbestand des Zuges trug auch ganz maßgeblich das persönliche Engagement des 2011 verstorbenen Zugführers und damaligen ARKAT-Landesvorsitzenden Berdy Schuck bei. Der Fernmeldezug nimmt heute seine Aufgaben nach der Verordnung über die Organisation des Katastrophenschutzes im Saarland vom 13. Oktober 2014 wahr. In § 10 der Verordnung heißt es:

- „(1) Im Fachdienst Informations- und Kommunikationstechnik ist ein Fernmeldezug mit landesweiter Zuständigkeit im Saarpfalz-Kreis eingerichtet.
- (2) Der Fernmeldezug wird überwiegend bei der Bewältigung großflächiger Schadenslagen eingesetzt. Er stellt zusätzlich erforderliche Kommunikationsverbindungen her, ersetzt ausgefallene Kommunikationsverbindungen und betreibt sie. Er unterstützt im Bedarfsfall die Technischen Einsatzleitungen (§ 13) mit Kommunikationselementen und ist zudem in der Lage, eine semistationäre Führungsstelle für Einsätze mit stabsmäßiger Führung einzurichten.

land geführt. Träger des Fernmeldezuges ist der Saarpfalz-Kreis als untere Katastrophenschutzbehörde.

- (4) Die vom Land finanzierte Fahrzeugausstattung besteht für den Fernmeldezug aus einem Einsatzleitwagen mit entsprechender Fernmeldeausstattung, einem Gerätewagen Informations- und Kommunikationstechnik und einem Mehrzweckfahrzeug“.

Im Jahr 2015 wurde der Förderverein Fernmeldezug Saarland e.V. gegründet, um die Interessen der Fernmelder zu vertreten, deren Tätigkeiten zu unterstützen und die Ausstattung zu erweitern. Beispielsweise befasst sich ein aktuelles Projekt mit der Beschaffung einer Multicopter-Drohne. Moderne Ausstattungswünsche erfordern zeitgemäße Methoden: Über eine Online-Fundraising-Plattform sammelt der Verein, verbunden mit der Facebook-Seite www.fernmeldezug.com Spenden für das Projekt.



Fernmeldetechnisch ausgebaute Führungsstelle bei einer Großveranstaltung.

- (3) Der Fernmeldezug wird als Regieeinheit nach § 18 Absatz 3 Satz 2 des Gesetzes über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saar-

Der Fernmeldezug wird personell getragen von einer starken und motivierten Mannschaft. Die Mitgliederzahl konnte in den letzten Jahren auf gegenwärtig 22 aktive

Fernmelder und drei passive Mitglieder gesteigert werden. Dies ist nicht nur der Öffentlichkeitsarbeit über soziale Medien, sondern auch der modernen und nicht alltäglichen Ausstattung zuzuschreiben.



Die Fahrzeuge des Fermmeldezuges vor der Unterkunft.

Die Einheit kann auf insgesamt fünf Einsatzfahrzeuge zurückgreifen. Ein ehemaliger Fernmeldekraftwagen (FeKw), Baujahr 1986, ist das älteste Fahrzeug in den Hallen des Fermmeldezuges. Er dient heute noch als Mannschafts- und Transportfahrzeug. Seine damalige Ausstattung sowie die eines weiteren FeKWs, sowie eines Gerätebetriebskraftwagens (GbKw) ist jetzt auf dem 2014 vom Land beschafften Gerätewagen Informations- und Kommunikationstechnik (GW-IuK) verlastet. Dieser ist, neben dem umfangreichen Material für Feldkabelbau, auch mit einem Besprechungsraum und einem PC-Arbeitsplatz ausgestattet. Zur Kommunikation stehen Digital- und Analogfunkgeräte, Telefon-Anlage und Feldvermittlung zur Verfügung. Außerhalb des Aufbaus kann ein pneumatischer 10 m-Antennenmast in Verbindung mit einer Dome-Kamera betrieben werden. Die auf dem Dach befindliche Satellitenanlage sorgt zusätzlich für Internet- und Telefonverbindung.

Der Funkkraftwagen (FuKw) und der Führungskraftwagen (FüKw) sind weitestgehend gleich ausgestattet. Mit Digital- und Analogfunkgeräten, die von zwei Arbeitsplätzen bedient werden können, ist die Verbindung zu mehreren Funkgruppen problemlos möglich. Für weitere Kommunikationsverbindungen sind digitale Handfunkgeräte (HRT) und DECT-Telefone vorhanden.

Nahezu identisch ausgestattet ist der Einsatzleitwagen (ELW), bei dem es sich um ein ebenfalls vom Land beschafftes Führungsfahrzeug für die Technische Einsatzleitung (TEL) im Saarpfalz-Kreis handelt.

Mit wöchentlichen Ausbildungen setzt der Fernmeldezug einen hohen Standard. Auf dem Dienstplan stehen neben theoretischen Themen und Grundlagen des Fernmeldebetriebes praxisbezogene Ausbildungen in Erste Hilfe, Nutzung von Formularen und Dokumentationssoftware bis hin zu Gemeinschaftsfunkübungen mit anderen Organisationen, sowie regelmäßigen Ganztages- und Mehrtagesübungen für den zeitintensiven Feldkabelbau. Darüber hinaus nehmen die Helfer an den Ausbildungen der Fachgruppe Führungsunterstützung des Saarpfalz-Kreises teil.

Insgesamt werden somit jedes Jahr weit über 50 Dienste geleistet.

Im Heimat-Landkreis wird der Fernmeldezug bei mehreren Alarmstichworten standardmäßig alarmiert. Das betrifft unter anderem Einsätze der ABC- und Waldbrandzüge, Großbrände und weitere großflächige Schadenslagen. Auf Anforderung unterstützt die Einheit über die Kreisgrenzen hinaus Einsätze, bei denen eine Einsatzleitung aufgebaut, die Kommunikation sichergestellt und gegebenenfalls eine stabsmäßige Führungsstelle fernmeldetechnisch betrieben werden muss.



Der GW-IuK bei einer Übung mit mehreren Landkreisen.
(Fotos: Fermmeldezug Saarpfalz.)

Einer der größten Einsätze in den letzten Jahren war das Elbehochwasser 2013, bei dem die Fernmelder als Führungskomponente der Feuerwehrbereitschaft des Saarlandes eingebunden waren. 2015 waren sie im Rahmen der Flüchtlingshilfe in der Technischen Einsatzleitung der Landesaufnahmestelle gefragt. Weitere Einsätze im vergangenen Jahr betrafen Großveranstaltungen wie beispielsweise „Sing City“ und „Festa Italiana“, bei denen eine gemeinsame Einsatzleitung aufgebaut und betrieben wurde.

Weitere Informationen und aktuelle Berichte unter www.fermmeldezug.com



Flüchtlinge an der AKNZ werden in die Kommunen verteilt

Positive Bilanz nach den ersten drei Monaten

Fast alle Flüchtlinge, die sich an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz in Bad Neuenahr-Ahrweiler (AKNZ) aufhielten, sind heute in 15 verschiedene rheinland-pfälzische Kommunen verteilt worden. Die meisten Flüchtlinge wurden nun vom Rhein-Hunsrück-Kreis und Bernkastel-Wittlich aufgenommen. Der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Christoph Unger, zog mit dem Leiter der Akademie, Thomas Mitschke, eine positive Bilanz. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in einer enormen Kraftanstrengung viel für und mit den Flüchtlingen geleistet. Wir danken allen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen Beteiligten für ihr außerordentliches Engagement und tatkräftige Unterstützung. Man konnte hier täglich beobachten, dass die Arbeit mit den Flüchtlingen, auch speziell mit den Kindern, für viele nicht nur die Erledigung eines Auftrages war, sondern eine Herzenssache. Wir sind stolz, dass hier ein erster Beitrag zur Integration geleistet wurde. Auch gilt unser Dank ausdrücklich dem DRK, das die Betreuung seit dem 1. November 2015 übernommen hat.“ Der Kreisgeschäftsführer des DRK, Frank Trömel, betonte auch die gute Zusammenarbeit. „Unser Dank gilt noch einmal ausdrücklich den Kollegen des BBK, die durch ihre hervorragende Vorarbeit eine reibungslose Übernahme der Einrichtung durch das DRK ermöglicht haben. Die Reaktionen der Flüchtlinge gerade jetzt kurz vor dem Transfer in verschiedene Gemeinden belegen, dass diese sich während ihres im Maximalfall rund zweieinhalb monatigen Aufenthaltes, soweit es die Gegebenheiten einer Notunterkunft zulassen, sehr gut betreut und versorgt gefühlt haben. So fand vor der Abreise der Flüchtlinge, organisiert vom Jugendrotkreuz, ein Waffelbacken und eine Musikveranstaltung zum Abschied für die Flüchtlinge statt. Beide Veranstaltungen wurden von fast allen Flüchtlingen

bei ausgesprochen guter Stimmung besucht. Ausdrücklich wurde seitens der Flüchtlinge vielfach der besondere Dank für die erfahrene Betreuung zum Ausdruck gebracht.“

Trinkwasser auch im Notfall: Jugendfeuerwehr im Einsatz

In Deutschland gibt es über 5.000 Trinkwassernotbrunnen des Bundes, die regelmäßig gewartet werden müssen. In Bonn-Endenich übernimmt das die Jugendfeuerwehr. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat die engagierten Jungs dabei mit der Kamera am 16.12.2015 begleitet. An diesem Termin nahmen auch zahlreiche Vertreter der Medien teil.



Zapfstelle Trinkwassernotbrunnen. (Foto:BBK)

Ein Gedankenexperiment: Der Strom fällt für mehrere Tage aus. Der Wasserhahn zuhause bleibt trocken. Mein Wasservorrat ist bald leer. Ein Mensch kann nur vier Tage ohne Trinkwasser überleben. Woher bekommt meine Familie jetzt genug Wasser? Können wir nicht einfach das Grundwasser im Boden nutzen? Wer befördert es wie an die Oberfläche? Ist das Wasser aus der Erde schmutzig? Wieviel Wasser kann ich bekommen? Und wie schmeckt eigentlich mit Chlor gereinigtes Wasser? Diese und weitere Fragen beantworteten Ihnen die fünf jungen Feuerwehrleute der Freiwilligen Feuerwehr Bonn-Endenich im neuen BBK-Video „Trinkwassernotbrunnen und Ehrenamt“.

Wasserversorgung im Ernstfall

In Deutschland können über 5.000 Trinkwassernotbrunnen sofort aktiviert werden, wenn beispielweise durch einen langen Stromausfall die Wasser-

versorgung nicht funktioniert oder das Leitungswasser chemisch oder biologisch kontaminiert wäre. Diese Brunnen müssen mindestens einmal im Jahr gewartet werden, damit sie ständig einsatzbereit sind. Dabei wird ihre Funktion überprüft und das Wasser getestet. Verschiedene lokale Organisationen erfüllen diese wichtige Aufgabe. Natürlich ist die Wartung auch immer eine Übung für den Ernstfall, dann muss jeder Handgriff sitzen.

Jugendfeuerwehr und ehrenamtliches Engagement

Im deutschen Bevölkerungsschutz sind die Freiwilligen Feuerwehren eine unverzichtbare Säule. Das ehrenamtliche System in Deutschland ist mit etwa einer Millionen Helfern einzigartig. Auch Nachwuchsarbeit wird großgeschrieben. Über 18.000 Jugendfeuerwehren führen fast 250.000 junge Feuerwehrleute durch frühzeitige Übung an die ehrenamtliche Verantwortung heran, wie in Bonn-Endenich an die Wartung der Trinkwassernotbrunnen.

Videoreihe: Baulicher Bevölkerungsschutz für alle Wetterlagen

Mit unserer Videoreihe „Baulicher Bevölkerungsschutz für alle Wetterlagen“ informieren wir Sie über vorbeugende Maßnahmen für den Schutz Ihres Hauses oder Ihrer Wohnung. Das Thema dieses Videos: Lawinen. Wenn auf Berghängen neuer Schnee fällt und dieser auf der bereits abgelagerten Schneeschicht nicht genügend Halt findet, steigt das Risiko für Lawinen. Verschiedene Faktoren können dann eine Lawine auslösen. Gründe könnten u. a. Schneeüberhänge durch Trieb Schnee, starker Wind mit Schneefall oder auch extreme Temperaturanstiege sein. Die Schnee- und Eismassen rutschen dann ruckartig Gebirgshänge hinab – und das mit einer Geschwindigkeit von bis zu 300 Kilometern pro Stunde. Dadurch entsteht eine gewaltige Kraft, die auch Häuser zum Einstürzen und Menschen in Lebensgefahr bringen kann. Häuser können jedoch als Zuflucht und Schutz für den Menschen dienen – und

müssen der Lawinengefahr in gefährdeten Gebieten deshalb besonders standhalten. Denn wenn Schneemassen auf ein Haus prallen, kann ein immenser Druck auf die Außenwände und auf das Dach entstehen und deren Stabilität herausfordern. Gerade die bergseitige Außenwand eines Hauses ist besonders gefährdet, wenn sie z. B. Einbuchtungen oder große und viele Fenster und Türen aufweist. Deshalb ist es bei Häusern und Gebäuden in lawinengefährdeten Gebieten wichtig zu bedenken, wie der Gefahr eines Einsturzes vorgebeugt werden kann. Einen Sonderfall bildet die Staublawine. Sie verursacht neben dem Druck durch den Aufprall einen gefährlichen Unterdruck auf das Dach und sogar auf die dem Hang abgewandte Hausseite. Wenn ein Gebäude entsprechende Schwachstellen aufweist, erhöht sich das Risiko für die Sicherheit und Stabilität eines Hauses. Entsprechende Maßnahmen können jedoch

helfen, sich selbst und andere sowie Ihr Haus vor Lawinen zu schützen. Welche Möglichkeiten es gibt ein Haus stabiler zu bauen und zu schützen, erfahren Sie in unserem Film „Lawinen – Wie man Gebäude davor schützt“. Darüber hinaus bietet unser Flyer „Empfehlungen bei Lawinen“ wichtige Hinweise zum richtigen Verhalten vor, während und nach einer Lawine an, um sich selbst und andere besser zu schützen. Das Video finden Sie auf unserer Internetseite unter Kurzmeldungen.

Mehr Sicherheit für Kinder mit Max und Flocke

Max und Flocke stellten sich mit ihrem Internetangebot für Kinder von 7 bis 12 Jahren auf der Fachtagung „Kinderunfallprävention Online – Neue Kommu-

nikationswege für Sicherheitsbotschaften“ am 25. Januar 2016 in Berlin vor. Wie „Max und Flocke im Helferland“ Kindern helfen, Gefahren im Alltag kennen und bewältigen zu lernen, wurde in einem Forum zum Thema „Internetgestützte Spiele und Lernprogramme zur Sicherheitsförderung“ vorgestellt und diskutiert. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Mehr Sicherheit für Kinder e.V. lud in Zusammenarbeit mit der Klinik für Kinderchirurgie der Charité Universitätsmedizin Berlin ein. Kinderunfallprävention muss offen für moderne Kommunikationsstrategien



Zahlreiche Medienformate stehen im Bereich der Kinderunfallprävention bereits im Internet zur Verfügung: Apps, Austauschforen und Online-Datenbanken, Lernspiele, Video-Clips, Webinare, und mehr.
(Foto: Manfred Jahreis / pixelio.de)

sein, um Veränderungsprozesse anzustoßen: Kinder greifen bereits im Kindergartenalter auf digitale Medien zu. Die junge Elterngeneration kommuniziert heute gänzlich anders als noch vor zehn Jahren. Und auch Fachleute suchen und veröffentlichen Informationen zunehmend im Internet. Die BAG nahm bei der Tagung Chancen und Grenzen digitaler Kommunikation für die Kinderunfallprävention in den Blick. Die Veranstaltung verstand sich als ein Beitrag zur Qualitätsentwicklung in der Unfallprävention und wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Rahmen des Transfers von Qualitätssicherungsverfahren der Gesundheitsförderung in Lebenswelten gefördert. Die Tagung wollte aufzeigen, wie digitale Medien zur Stärkung der Kinderunfallprävention genutzt werden können. Erkenntnisse zur Wirksamkeit und Alltagstauglichkeit wurden ebenso wie Quali-

tätsanforderungen diskutiert. Die Teilnehmer gewannen Erkenntnisse zur effektiven Kommunikation und tauschten sich darüber aus, wie sie Unfallprävention interaktiv umsetzen und in ihre Praxis integrieren können.

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Provinzialstraße 93, 53127 Bonn Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
<http://www.bbk.bund.de>

Redaktion:

Ursula Fuchs (Chefredakteurin),
Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein,
Tel.: 022899-550-3609
Margit Lehmann,
Tel.: 022899-550-3611
Petra Liemersdorf-Strunk,
Tel.: 022899-550-3613

Layout: Nikolaus Stein

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage:

30.000 Exemplare

Vertrieb und Versand:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. **Bestellungen und Adressänderungen** bitte an: margit.lehmann@bbk.bund.de

Druck und Herstellung:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i. d. R. auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.
(Titelbild: CC0 Public Domain / pixabay.com)

Heute: Schloss Glienicke, Berlin



Schloss Glienicke ist ein Sommerschloss des Prinzen Carl von Preußen und liegt an der Grenze zu Potsdam nahe der Glienicker Brücke im Ortsteil Wannsee des Bezirks Steglitz-Zehlendorf. Die heutige klassizistische Form des ehemaligen Gutshauses aus dem Jahre 1753, mit dem Anspruch einer italienischen Villa, geht auf Umbauten und Erweiterungen zurück, die der Architekt Karl Friedrich Schinkel 1825 vornahm. Im Laufe der Jahrzehnte in den Jahren 1771, 1773 und 1782 wechselte die Gutsanlage mehrmals den Besitzer bis zum Jahre 1796. Nach dem Tod Prinz Carls 1883 verahrloste das Gebäude zusehends. Während des Zweiten Weltkrieges erfolgte eine Fremdnutzung als Lazarett und nach dem Krieg kurzzeitig als Offizierskasino der Roten Armee. Ab den 1950er Jahren beherbergten das Schloss und die anschließenden Nebengebäude ein Sporthotel und ab 1976 eine Heimvolkshochschule. Seit Ende der 1980er Jahre wird das Schloss als Museum genutzt, das Schinkel-Möbel und Kunstgegenstände ausstellt, die zum großen Teil aus dem Besitz des Prinzen Carl stammen. Seit dem Auszug der Heimvolkshochschule und der Übergabe an die Schloßserverwaltung am 1. Januar 1987 wurde das Gebäude nach erneuten Renovierungsarbeiten als Schlossmuseum ge-

nutzt, in dem einige Räume mit Ausstattungsstücken aus dem Besitz des Prinzen Carl besichtigt werden können. Sie stammen zum Teil von verschiedenen Stiftungen und aus dem Vermächtnis des Prinzen Friedrich Leopold jun. an seinen Lebensgefährten Baron Cerrini, der in den 1970er Jahren durch mehrere Schenkungen und eine letztwillige Verfügung dem Land Berlin Ausstattungsstücke und Dokumente überließ mit der Maßgabe, sie in Glienicke zu verwenden. Baron Cerrini starb am 12. September 1985. Neben der musealen Nutzung finden an den Wochenenden im Gartensaal außerdem Konzertveranstaltungen statt. Nach der deutschen Wiedervereinigung und der Zusammenlegung beider Schloßserverwaltungen von Ost und West am 1. Januar 1995 wird das Gebäude von der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg verwaltet, die am 22. April 2006 in einigen Räumen des Schlosses zudem das erste Hofgärtnermuseum Europas eröffnete. Seit 1990 zählt es zum Weltkulturerbe der UNESCO. Ausführliche Informationen zur Geschichte des Schlosses erhalten Sie unter: www.spsg.de

ml



Die Südseite des Schlosses Glienicke mit der Löwenfontäne
(Foto: Wikipedia - Eigenes Werk. Lizenziert unter CC BY-SA 3.0 über Wikimedia Commons)

Bevölkerungsschutz
ISSN: 0940-7154
Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn
PVSt, Deutsche Post AG,
Entgelt bezahlt, G 2766

